

## 30. Sitzung

am Dienstag, dem 16. November 2021

### Inhalt

#### Fragestunde

**Anfrage 1: Wann kommt Tempo 30 bei der AMEOS-Klinik?**

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Oktober 2021 ..... 1635

**Anfrage 2: „Schlaf-nicht-auf-mir“-Bänke?**

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 12. Oktober 2021 ..... 1636

**Anfrage 3: Verkehrsprobleme durch „Elterntaxen“ an Schulen**

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 12. Oktober 2021 ..... 1638

**Anfrage 4: Eine neue Sporthalle für Bremen-Nord?**

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 13. Oktober 2021 ..... 1642

**Anfrage 5: Einen Kulturflächenpachtzins analog zum Sportflächen- und Kleingartenpachtzins einführen?**

Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Oktober 2021 ..... 1644

**Anfrage 6: Sitzbänke der Werkstatt Bremen nicht gut genug für städtische Parkanlagen?**

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 21. Oktober 2021 .....1645

*Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.*

#### Aktuelle Stunde

**Bremens Verkehrsinfrastruktur am Limit – marode Straßen in Bremen prioritär sanieren**

Abgeordneter Thore Schäck (FDP) .....1648  
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU) .....1651  
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) .....1651  
Abgeordnete Anja Schiemann (SPD) .....1654  
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE) .....1655  
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU) .....1657  
Abgeordneter Thore Schäck (FDP) .....1658  
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) .....1659  
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer .....1660

**Wie ist es um die Auszahlung von Wohngeld in Bremen bestellt? Anfrage der Fraktion der CDU vom 26. Juli 2021 (Drucksache 20/481 S)**

Dazu

### **Mitteilung des Senats vom 21. September 2021**

#### **(Drucksache 20/505 S)**

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU).....	1663
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	1664
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE).....	1667
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD).....	1668
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	1670
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE).....	1671
Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU).....	1672
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE).....	1674
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer .....	1674

### **Machbarkeitsstudie für die Straßenbahnverlegung unverzüglich in Auftrag geben!**

#### **Antrag der Fraktion der CDU vom 4. November 2021 (Drucksache 20/527 S)**

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	1677
Abgeordnete Anja Schiemann (SPD) .....	1678
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	1679
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1681
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	1682
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	1684
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1684
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer .....	1686

### **Wann werden die Sporthallen der Universität Bremen endlich saniert? Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 5. August 2021 (Drucksache 20/483 S)**

Dazu

### **Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2021**

#### **(Drucksache 20/519 S)**

Abgeordneter Marco Lübke (CDU) .....	1689
Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD).....	1690
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP) .....	1691

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE) .....	1692
Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen) .....	1693
Abgeordneter Marco Lübke (CDU).....	1694
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP) .....	1695
Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD) .....	1695
Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski.....	1696

### **Polizeiverordnung über das Verbot des Führens und Abbrennens von pyrotechnischen Gegenständen Mitteilung des Senats vom 9. November 2021**

#### **(Drucksache 20/530 S)..... 1696**

### **Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 22 vom 12. November 2021**

#### **(Drucksache 20/533 S)..... 1697**

### **Anhang zum Plenarprotokoll**

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 16. November 2021 .....	1698
---	------

#### **Anfrage 7: Was wird aus der alten Zulassungsstelle in Aumund?**

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 2. November 2021 .....	1698
---	------

#### **Anfrage 8: Polizeieinsatz nach bewaffnetem Raubüberfall auf Discounter in Bremen-Kattenturm**

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 2. November 2021 .....	1698
---	------

#### **Anfrage 9: Wie bewältigt das Jugendamt Bremen gemeldete Coronafolgen bei Kindern, Jugendlichen und in Familien?**

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 9. November 2021 .....	1699
---	------

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Drucksache 20/527 S. ....	1701
Konsensliste.....	1702

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Yvonne Averwesser, Rainer Bensch, Petra Krümpfer,  
Frank Magnitz, Mustafa Öztürk, Kai-Lena Wargalla.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

**Präsident Frank Imhoff:** Die 30. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich den VHS-Kurs „Kultur und Gesellschaft am Vormittag“ und eine Gruppe Verwaltungsmitarbeitende des bremischen öffentlichen Dienstes.

Seien Sie herzlich willkommen hier im Haus!

(Beifall)

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde Tagesordnungspunkt 3 und Tagesordnungspunkt 20 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um Tagesordnungspunkt 24.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 7, 11, 13, 15, 16, 17, 18 – hier handelt es sich um eine Wahl – sowie die Tagesordnungspunkte 21 und 23.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen noch zur Kenntnis geben, dass mir der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, dass Frau Melanie Morawietz anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Thomas Röwekamp seit dem 15. Oktober 2021 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft ist.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und immer eine glückliche Hand bei der Ausübung Ihres Mandats!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

### **Fragestunde**

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen neun frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

**Anfrage 1: Wann kommt Tempo 30 bei der AMEOS-Klinik?**

**Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Oktober 2021**

Bitte, Herr Kollege Saxe!

**Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Wir fragen den Senat:

1. Warum ist trotz des Ziels des Senats, vor möglichst vielen Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern Tempo 30 umzusetzen, dies vor der AMEOS-Klinik, einer Fachklinik für Psychiatrie mit 206 Betten in der Rockwinkeler Heerstraße 110, bisher nicht geschehen, und wann kann eine Umsetzung erfolgen?

2. Würden hier Ampeln oder andere Querungshilfen darüber hinaus nicht auch hilfreich sein?

3. Wie ist allgemein der Stand der Umsetzung von Tempo 30 vor Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern?

**Präsident Frank Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In der Rockwinkeler Heerstraße verkehren im Bereich der AMEOS-Klinik die BSAG-Buslinien 33 und 34. Die Anordnung von Tempo 30 vor sämtlichen Kindergärten, Altenheimen, Kliniken und Behinderteneinrichtungen in den Linienverläufen der Buslinien hätte spürbare Zeitverluste für den Betrieb beider Buslinien zur Folge. Die Angebotsqualität ließe sich nur mit deutlich erhöhten Aufwendungen für den ÖPNV aufrechterhalten. Nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz ist bisher gemäß der Straßenverkehrsordnung von Tempo 30 vor den jeweiligen Einrichtungen an diesen Linienverläufen abgesehen worden.

Gleichwohl wird die Verkehrssicherheit im Bereich der AMEOS-Klinik und an allen anderen Einrichtungen im Stadtgebiet, für die bisher kein Tempo 30 angeordnet wurde, überprüft. Diese Prüfung ist stadtweit noch nicht abgeschlossen. Im Falle einer Empfehlung für Tempo 30 an der AMEOS-Klinik erfolgt die Umsetzung der Maßnahme, wenn die

entsprechende Überprüfung sämtlicher Einrichtungen im Stadtgebiet abgeschlossen ist und der Beirat Oberneuland beteiligt wurde.

Zu Frage 2: Die Herstellung von Ampeln oder anderen Querungshilfen im Bereich der AMEOS-Klinik ist aufgrund straßenräumlich beengter Verhältnisse, mehrerer dicht aufeinander folgender Grundstückszufahrten beziehungsweise mangels straßenverkehrsrechtlicher Voraussetzungen nicht möglich.

Zu Frage 3: Die Einrichtung von Tempo 30 vor Kindergärten, Schulen und sozialen Einrichtungen ist nahezu abgeschlossen, wodurch über 90 Prozent dieser Einrichtungen durch Tempo 30 geschützt sind. Für etwa 80 Einrichtungen, die bisher kein Tempo 30 erhalten haben, wird, wie eingangs dargestellt, die Verkehrssicherheitslage überprüft. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Erst einmal vielen Dank dafür, dass Sie sich so dafür einsetzen, dass wir schon so viel Tempo 30 in Bremen umgesetzt haben, da sind wir Vorbildlich! Dennoch muss ich noch einmal bei dieser AMEOS-Klinik nachfragen. Da sind ja Menschen, die in psychischen Notlagen sind und die manchmal auch ziemlich orientierungslos sind. Ich habe gestern noch mit dem Leiter der Einrichtung gesprochen. Gehen Sie mit mir konform, dass an dieser Klinik, glaube ich, eine besondere Priorität herrschen muss, allein wegen der reinen Anzahl, aber auch wegen der Situation der Menschen, die sich dort temporär aufhalten?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Sie haben ja noch einmal sehr eindrücklich beschrieben, dass das eine besondere Situation ist. Erst einmal: Unser Ziel ist natürlich, 100 Prozent vor allen Einrichtungen – Schulen, Kitas, aber auch sozialen Einrichtungen – zu erreichen. Wir sind in Bremen sehr gut mit über 90 Prozent. Ich hatte ja eingangs vorgelesen, dass natürlich die AMEOS-Klinik und alle anderen Einrichtungen überprüft werden, um Abhilfe zu schaffen.

Wenn das jetzt so eine besondere Situation ist, weil wir dort davon ausgehen müssen, dass die Menschen zum Beispiel nicht immer über einen gut ausgebildeten Orientierungssinn verfügen oder sie nicht selbst die Verkehrssicherheit für sich gewährleisten können, dann biete ich an, dass wir hier

wirklich noch einmal zügig nachsehen, um zu schauen, wie wir dort Abhilfe schaffen können, also ob man dort gezielt Tempo 30 einsetzt oder eine andere Maßnahme für die Verkehrssicherheit einsetzen kann.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Das finde ich sehr gut, vielen Dank für das Angebot! Ich wollte noch einmal im Grundsatz nachfragen: Wir machen ja Tempo 30 überall dort nicht vor Einrichtungen, wenn es quasi mehrere in einer langen Reihe von Buslinien gibt, hier der Buslinien 33 und 34, aber es gibt auch eine Linie von Woltmershausen bis in die Vahr. Gehen Sie mit mir konform, dass man das noch einmal überprüfen muss, wenn man dann sagt, dann kommt da eben gar nichts hin? Ist es nicht sinnvoll, da auch zu priorisieren, ohne dann zusätzliche Busse anschaffen zu müssen?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Ich habe gelernt, in der Vergangenheit hat man gesagt, in so einer langen Straße gibt es dann gar nichts. Ich teile diese Auffassung nicht, denn jede Einrichtung, die wir verkehrssicherer machen können, ist ein Problem in der Stadt weniger. Insofern ist zwar manchmal die Abwägung schwierig, natürlich, weil es dann auch überall das Interesse gibt, dass vor der eigenen Einrichtung Tempo 30 eingerichtet wird.

Wir diskutieren ja ausgiebig mit der BSAG – ich hatte selbst auch schon einmal verschiedene Runden mit der Polizei, mit Elternvertretungen, auch mit der Verkehrswacht, mit dem Bildungsressort und der BSAG –, um zu schauen, wie wir das geregelt bekommen. Es ist immer das gleiche Argument, aber es wird ja auch gerade diskutiert, ob es in Deutschland vielleicht irgendwann zumindest Pilotprojekte gibt, Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit einzuführen. Da wird sich die BSAG spätestens dann auch Gedanken machen müssen, wie man in solchen Straßen dann mit so etwas wie Tempo 30 umgeht.

Insofern, ja, ich finde, wir müssen uns das noch einmal anschauen und gegebenenfalls auch einzelne, besonders vulnerable Einrichtungen heraussuchen, wo wir dann dort gezielt Tempo 30 einrichten.

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 2: „Schlaf-nicht-auf-mir“-Bänke?  
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und  
Fraktion DIE LINKE  
vom 12. Oktober 2021**

Bitte, Frau Kollegin!

**Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE):** Wir fragen den Senat:

1. An der Grünfläche vor dem Übersee-Museum befinden sich öffentliche Sitzbänke, deren Sitzfläche überdurchschnittlich schmal und durch Schrägen unterteilt ist. Welchem Zweck dienen diese Schrägen, die nicht als Armlehnen oder Aufstehhilfen nutzbar sind?
2. Wie viele dieser Bänke sind im Stadtgebiet Bremen aufgestellt, und an welchen Orten?
3. Ist es nach Auffassung des Senats erstrebenswert, nutzerinnen- und nutzerfreundlichere und sozial ausgewogenere Bänke aufzustellen, und wenn nein, warum nicht?

**Präsident Frank Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Olaf Bull.

**Staatsrat Olaf Bull:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Bänke wurden im Rahmen der Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes vor circa 20 Jahren erstmals aufgestellt. Eine kürzere Sitzfläche ermöglicht es älteren Menschen, dass sie sich leichter erheben können.

Zu Frage 2: Die angesprochenen vier Bänke standen zunächst zwischen den Hotels und den Gleisanlagen im Bereich des Bahnhofplatzes. In der Vergangenheit gab es viele Beschwerden der Hoteliers und Gastronomen über trinkende Personen, die sich an den Sitzbänken vor den Hotels trafen und sich dabei sehr laut und unsozial verhielten. Die Sitzbänke befanden sich außerdem sehr nah an den Straßenbahngleisen, was immer eine Gefährdung für alkoholisierte Nutzerinnen und Nutzer darstellte.

Im April 2021 wurden die Bänke nur wenige Meter entfernt an den jetzigen Standort umgesetzt. Die

Umsetzung der Bänke an die Grünfläche vor dem Übersee-Museum wurde auf Betreiben des Senators für Inneres, der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, des Amtes für Straßen und Verkehr, der BSAG, des Umweltbetriebs Bremen, des Taxiverbands sowie vom Ortsamt und dem Beirat Mitte vorgenommen.

Eine weitere Bank befindet sich im Bereich des vorläufigen Drogenkonsumraums in der Friedrich-Rauers-Straße 30.

Zu Frage 3: Ein Austausch der vorhandenen funktionstüchtigen Bänke wird nicht für erforderlich gehalten.

Der Senat ist sehr daran interessiert, dass die von ihm zu verantwortenden Maßnahmen insbesondere am Hauptbahnhof mit den sich dort ständig aufhaltenden Menschen in prekären Lebenslagen, aber auch ebenso mit den Anrainerinnen und Anrainern und den übrigen Nutzerinnen und Nutzern sozial abgewogen, nutzerinnen- und nutzerfreundlich und im Sinne einer gemeinsamen Strategie aller Beteiligten betrachtet werden. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE):** Vor dem Hintergrund dessen, was Sie eben geschildert haben, was die Wanderungsbewegung dieser Bänke angeht, und auch in Anbetracht dessen, dass auch eine solche Bank vor dem Drogenkonsumraum steht: Wie schätzen Sie denn die Gruppe der Nutzerinnen und Nutzer dieser Bänke überwiegend ein?

**Staatsrat Olaf Bull:** Die Gruppe der Nutzerinnen und Nutzer dieser Bänke ist vermutlich erholungsbedürftig, und diese Erholung ist auf den vorhandenen Bänken sehr gut möglich.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE):** Sie haben ja geantwortet, ich glaube, zu Frage 1, dass die geringe Tiefe der Sitzfläche damit begründet ist, dass dadurch das Aufstehen gerade für ältere Menschen leichter ist. Gehen Sie davon aus, dass die Nutzerinnen und Nutzer dieser Bänke überwiegend ältere Menschen sind?

**Staatsrat Olaf Bull:** Wir haben das nicht erhoben, und ich kann mir auch Wichtigeres vorstellen, als es zu erheben.

(Beifall SPD)

Wir sind auch nicht in das Staatsarchiv gegangen und haben diese eine vermutete Begründung mit den schmaleren Bänken für ältere Menschen –. Auf die sind wir gekommen, aber es mag ja auch weitere Erklärungen geben. Vor 20 Jahren hätte es auch sein können, dass man sich das vielleicht als Skatepark vorgestellt hat, dass man gut darüber skaten kann. Wir wissen es einfach nicht, aber eine Erklärung ist, dass ältere Menschen einfacher aufstehen können.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE):** Die Frage, weshalb es diese schrägen Unterteilungen gibt, wurde nicht beantwortet. Vielleicht können Sie das jetzt nachholen?

**Staatsrat Olaf Bull:** Frau Abgeordnete, es war nicht aufzuklären, was es mit den Schrägen auf sich hat. Ich bedauere das.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE):** Gehen Sie mit mir in der Annahme oder vielleicht auch in der Empirie oder in der empirischen Beobachtung, dass die Gruppe der Nutzerinnen und Nutzer zum Beispiel eher wohnungslose Menschen sind, die sich dort auch länger aufhalten und dass die Bänke in ihrer Beschaffenheit für diese Klientel an Nutzerinnen und Nutzern nicht den besten Nutzen mit sich bringen?

**Staatsrat Olaf Bull:** Frau Abgeordnete, das mag so sein, aber der Senat, so hatte ich es ausgeführt, hat eben die gesamten Nutzer am Bahnhof im Auge und muss hier viele Dinge miteinander abwägen. Deswegen haben wir für die von Ihnen angesprochene Gruppe ja auch geplant, zum Beispiel den Drogenkonsumraum zu verstetigen, wir haben den Szenetreff, den wir von den Öffnungszeiten her ausbauen wollen, und wir haben auch Überlegungen, wie wir die Haltestellen künftig so gestalten, dass Personen dort nicht die ursprüngliche Nutzung behindern. Wir sehen das in einem Gesamtpaket, und die Bänke, wie Sie sie beschrieben haben, sollten weiter so erhalten bleiben.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE):** Damit kommen wir ja zu des Pudels Kern, Herr Staatsrat! Wenn Sie die Haltestellen ansprechen, sind Sie mit mir einer Meinung, dass es dann an einem anderen Ort als an den Haltestellen auch entsprechend gute Aufenthaltsmöglichkeiten geben muss, und halten Sie die derzeitigen Bänke vor dem Übersee-Museum als einen solchen guten Aufenthaltsort?

**Staatsrat Olaf Bull:** Der Senat hält das Angebot an Bänken so, wie es jetzt gestaltet ist, derzeit für ausreichend und sinnvoll.

**Präsident Frank Imhoff:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Lenkeit. – Bitte sehr!

**Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD):** Ich habe zwei Nachfragen: Was ist der elementare Zweck einer Sitzbank?

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU] – Heiterkeit)

**Staatsrat Olaf Bull:** Sitzen!

(Zurufe)

Ich habe das für eine rhetorische Frage gehalten!

**Präsident Frank Imhoff:** Sitzen?

**Staatsrat Olaf Bull:** Ja!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD):** Herr Staatsrat, ist das Sitzen auf den vorhandenen Bänken möglich?

**Staatsrat Olaf Bull:** Sehr gut sogar!

(Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: Danke!)

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

### **Anfrage 3: Verkehrsprobleme durch „Elterntaxen“ an Schulen**

**Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE**

**vom 12. Oktober 2021**

Bitte, Frau Kollegin!

**Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE):** Wir fragen den Senat:

1. Wie reagiert der Senat auf die Mitte September 2021 erneut angezeigten Verkehrsprobleme rund um die Grundschule an der Melanchthonstraße, die vor allem durch sogenannte Elterntaxis verursacht werden?

2. Liegen dem Senat vergleichbare Problemanzeigen in den letzten zwölf Monaten von weiteren Schulen vor, und wenn ja, von welchen?

3. Welche zusätzlichen Schutzmaßnahmen können ergriffen werden, um die Verkehrssituation rund um die Schulen zu entspannen, und an welchen Schulen plant der Senat solche Schritte?

**Präsident Frank Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die jeweilige Verkehrssituation vor den einzelnen Schulen wird differenziert betrachtet, entsprechend der Gefährdungssituation bewertet und dann gegebenenfalls entschärft. Alle Schulen sind sich ihrer Verantwortung sehr bewusst.

Im nächsten Umfeld der Grundschule an der Melanchthonstraße sind absolute Halteverbote ausgeschildert. Festgestellte Ordnungswidrigkeiten werden durch die Polizei Bremen sowie auch durch die Verkehrsüberwachung des Ordnungsamtes nach pflichtgemäßem Ermessen geahndet. Sofern die Situation nach polizeilicher Bewertung im Einzelfall polizeiliche Kontrollmaßnahmen geboten erscheinen lässt, leitet die Polizei Bremen diese ein. Die zuständige Kontaktpolizistin ist auf den Elternabenden präsent und informiert.

Zu Frage 2: Dem Senat ist eine Problemanzeige aus der Gesamtschule Rechtenflether Straße bekannt, die entsprechend der vorhergehenden Darstellung

bearbeitet wird. Darüber hinaus organisieren die Schule und der Elternbeirat der Grundschule am Buntentorsteinweg Elternlotsen, die zuverlässig vor Schulbeginn und nach Schulende die kritische Ampelquerung begleiten. Weitere Problemanzeigen liegen nicht vor.

Zu Frage 3: Die Polizei Bremen setzt im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit auf Verkehrserziehung und Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Verfolgung von Verkehrsverstößen. Sie macht auch Vorschläge zur Verkehrsraumgestaltung. Die jährlich wiederkehrende Präventionsaktion „Gelbe Füße“ zielt darauf ab, die Schulwege sicherer zu machen, indem den Kindern und Eltern geeignete Überquerungsmöglichkeiten der Straßen aufgezeigt werden. Dadurch soll es den Kindern einfacher gemacht werden, den Schulweg selbstständig zu bewältigen.

Des Weiteren stellen falsch geparkte Kfz für Kinder oft ein Verkehrssicherheitsrisiko dar. Teilweise auf dem Gehweg stehende Fahrzeuge vermindern den Raum für radfahrende Kinder. Sie erhöhen zudem die Gefahr für das Überqueren der Straße, da insbesondere hinter großen Autos Kinder nur schwer die Straße einsehen können. Dies gilt auch für illegal im Kreuzungsbereich abgestellte Fahrzeuge. Fahrzeuge, die illegal auf dem Radweg abgestellt sind, erhöhen ebenfalls die Unfallgefahr, da Radfahrer:innen dadurch entweder auf den Fußweg oder in den Straßenraum ausweichen müssen.

Für Kinder, die sich gerade erst im Verkehrsraum beginnen zurechtzufinden, sind diese Situationen unübersichtlich und gefährlich. Diese Problemlagen lassen sich nachhaltig durch bauliche Maßnahmen wie das Einrichten von Pollern lösen. Regelverstöße werden durch die Polizei im Rahmen der alltäglichen Aufgabenwahrnehmung sanktioniert.

Verkehrsprobleme durch Elterntaxis an Schulen stellen ein grundsätzliches Problem dar, das differenzierte Lösungen durch die beteiligten Schulen sowie die beteiligten Ressorts SKB, SKUMS und SI erfordert. Dabei streben wir temporäre Sperrungen, sogenannte Schulstraßen, an. Schulneugründungen sollen von Beginn an als „Zu-Fuß-Schule“ etabliert werden.

Zusammen mit den beteiligten Ressorts wird bei Schulneubauten angestrebt, Konzepte zu entwickeln, bei denen alternativen Fortbewegungsmitteln ein höherer Stellenwert beigemessen wird. So soll die Erreichbarkeit einer Schule zum Beispiel

per Fahrrad oder Roller gefördert werden. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE):** Teilen Sie mit mir die Einschätzung, dass die Situation an der Melanchthonstraße gerade wirklich eskaliert und die Schule zusätzlicher Unterstützung bedarf, weil dort Lehrkräfte verbal angegangen werden, wenn sie in die Auseinandersetzung mit Eltern gehen, weil zu lesen war, dass sich weibliche Polizistenteams auswechseln lassen, weil die Situation so extrem ist, dass sie sich durch männliche Kollegen ersetzen lassen, um dort als Kontaktpolizisten tätig zu werden? Falls ja: Welche konkreten Maßnahmen erwägen Sie, an der Schule an der Melanchthonstraße umzusetzen?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Zum Ersteren, was die Polizei angeht, würde ich eher einen Blick in Richtung meines Kollegen aus dem Innenressort richten, dazu kann ich Ihnen jetzt wenig sagen, aber wenn es so ist, dass weibliche Kontaktpolizisten oder Polizeikräfte sich nicht mehr dorthin trauen, dann finde ich das alarmierend.

Ehrlicherweise mag das an dieser Schule eine besondere Situation sein, aber das ist vor vielen Einrichtungen der Fall, wo – und das hatte ich ja auch in der Antwort gesagt – Elterntaxis oftmals stehen. Wir haben verkehrsrechtlich dort ja schon Halteverbote ausgesprochen, und ich glaube, es geht darum, hier noch verstärkt zu kontrollieren – das wäre eine Bitte, die ich dann noch einmal an das Innenressort weitergeben würde! –, aber sicherlich ist da auch noch einmal Aufklärungsarbeit notwendig.

Generell, das möchte ich noch einmal bekräftigen, sind wir schon große Freunde davon, auch Schulstraßen einzurichten, also insofern wäre das auch hier neben dem Aufstellen von Pollern und Halteverbotsschildern, die wir dort ja schon aufgestellt haben, sicherlich noch etwas, von dem man sehen müsste, ob man es dort einrichtet.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE):** Ich teile grundsätzlich Ihre Einschätzung, dass Aufklärung ein ganz wichtiger Punkt an dieser Stelle ist, aber soweit mir bekannt ist, hat die Schule an der Melanchthonstraße alles gemacht. Es gab Eltern-

abende, es gibt den Schülerexpress, es gab Transparente, es gab Informationen der Kontaktpolizisten an die Eltern. Ich glaube, es geht tatsächlich an dieser Stelle auch um uneinsichtige Eltern, und meine Frage ist – vielen Dank, Herr Präsident, für den Hinweis! –: Sie hatten es ja schon angedeutet, dass Sie eigentlich sehr offen für die Einführung von temporären Sperrungen, also von Schulstraßen sind. Wie sehen Sie es denn ganz konkret mit der Einführung einer temporären Schulstraße an der Melanchthonstraße? Das ist ja auch ein Beschluss des Bildungsausschusses im Beirat Walle.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Ich biete an, dass wir uns das noch einmal direkt vor Ort ansehen, um zu prüfen, ob wir dort eine Schulstraße einrichten können, also temporär für den Kfz-Verkehr sperren können. Ich glaube, gerade, was uneinsichtige Eltern angeht, ist es aber auch immer eine Frage der Kontrolle, das muss ich auch sagen. Das eine ist – selbst jetzt dürfte man dort ja nicht parken, aber trotzdem wird es gemacht –, verkehrlich eine Regelung zu schaffen, das andere ist aber, dass sie dann eben auch effizient kontrolliert werden muss, denn sonst bringt es ja auch nichts. Insofern wäre das eine Aufgabe, die ich mit dem Innenressort dann noch einmal gemeinsam angehen würde.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE):** Ich gehe davon aus, dass die Situation nicht ausschließlich so an der Schule an der Melanchthonstraße ist, wir hatten das Thema ja auch schon häufiger in der Bremischen Bürgerschaft. Meine Frage ist: Gibt es so etwas wie einen Runden Tisch zwischen dem Innenressort, dem Bildungsressort und Ihrem Ressort, wo solche Fragen behandelt werden, und wie ist da der aktuelle Stand?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Ich hatte das ja vorhin schon bei der anderen Anfrage zu Tempo 30 gesagt, ich habe selbst schon mehrere Sitzungen einberufen, zusammen mit dem Innenressort, mit der Polizei, mit dem Bildungsressort, mit der Verkehrswacht – wir haben jetzt auch noch einmal jemanden für Verkehrserziehung eingestellt –, meinem Ressort, der BSAG, also allen, die rund um solche Einrichtungen beteiligt sind. Ich habe hier ja auch den Buntentorsteinweg erwähnt, weil natürlich auch viele andere Schulen das Problem haben, man kann das also gar nicht auf eine Schule herunterbrechen.

Ich selbst wohne in einer Straße, in der vier Häuser weiter ein Kindergarten ist, und ich kann es auch berichten, dass morgens um kurz vor 8 Uhr die Straße voller Autos steht, ob sie dort parken dürfen oder nicht, es ist jeden Tag so. Deswegen gibt es schon diesen, ich würde jetzt nicht sagen, Runden Tisch, aber dieses Gremium, das schon zwei- oder dreimal getagt hat, um gemeinsam zu schauen, wie wir Abhilfe schaffen können.

**Präsident Frank Imhoff:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Ralph Saxe. – Bitte sehr!

**Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich will erst einmal anerkennen, auch aufgrund der ersten Anfrage, dass der Senat sich sehr um dieses Thema Verkehrssicherheit vor den Schulen kümmert. Meine Frage lautet trotzdem: Im Jahr 2014 haben wir ja alle miteinander schon im Verkehrsentwicklungsplan 2025 temporäre Sperrungen vor Schulen beschlossen, auch hier in der Bremischen Bürgerschaft. Ist nicht jetzt der Zeitpunkt gekommen, dass wir tatsächlich Pilotversuche machen? Das darf man ja. Es steht nicht in der Verkehrsordnung, aber Sie dürften so einen Pilotversuch durchführen.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Genau! Ich finde das sinnvoll. Sie haben es gerade gesagt: Rechtlich ist es so, es steht nicht in der Straßenverkehrsordnung, wir müssen das nicht, aber ich sehe schon, dass es sehr viel mit Verkehrssicherheit zu tun hat, gerade für die Schwächsten und Kleinsten unserer Gesellschaft, nämlich die Kinder. Ich habe ja auch ausführlich in der Antwort gesagt, dass es für sie besonders schwierig ist, wenn dort parkende Autos stehen, auch gerade für Kinder, die mit dem Rad unterwegs sind, ist es eine schwierige Situation. Insofern finde ich, ist es in der Tat angezeigt.

Ich habe ja gerade zugesagt, wir schauen uns das noch einmal an diesem Standort an, vielleicht gibt es auch noch Standorte, an denen man das pilotweise durchführt. Es müssten dann aber auch die Beiräte beteiligt werden, weil das natürlich immer bedeutet, dass ein Straßenabschnitt dann für den Kfz-Verkehr zu bestimmten Urzeiten gesperrt ist. Natürlich muss man auch eine Regelung für Anwohner schaffen, damit sie trotzdem dort entlangfahren dürfen, weil sie um diese Uhrzeit zur Arbeit müssen. Es geht aber ja darum, das Gros der Autofahrer dann aus diesen Schulstraßen herauszuhalten und vor allen Dingen auch dieses wilde Parken auf dem Bürgersteig und auf dem Radweg zu untersagen.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Letztlich wird ja auch der Lernerfolg der Kinder um 20 bis 30 Prozent verbessert, wenn sie sich bewegen, das besagen ja Studien. Würden Sie bitte noch einmal mitnehmen, dass es noch zwei weitere Schulen gibt, die sich schon erklärt haben und auch wohl, wie ich es mitbekommen habe, die Unterstützung von ihren Beiräten haben? Das ist einmal die Schule an der Richthofenstraße in Burglesum, also in Bremen-Nord – da kennen Sie sich wahrscheinlich besser aus als ich –, und schon gefühlt seit einem Dutzend Jahren die Schule am Baumschulweg, die sich das wünscht. Ich kenne die Bedingungen dort vor Ort, da ist es eigentlich auch untragbar.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Das nehme ich natürlich gern mit. Vielleicht macht es Sinn, zusammen mit dem Bildungsressort auch noch einmal die Schulen direkt anzusprechen, von denen wir zumindest das Gefühl haben, dass es dort auch prekäre Situationen gibt, oder auch die Beiräte noch einmal explizit anzusprechen, um auf diese Situation hinzuweisen und von dort auch noch einmal solche Informationen zu bekommen, denn den größtmöglichen Erfolg hat man natürlich, wenn man auch Akzeptanz in dem Stadtteil dafür hat. Ich glaube, deswegen macht es da Sinn, Hand in Hand auch ressortübergreifend zu agieren.

**Präsident Frank Imhoff:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens. – Bitte sehr!

**Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU):** Mich hat Ihre Antwort auf Frage 2 dazu gebracht, mich zu melden. Die Anzahl der sogenannten Campuslösungen – also dort, wo Grundschule und Kita gemeinsam auf engstem Raum gedacht werden und sich auch eine Straße teilen – hat in den letzten Jahren sehr zugenommen, ebenso wie die Problematik, dass gerade Kitakinder tatsächlich oft mit dem Auto gebracht werden müssen, weil Sie die Flexibilität der Kitazeiten nicht angepasst haben und es dadurch an ganz vielen anderen Schulen einen entsprechend hohen Verkehr gibt mit den hier geschilderten Problemen, die es an der Melanchthonstraße gibt.

Deswegen: Warum ist an dieser Stelle keine Benachrichtigung an Sie erfolgt? Nur an Sie nicht, oder auch an die nachgeordneten Behörden nicht?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Das kann ich Ihnen jetzt gar nicht so explizit beantworten. An mich ist sie jetzt nicht explizit erfolgt. Ich teile auch nicht ganz so die Einschätzung, dass Kitakinder per se mit dem Auto gebracht werden müssen, weil die Öffnungszeiten nicht angepasst sind. Es geht ja darum – und das ist ja auch immer der Anspruch gewesen –, gerade im Kitabereich möglichst kurze Wege zu haben, sodass auch gerade kleinere Kinder daran gewöhnt werden, nicht mit dem Auto, mit dem Elterntaxi gebracht zu werden, sondern zu Fuß oder gemeinsam mit dem Fahrrad zu kommen. Ich kann das nur noch einmal so mitnehmen, aber den Hinweis selbst habe ich persönlich nicht bekommen.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU):** Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass genau dieses Thema im Unterausschuss des Beirats Horn in Bezug auf die Grundschule Horn am 30. September Thema war, dass es regelmäßig Thema ist in Bezug auf die Grundschule Arsten und in vielen anderen Bereichen, wo sich eben Kita und Grundschule ballen und dementsprechend genau diese höheren Verkehrsaufkommen auftreten? Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Ich bin natürlich bereit, das zur Kenntnis zu nehmen, aber ich hatte vorhin auch ausgeführt, das ist auch nicht nur da, wo Schulen und Kitas in einer Kombination zusammen sind, sondern wir haben das Phänomen der Elterntaxis fast überall, wo Kindereinrichtungen sind, vor Schulen und vor Kindergärten. Manchmal hat man das Glück, dass es einen eigenen Parkplatz gibt, aber noch einmal: Da, wo es nicht der Fall ist, stellen wir fest, dass zu diesen neuralgischen Zeiten immer viele Autos da stehen, wo sie nicht stehen dürfen, und sie gefährden damit auch die Verkehrssicherheit der Kinder oder auch von anderen Verkehrsteilnehmern. Deswegen können wir immer nur schauen, dass wir zum Beispiel mit Halteverboten agieren, die dann aber auch kontrolliert werden müssen.

Also, ich nehme das zur Kenntnis, aber ich glaube, das Problem haben wir vor fast allen Einrichtungen, und deswegen auch da: Ob es jetzt die Eltern sind, die nicht ganz einsichtig sind, wie Sie es vorhin gesagt haben, oder andere Eltern, am Ende ist es zwar auch immer ein, sage ich einmal, Thema des Vollzugs und der Organisation, aber es ist natürlich auch der Appell an Eltern, möglichst auf das

Auto zu verzichten und zu sehen, dass man die Kinder anders in die Schule oder in die Kita bringen kann.

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 4: Eine neue Sporthalle für Bremen-Nord?**

**Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 13. Oktober 2021**

Bitte, Herr Kollege!

**Abgeordneter Marco Lübke (CDU):** Wir fragen den Senat:

1. In welchem Planungs- beziehungsweise Umsetzungsstand befindet sich nach Kenntnis des Senats das vom Verein für Turn und Tanz Farge-Rekum von 2014 e. V., VTT, auf dem ehemaligen BWK-Gelände in Bremen-Blumenthal geplante Vorhaben zur Errichtung eines gemeinnützigen Sport- und Gesundheitszentrums mit Kinderbewegungszentrum? Seit wann hat er Kenntnis von diesem Plan und wie beurteilt er diesen?

2. In welcher Art und Weise gedenkt der Senat, das vom VTT auf dem ehemaligen BWK-Gelände in Bremen-Blumenthal geplante Vorhaben zur Errichtung eines gemeinnützigen Sport- und Gesundheitszentrums mit Kinderbewegungszentrum zu unterstützen?

3. Welche finanziellen Fördermöglichkeiten stellt der Senat über die einzelnen Ressorts grundsätzlich für derartige gemeinnützige Vorhaben zur Verfügung, und nach welchen Kriterien erfolgt dabei eine Unterstützung von Vereinen und Initiativen?

**Präsident Frank Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Anja Stahmann.

**Senatorin Anja Stahmann:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Dem Senat ist der konkrete Umsetzungsstand des Projekts hinsichtlich Zeitplan und Kosten nicht bekannt. Für das Vorhaben „Errichtung eines gemeinnützigen Sport- und Gesundheitszentrums mit Kinderbewegungszentrum“ ist

seit 2019 eine circa 5 000 Quadratmeter große Fläche in der Straße Marschgehren auf dem ehemaligen Gelände der Bremer Wollkammerei reserviert, die Anfang 2022 vom Verein angekauft werden soll.

Der Senat hat seit Oktober 2019 Kenntnis von dem Vorhaben, und seit diesem Zeitpunkt fanden und finden in unregelmäßigen Abständen Gespräche zwischen dem Verein und dem vorrangig zuständigen Ressort, der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport statt. Der Verein hat zudem weitere Ressorts angesprochen, und der Senat sieht das Engagement grundsätzlich als Bereicherung für den dortigen Berufsschulcampus.

Zu Frage 2: Der Verein hat im Jahr 2020 Planungsmittel für das Projekt erhalten. Alle beteiligten Ressorts haben die Bereitschaft signalisiert, beratend zu unterstützen. Die Senatorin für Kinder und Bildung beabsichtigt über Immobilien Bremen eine Anmietung der im Erdgeschoss liegenden Turnhalle und des Spiegelraums für schulische Nutzung. Der daraus resultierende Mietzins könnte die Finanzierung des Bauvorhabens unterstützen.

Zu Frage 3: Die Fördermöglichkeiten für die Träger des Sports ergeben sich im Wesentlichen aus der Richtlinie „Sportförderung“. Abschließender Entscheidungsträger – nach eingehender Prüfung durch die Fachverwaltung – ist die städtische Deputation für Sport.

Sofern grundsätzlich Vereine oder Initiativen für schulische Zwecke oder zur Nutzung durch Einrichtungen der Kindertagesbetreuung Angebote erstellen, kann das zuständige Ressort prüfen, ob und in welchem Umfang diese Angebote förderfähig sind. Weitere Fördermöglichkeiten ergeben sich gegebenenfalls aus der Städtebauförderung. Ob und welche Fördermöglichkeiten im konkreten Fall genutzt werden können, muss das jeweils verantwortliche Ressort prüfen. Erforderlich sind dazu die detaillierte Vorstellung der Planungen, des Finanzplans, des vorgesehenen Zwecks und des zu erreichenden Zieles. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Marco Lübke (CDU):** Frau Senatorin, keine Angst, ich frage Sie jetzt nicht, ob in der Sporthalle auch Bänke sein werden und in welchem Zustand sie sind! Ich möchte aber gern wissen, wie sich der örtliche Beirat dazu verhalten hat,

denn es ist ja auch immer ganz wichtig, inwiefern so ein Projekt von der breiten Masse getragen wird. Also konkret meine Frage: Wie hat sich der Beirat Blumenthal zu diesem Projekt verhalten?

**Senatorin Anja Stahmann:** Da diese Frage nicht schriftlich eingereicht worden ist, muss ich nach einem Bauchgefühl antworten, Herr Lübke. Ich vermute, dass der Beirat Blumenthal sich für dieses Projekt einsetzt

(Abgeordneter Elombo Bolayela [SPD]: Ja, das stimmt!)

und es auch befürwortet, etwas anderes würde mich sehr stark wundern.

(Abgeordneter Elombo Bolayela [SPD]: Sehr gut! Das stimmt!)

Das stimmt? In Ordnung, dann stimmt mein Bauchgefühl!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Marco Lübke (CDU):** Frau Senatorin, was wären aus Ihrer Sicht die nächsten Schritte, oder wo sehen Sie die Probleme bei diesem Projekt?

**Senatorin Anja Stahmann:** Ich habe eingehend die Hintergrundinformationen studiert und würde jetzt den das Vorhaben Planenden empfehlen, sich mit einer Finanzierungsskizze, einer Projektbeschreibung, mit einem Fahrplan und einer Zielbeschreibung bei der Senatorin für Sport zu melden und dann auch den Kontakt zu suchen, ich habe ja eben ein paar Stichworte genannt.

Zum Thema Städtebauförderung muss zwingend Kontakt aufgenommen werden mit dem Ressort von Frau Dr. Schaefer, dort laufen Planungen zur Errichtung eines Städtebauförderungsgebiets. Wir haben dort ein integriertes Entwicklungskonzept, und ich würde der Trägerin auf alle Fälle raten, auf keinen Fall schon einen Euro in den Beginn der Maßnahmen zu stecken, denn das würde dazu führen, dass wir dieses Projekt nicht finanzieren können, also es darf kein vorzeitiger Beginn der Maßnahme erfolgen.

Der dritte Rat, den ich anschließen würde, wäre, von Beginn an die baufachtechnische Zuwendungsprüfung im Finanzressort einzubinden, damit

schon alle Hürden gleich vorher aus dem Weg geräumt werden. Ich glaube, wenn man das so, in dieser Reihenfolge angeht, dann kann daraus einiges werden.

Entschuldigung, einen Punkt habe ich vergessen: Es ist ein Querschnittsthema, das Ressort von Frau Vogt ist da ja auch eingebunden über das Gelände der Bremer Wollkämmerei, auch da muss es einen Gesprächstermin geben. Es ist ja avisiert worden, es gibt eine reservierte Fläche von 5 000 Quadratmetern, und wenn es dort zu einem Ankauf kommen muss, muss alles auch schon vorgeklärt sein, ehe man das Geld in die Hand nimmt. Wir haben natürlich auch ein Interesse daran, dass sich jemand nicht an so einem großen Unterfangen verhebt, denn das ist ein großes Rad, das dort gedreht wird. Also: Viele Gespräche führen und auch die Ortspolitik gut mit einbinden, das wäre jetzt der Rat der Senatorin, und dann müssen wir sehen, dass wir das zum Gelingen bringen können.

Gleichwohl, Herr Lübke – das schiebe ich jetzt gleich einmal hinterher –, ist im Sporthaushalt noch kein Geld für die Errichtung von weiteren Sporthallen vorgesehen. Das müsste dann natürlich auch durch den Haushaltsgesetzgeber flankiert werden.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Marco Lübke (CDU):** Wie schätzen Sie das ganz unabhängig von diesem konkreten Fall ein? Wie finden Sie es, dass private Vereine eine Sporthalle/eine Sportanlage auf die Beine stellen wollen, auch im Hinblick auf die möglichen Risiken? Wie schätzen Sie das grundsätzlich als Senat ein?

**Senatorin Anja Stahmann:** Seitens des Sportressorts unterstützen wir das sehr! Ich kenne aber auch die Schwierigkeiten, die sehr engagierte Vereine, wie beispielsweise die SG Findorff, in den letzten Jahren auf sich genommen haben, auch der TV Walle 1875 hat Planungen für eine weitere Halle. Die Schwierigkeit ist, dann auch das Geld zusammen zu bekommen, um so eine Halle realisieren zu können. Gleichwohl haben wir in Bremen noch einen großen Bedarf an weiteren Sportflächen. Das erleben wir in vielen Stadtteilen, also im Bremer Westen kann ich nur sagen, beim TV Walle 1875, es ist wichtig, dass wir da auch etwas bewegen, auch in Findorff gibt es den Bedarf für diese Sporthalle, ich schätze es in Bremen-Nord ähnlich ein.

Wir haben uns ja auch häufiger in der Fragestunde über die marode Substanz einiger Schulturnhallen unterhalten, und Blumenthal ist nun nicht Vegetationsack. Man muss also sehen, dass auch Kinder solche Angebote erreichen können. Sie sind oft zu Fuß unterwegs oder mit dem Fahrrad, und deswegen brauchen wir da auch eine etwas kleinräumigere Planung und können nicht sagen, es ist eine Halle, die für alle gleichermaßen erreichbar ist. Also, ich würde es begrüßen, wenn wir auf dem BWK-Gelände ein solches Angebot schaffen könnten.

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 5: Einen Kulturflächenpachtzins analog zum Sportflächen- und Kleingartenpachtzins einführen?**

**Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

**vom 19. Oktober 2021**

Bitte, Herr Kollege!

**Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen):** Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch liegen die derzeitigen Pachtzinsen für Sportflächen und Kleingärten, wann wurden diese zuletzt erhöht, und auf welche Gesamtfläche in Bremen werden sie angewendet?
2. Wie schätzt der Senat den Bedarf nach einer klaren Regelung für Pachtverhältnisse im Falle von ebenfalls gemeinnützigen Kultureinrichtungen ein?
3. Welche Vor- und Nachteile hätte eine solche Gleichbehandlung von durch Kultureinrichtungen genutzten Flächen mit anderen, ebenfalls gemeinnützigen Flächenverwendungen in der Stadt?

**Präsident Frank Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die derzeitigen Pachtzinsen für Sportflächen im Sondervermögen Immobilien und Technik, SVIT, belaufen sich jährlich auf neun Cent pro

Quadratmeter, auf Teilflächen für sportgewerbliche Nutzung, wie Vereinsgaststätten oder Sportschops betragen diese 26 Cent pro Quadratmeter, ohne Baulichkeiten. Der Pachtzins beruht auf einer Deputationsentscheidung aus dem Jahr 1977 und erstreckt sich auf rund 58 Hektar Fläche.

Die derzeitigen Pachtzinsen für Kleingärten im Sondervermögen Infrastruktur, SV Infra, belaufen sich jährlich auf 16 bis 19 Cent pro Quadratmeter. Sie basieren auf einem Gutachten aus dem Jahr 1986 und finden Anwendung auf circa 12 000 städtische Kleingartenparzellen mit einem ungefähren Flächenumfang von 511 Hektar.

Zu Frage 2: Für Flächenverpachtungen, einschließlich des Pachtzinses gelten die Richtlinien zur Vermietung, Verpachtung und Zwischennutzung von Immobilien des Landes und der Stadtgemeinde Bremen an Dritte. Kulturflächen sind von ihrer Nutzung her dem SVIT zuzuordnen, es sei denn, es handelt sich um Zwischennutzungen, die auch anderen Sondervermögen wie Gewerbe, Häfen oder Infra zugewiesen sein können. Insofern unterscheiden sich Kulturflächen von der dauerhaften Nutzung gegenüber Sport- und Kleingartenflächen.

Kulturveranstaltungen auf öffentlichen Flächen erfolgen regelmäßig auf Basis von Sondernutzungsgebührenordnungen. Bei Pachtverhältnissen für gemeinnützige Kultureinrichtungen kommt es auch darauf an, ob Pachtflächen kommerziell oder nicht kommerziell genutzt werden. Zu berücksichtigen ist auch der Flächenwert, der seinen Niederschlag im Pachtzins findet.

Im Einzelfall sollte jedoch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, sich an den Sportflächenpachtzins anzulehnen, der aber im Rahmen solcher Pachtverhältnisse auch die sonstigen üblichen Rechte und Pflichten einschließt. Der Senat erachtet für den jeweiligen Einzelfall eine solche Regelung als sinnvoll, um so Klarheit über zu erwartende Kosten herzustellen und eine kulturelle Nutzung oftmals überhaupt erst finanzierbar werden zu lassen. Dies betrifft gerade auch die Unterstützung der Subkultur, die mit einem gebietsbezogenen Nutzungsmix als stadtentwicklungspolitisches Instrument Möglichkeiten der Implementation bieten soll.

Zu Frage 3: Sport-, Kleingarten- und Kulturförderung unterscheiden sich in ihren jeweiligen Förderkullissen und Mechanismen. Der Pachtzins ist dabei

auch im Kontext der jeweiligen Förderung insgesamt zu betrachten und daher nicht als universell vereinheitlichendes Kriterium geeignet.

Sport- und Kleingartenflächen sind über ihre jeweilige Förderkulisse hinaus auch regelmäßig bauleitplanerisch als solche festgesetzt. Eine allgemeine analoge Pachtzinsanwendung auf alle Flächen der Stadtgemeinde und des Landes Bremen, die durch gemeinnützige Kultureinrichtungen gepachtet würden, entspräche nicht den tatsächlichen Flächenwertverhältnissen. Dauerhafte Brachflächen ohne Entwicklungsperspektive könnten bei nicht kommerziellen Nutzungen für eine gemeinnützige Flächenverwendung in Nutzung gebracht werden. Bei Sportflächen und Kleingärten ist regelmäßig davon auszugehen, dass Fragen der Erschließung bei einer dauerhaften Nutzung vorhabenbezogen geregelt sind, dies könnte im Rahmen von Kultur und Subkultur auch bei einem günstigen Pachtzins nicht notwendigerweise gegeben sein. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Bürgermeisterin, erst einmal vielen Dank für die ausführliche Antwort und Darstellung der Rechtslage! Nun hat sich der Senat ja gleichwohl dazu entschieden, das Projekt „Bremen – jung und kreativ“ auch vorantreiben zu wollen. Sehen Sie unter diesem Gesichtspunkt auch noch Handlungsbedarf, um aktiv zu werden, um durch Zwischennutzungen oder finale Nutzungen durch Kultureinrichtungen, die ja eben auch dazu gehören, junge Menschen hier in der Stadt zu halten?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Vielen Dank für die Frage! In der Tat sehe ich das, Sie haben das zu Recht angesprochen. Wenn man junge Menschen in Bremen halten möchte, dann muss man ihnen auch Angebote, auch Freizeitangebote/Kulturangebote zur Verfügung stellen. Da zählt zum Beispiel auch die Subkultur hinzu, das zieht viele junge Menschen an. Insofern, um das zu ermöglichen, braucht man einen Pachtzins, der auch am Ende von diesen Kulturschaffenden getragen wird, damit wir Subkultur haben, damit wir auch das Angebot für junge Menschen vorhalten können.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank, Herr Präsident, ich bin da voll an der Seite der Bürgermeisterin!)

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 6: Sitzbänke der Werkstatt Bremen nicht gut genug für städtische Parkanlagen?**

**Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 21. Oktober 2021**

Bitte, Frau Kollegin!

**Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU):** Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den Umstand, dass der Umweltbetrieb Bremen das Aufstellen von zwei Bänken aus dem Programm „1 000 Bänke für Bremen“ im Stadtgarten Vegesack abgelehnt hat?

2. Teilt der Senat die Ansicht, dass die Sitzbänke, die die Werkstatt Bremen herstellt, nicht zum Corporate Design des Vegesacker Stadtgartens passen?

3. Sind dem Senat für städtische Park- oder Grünanlagen Corporate-Design-Vorgaben für Sitzbänke bekannt, und wenn nein, inwiefern prüft der Senat derartige Vorgaben beim Umweltbetrieb Bremen auf Sinnhaftigkeit und Praxistauglichkeit?

**Präsident Frank Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es gibt einen zwischen der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und dem Umweltbetrieb Bremen, UBB, abgestimmten Standardausstattungskatalog, der verschiedene Banktypen für die Verwendung in den öffentlichen Bremer Grünanlagen vorgibt. Bänke müssen den geltenden Normen und Standards entsprechen und einem hohen Anspruch an Vandalismussicherheit, Ersatzbeschaffung von Einzelteilen, zum Beispiel Bankauflagen et cetera, genügen. Die Bänke aus dem Standardausstattungskatalog werden von Firmen bezogen, die mit dem Thema Vandalismus im öffentlichen

Raum langjährige Erfahrung haben und bei Design und Anfertigung diese entsprechend umsetzen und vor der Vermarktung erproben. Die Bankmodelle aus dem Ausstattungskatalog wurden nach den Kriterien Ästhetik, Funktionalität und Corporate Identity zwischen SKUMS und UBB abgestimmt.

Im Stadtgarten Vegesack werden zwei verschiedene Bankmodelle verwendet, die im Standardleistungskatalog enthalten sind. Diese Bankmodelle entsprechen nicht den Bänken aus dem Programm „1 000 Bänke für Bremen“.

Die verwendeten Bankmodelle im Stadtgarten Vegesack ergeben sich aus der Historie der Parkanlage. Der eigentliche Parkbereich ist mit der Bank „Belina“, weiß lackiert, ausgestattet. Lediglich an einer Stelle, an der Platzsituation vor dem Bundeswehrbunker, finden sich zwei Bankmodelle „Stadtgrün Bremen“. Diese könnten bei Gelegenheit gegen die Bank „Belina“ ausgetauscht werden. Das Metallmodell ist nur entlang der Weserpromenade aufgestellt und betont damit die Trennung zwischen Weserpromenade und Stadtgarten.

Zu Frage 2: Der Stadtgartenverein hatte im Sommer – ohne sich mit dem Referat 30, Grünordnung, und dem UBB im Vorfeld abzustimmen – einen Antrag bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport für die Finanzierung zweier solcher Bänke aus dem 1 000-Bänke-Programm gestellt.

Der UBB hat in Abstimmung mit SKUMS, nachdem er von der Bewilligung erfahren hat, dem Stadtgartenverein mitgeteilt, dass die Aufstellung der Bänke in öffentlichen Grünanlagen und auch im Stadtgarten nicht möglich ist. Die Bänke entsprechen nicht den Anforderungen, die an die Bänke gestellt werden, die im Standardausstattungskatalog aufgeführt sind, hierzu habe ich in der Antwort zu Frage 1 schon Stellung genommen. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat dies dem Stadtgartenverein in einer entsprechenden Begründung mitgeteilt.

Neben der Begründung, dass der UBB, aber auch SKUMS Wert darauf legen, dass die Ausstattung einer Grünanlage sich nicht zu einem wilden Designmix entwickelt, spielt auch das Material eine Rolle. Bänke in frei zugänglichen öffentlichen Räumen sind oft dem Vandalismus ausgesetzt. Obwohl es sich sowohl bei den Bänken der Werkstatt Bremen als auch bei den Bänken aus dem Ausstattungskatalog um Holzbänke handelt, entsprechen die Bänke der Werkstatt Bremen nicht den zwischen

SKUMS und UBB abgestimmten Kriterien an Funktionalität und Optik.

Zu Frage 3: Die Abstimmung, welche Banktypen in den Standardleistungskatalog aufgenommen werden, erfolgt in enger Abstimmung zwischen SKUMS, Referat 30, und dem UBB. Dabei sind neben dem angesprochenen Corporate Design die in Antwort 2 und 3 genannten Gründe wie Vandalismussicherheit und Ersatzbeschaffung von Ersatzteilen ausschlaggebend. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU):** Herr Staatsrat Bull und Herr Lenkeit haben es ja eben eigentlich ganz entspannt vorgemacht und gesagt, Bänke sind zum Sitzen da. Warum ist denn hier plötzlich so eine große Unentspanntheit, und hier spielen plötzlich doch das Design und alle möglichen Dinge eine Rolle, die eben einfach so übergegangen wurden?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Eine Unentspanntheit kann ich nicht sehen. Ich glaube, Herr Bull hat auch deutlich auf das Design abgehoben, wobei er nicht mehr genau in der Historie nachvollziehen konnte, warum das Design so ist, wie es ist.

Wir haben hier im Stadtgarten zwei unterschiedliche Designs. Bei dem einen Design, das will ich einmal sagen – –. Jeder, der in Vegesack wohnt und sich dort auskennt, weiß, dass der Stadtgarten regelmäßig im vorderen Teil bei Sturmfluten überschwemmt ist. Da bieten sich Holzbänke schon einmal nicht besonders an, deswegen sind es dort auch Metallbänke, denn sie müssen auch längere Zeit in dem Weserwasser überstehen können.

Im hinteren Teil sind es eben diese weißen Bänke, aber wir haben gerade dort im hinteren Teil – das wissen auch die Einheimischen – oftmals das Problem des Vandalismus, indem Bänke dort beschmiert, aber auch mit dem Messer eingeritzt werden. Deswegen brauchen wir dort Bänke – wir wollen ja, dass Menschen auch weiterhin darauf sitzen können –, die dem Vandalismus auch standhalten, und da eignen sich diese Bänke eben nicht.

Insofern sehe ich jetzt eine große Entspanntheit, und natürlich, das sage ich auch einmal als Vegesacker Bürgerin, habe ich ein großes Interesse daran, dass im Stadtgarten auch Bänke stehen und

von den Menschen genutzt werden, aber sie müssen eben eine Langlebigkeit haben.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU):** Gibt es denn insofern schon Erfahrungen mit den Bänken aus dem 1 000-Bänke-Programm, wenn man da mit dem Messer ritzt, dass man sie irgendwie anders ritzen kann als bei den Bänken vom Umweltbetrieb Bremen, die auch aus Holz sind? Meine nächste Frage ist: Inwiefern gibt es denn da dann auch Ersatzteile beim 1 000-Bänke-Programm?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Holz ist nicht gleich Holz, das wissen die meisten auch, es gibt Hartholz und Weichholz. Von den Bänken, die Sie jetzt gerade auch angesprochen haben, ist bekannt, dass sie hauptsächlich aus Weichholz bestehen und deswegen eben auch ein bisschen anfälliger sind, was Vandalismus angeht. Deswegen ist das ein Grund, warum sie nicht genommen worden sind.

Noch einmal: Ich habe große Sympathie dafür, dass der Stadtgarten Bänke bekommt, aber ich glaube, man sollte dann ein anderes Design oder Holz wählen. Da zumindest die Sozialsenatorin für das 1 000-Bänke-Programm zuständig ist, kann ich nicht sagen – und ich glaube, sie werden ja auch jetzt erst aufgestellt –, ob es schon Erfahrungswerte gibt. Aber noch einmal: Der UBB hat sich angeschaut, ob diese Bänke dem Leistungskatalog entsprechen, ob es dort – –? Da gibt es eben Vorgaben, auch, was den Vandalismus angeht. An solchen Orten, wo man das befürchten muss, finde ich es auch richtig, dass wir kein Geld verschwenden und keine Bänke aufstellen, die besonders anfällig für Vandalismus sind.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU):** Inwiefern hat es denn, bevor die Sozialsenatorin beschlossen hat, das 1 000-Bänke-Programm auf den Weg zu bringen, eine Abstimmung gegeben zwischen Ihnen oder dem Umweltbetrieb Bremen in Bezug auf die Art der Bänke, und inwiefern hat es denn jetzt im Nachgang schon Gespräche gegeben, und mit welchen Ergebnissen?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Zwischen meiner Behörde und dem Umweltbetrieb Bremen, das hatte ich ja in der Antwort ausgeführt, gibt es

einen Standardausstattungskatalog. Dort hat man ja vereinbart, welche Bänke sich besonders eignen und welche dann auch besonders angeschafft werden sollen. Insofern, das gibt es im Ressort. Mit dem Sozialressort gibt es eine Absprache, ganz sicher. So eben auch die Absprache, wo eignen sich die Bänke, oder in welchem Fall vielleicht auch nicht. Das hat die Sozialbehörde dann ja auch dem Stadtgartenverein mitgeteilt. Insofern gibt es da schon einen engen Austausch.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordnete Sigrid Grönert [CDU]: Ich verzichte ich jetzt, obwohl noch nicht alles geklärt ist! – Danke!)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer. – Bitte sehr!

**Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU):** Ich bin ja auch Vegesacker Bürgerin, wie Sie wissen, genau wie Sie. Mir ist im letzten Jahr aufgefallen, dass die Parks durch die Pandemie – und das war ja vor Kurzem auch Thema in der Deputation – auch vermehrt aufgesucht werden. Wenn Sie nun diese Bänke, die die Sozialsenatorin zur Verfügung gestellt hätte, nicht für gebrauchsfähig für den Stadtgarten halten, haben Sie dann schon Überlegungen angestellt, andere Bänke für den Stadtgarten zur Verfügung zu stellen?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Ich habe ja vorhin aufgezählt, es gibt zwei unterschiedliche Modelle: „Belina“, das ist die weiße Bank, die im hinteren Teil steht, und dann die Metallbänke, die ja wirklich in engem Abstand zueinander direkt an der Weserpromenade stehen. Ich glaube, wir sind uns einig, da wird man kaum noch Bänke dazwischenschieben können, sondern wenn, dann geht es um Bänke in dem hinteren Teil.

Es ist so, die Menschen nutzen in Zeiten der Pandemie vermehrt Parks und auch Kleingartengebiete, gehen hinaus in die Natur. Bei uns hat sich zumindest der Beirat oder der Ortsamtsleiter noch nicht direkt gemeldet, um noch einmal zu sagen, es gibt den Anspruch auf zwei Bänke. Wenn dem so sein sollte – und noch einmal, ich möchte überhaupt nicht sagen, dass die Parkbänke der Sozialsenatorin nirgendwo hingehören oder nicht passen würden, an anderen Stellen passen sie sehr gut, aber nicht da, wo wir Vandalismus haben –, ich glaube, dann sollten wir noch einmal gemeinsam schauen, ob es eine Finanzierungsmöglichkeit für

weitere Bänke oder für zwei weitere Bänke für den Stadtgarten gibt.

**Präsident Frank Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU):** Würden Sie das dann jetzt von mir als Prüfungsantrag für die Deputation aufnehmen, ob Sie die Gelegenheit haben, weitere Bänke im Stadtgarten in Vegesack aufzustellen?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Das mache ich sehr gern, Frau Abgeordnete!

**Präsident Frank Imhoff:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Maja Tegeler. – Bitte sehr!

**Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE):** Unter uns – ehemaligen – Vegesacker Bürger:innen: Haben Sie jemals erlebt, dass es im Stadtgarten keine freien Sitzgelegenheiten mehr gab?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Um ehrlich zu sein – vielen Dank für die Frage! –: nein, bisher nicht! Ich bin eine regelmäßige Besucherin und Spaziergängerin. Die Bänke an der Weserpromenade sind sehr begehrt, das muss man schon sagen, die Leute lieben es, direkt auf das Wasser zu schauen. Bei den hinteren Bänken, da würde ich Ihnen auch eher zustimmen, sind die meisten eher frei und unbesetzt. Gleichwohl, wenn es das Begehrt des Stadtgartenvereins ist und die Meinung besteht, dass man doch noch einmal die eine oder die zweite Bank bräuchte, dann sollten wir es zumindest prüfen, wie Frau Neumeyer es gerade gewünscht hat.

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung!

Mit der Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

*(Die vom Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie [im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite Fehler! Textmarke nicht definiert.](#))*

### **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion

der FDP folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

### **Bremens Verkehrsinfrastruktur am Limit – marode Straßen in Bremen prioritär sanieren**

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat der Abgeordnete Thore Schäck das Wort.

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir haben lange nicht mehr so viel innerhalb einer Stunde über Sitzbänke debattiert, und jetzt sprechen wir einmal nicht über das Sitzen, sondern über das Fortbewegen, und zwar auf den Verkehrswegen in Bremen. Wir haben als FDP-Fraktion diese Aktuelle Stunde eingereicht, um mit Ihnen über den Zustand der Bremer Straßen und den Zustand der Bremer Verkehrswege im Allgemeinen zu sprechen.

Die Bremer Straßen und Wege sind seit sehr vielen Jahren in einem fragwürdigen Zustand. Das zieht sich von Schlaglöchern über kaputten Belag bis hin zu gefährlichen Situationen und den daraus resultierenden, teilweise wochen- oder monatelang andauernden Sperrungen.

Nun haben wir im „Weser-Kurier“ in einem Beitrag vor einigen Wochen lesen dürfen, dass allein auf Bremens Straßen 14 000 Schäden erfasst worden sind. 14 000 Schäden allein auf Bremens Straßen! In dem Artikel war auch zu lesen, dass wir gut 5 000 Straßen in Bremen haben, das bedeutet letztendlich, dass im Moment im Schnitt auf jeder Straße mindestens drei Schäden existieren. Da ich davon ausgehe, dass sie nicht alle gleichmäßig betroffen sind und auch einige Straßen durchaus intakt sind, bedeutet das auch, dass im Moment auf manch anderen Straßen deutlich mehr Schäden vorhanden sind. Ich glaube, das ist ein Zustand, der einer Großstadt wie Bremen, insbesondere mit der Größe und auch mit der Wirtschaft, die wir hier haben, komplett unwürdig ist.

Um es gleich einmal vorwegzunehmen – und das Argument wird ja vielleicht kommen oder vielleicht jetzt auch nicht mehr, was wir aber in den letzten Debatten immer wieder gehört haben –: Wie kann man denn in Zeiten des Klimawandels wirklich noch darüber debattieren, dass weiterhin Geld in

Kfz-, in Autostraßen investiert wird? Das ist doch völlig überholt.

Ich kann die Argumentation aus einer gewissen Perspektive verstehen, aber wir müssen uns einfach auch der Realität stellen, dass es in dieser Stadt Menschen gibt, die gern Auto fahren und die im Übrigen auch teilweise auf das Auto angewiesen sind und Auto fahren müssen. Ich glaube, es ist dem Klima nicht geholfen, wenn diese Menschen, anstatt zum Beispiel eine Viertelstunde mit laufendem Motor in einem fahrenden Auto zu sitzen, nachher eine Stunde bei laufendem Motor im Stau stehen und trotzdem noch nicht am Ziel angekommen sind. Mit Schlaglöchern und kaputten Straßen schützt man nicht das Klima.

Was wir hier brauchen, ist eine vernünftige Straßeninfrastruktur, und das bezieht sich übrigens auch auf den ÖPNV. Wir alle sprechen seit geraumer Zeit darüber, dass wir den ÖPNV attraktiver machen wollen, übrigens auch als Alternative zum eigenen Auto, und auch Busse fahren in Bremen nicht auf Fahrradwegen, sondern sie fahren auf Straßen, und auch Busse brauchen eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur.

(Beifall FDP)

Natürlich müssen wir gemeinsam auf eine Veränderung – –.

(Heiterkeit CDU – Zuruf CDU)

Disziplin!

(Zuruf CDU)

Ja, das wird vermerkt!

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Das sollte ein langanhaltender Beifall werden! – Heiterkeit)

Ja, ich merke schon, wir müssen heute alle noch ein bisschen warm miteinander werden. Ich werde mein Bestes geben!

(Zuruf Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen] – Heiterkeit CDU)

Ja, das ist ja im Moment noch – –. Die Situation, über die wir hier sprechen, ist auch alles andere als begeisternd, sonst hätten wir diese Aktuelle Stunde auch nicht eingereicht, da haben Sie völlig recht, Herr Saxe!

Natürlich – und ich glaube, da sind wir uns alle einig – müssen wir auch gemeinsam eine Veränderung des Verkehrs erreichen, das ist, glaube ich, völlig klar. Wir müssen eine Veränderung erreichen, wie Menschen sich fortbewegen, auch, mit welchen Mitteln sich Menschen fortbewegen, aber das schafft man eben durch eine vernünftige Infrastruktur, und zwar auch im Bereich ÖPNV und auch im Bereich Fahrrad und auch im Bereich Fußverkehr.

Wenn wir uns jetzt einmal die Fahrradwege anschauen – und wir haben eben kurz über die Autostraßen gesprochen, die in einem wirklich schlechten Zustand sind –, dann muss man ehrlicherweise sagen, sie sind auch nicht viel besser. Da bringt es auch nichts, dass immer wieder in gewissen Abständen prestigeträchtige neue Fahrradrouten in Bremen entwickelt werden und ins Leben gerufen werden und dann einmal eben kurzerhand der Wall gesperrt und da irgendetwas gemacht wird, wovon alle jetzt nicht so ganz genau wissen, was das eigentlich soll, eine völlig sonderbare Situation, die da geschaffen worden ist, die natürlich auch Geld kostet!

Ich glaube, es ist besser und wir sind besser beraten, wenn wir das Geld, das wir im Moment im knappen Haushalt haben, eher in den Erhalt dessen investieren, was wir haben, nämlich in die vorhandene Infrastruktur. Erst kommt die Pflicht und dann die Kür, und nicht andersherum.

(Beifall FDP – Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Was gehört zur Kür?)

Jetzt können wir natürlich sagen, Fahrradwege und Autostraßen sehen im Moment nicht besonders gut aus, wir haben aber auch noch die Fußwege, und ich glaube, wir sind uns einig, dass das Thema Fußwege zu einer Verkehrswende einen elementaren Beitrag leisten würde. Wir werden intakte Fußwege brauchen. Ich erinnere noch einmal an unsere Anfrage, die wir vor rund eineinhalb Jahren hier im Parlament gestellt haben, glaube ich. Wir wollten damals wissen, in welchem Zustand sich die Gehwege in Bremen befinden. Sie konnten damals nicht darauf antworten. Die schriftliche Antwort, die wir dann im ersten Versuch bekommen haben, war eine Frechheit, und sie war im Übrigen auch aus parlamentarischer Sicht eine komplette Unverschämtheit!

Wir haben deswegen diese Anfrage damals erneut so eingereicht, exakt eins zu eins, um auch deutlich zu machen, dass wir ein Anrecht darauf haben,

eine vernünftige Antwort zu bekommen, und dann zog es sich hin. Die Antworten auf diese Fragen zogen sich über Wochen, sie zogen sich über Monate. Wir wurden immer wieder angerufen, und es wurde gesagt: Wir sind noch nicht so weit, wir brauchen noch einmal eine Verschiebung. Es gab E-Mails und so weiter, es zog sich über Monate hin. Dann kam irgendwann die Antwort, und sie war sinngemäß: Wir haben keine komplette Erfassung, wir haben keine strukturelle Erfassung der Schäden, aber im Großen und Ganzen müsste eigentlich alles so weit in Ordnung sein. Das war die Grundaussage.

Fußwege gehören natürlich auch zur Verkehrsinfrastruktur in Bremen dazu, das wird ja manchmal bei all den Debatten über Fahrradwege und Autos vergessen und darüber, was man mehr will, was man weniger will. Fußwege sind ein zentrales Kernelement der Verkehrsinfrastruktur bei uns in der Stadt, und da fragt man sich natürlich schon: Wenn das die Antwort des Senats ist, wie kann es dann eigentlich sein, dass an vielen Gehwegen in Bremen Schilder stehen, auf denen „Schäden im Gehweg“ oder „Benutzung auf eigene Gefahr“ steht? Irgendjemand muss sie da ja aufgestellt haben.

Das werden nicht die Bürgerinnen und Bürger gewesen sein, und das sind auch nicht die Nachbarn gewesen, die ihre Nachbarn davor schützen oder warnen wollen, sondern es sind die Behörden in Bremen gewesen, die diese Schilder dort aufgestellt haben und die natürlich auch einen Anlass dafür haben, diese Schilder dort aufzustellen, weil man nämlich sehr genau weiß, dass es sehr viele Punkte und sehr viele Gehwege in Bremen gibt, die in einem desaströsen Zustand sind. Auch das ist einer Stadt wie Bremen, die immer etwas von Verkehrswende erzählt und möchte, dass die Menschen sich nicht mehr so viel mit dem Auto fortbewegen, sondern mehr mit dem ÖPNV und mehr mit dem Fahrrad und zu Fuß, komplett unwürdig.

(Beifall FDP)

Ehrlicherweise, wir haben – Sie erinnern sich – damals relativ viele Rückmeldungen auch aus den Stadtteilen und von den Bürgerinnen und Bürgern bekommen, die uns Fotos geschickt haben und sie sogar unter die Facebook-Beiträge gepostet und gesagt haben: So ganz instand kann das alles nicht sein, schaut einmal bei uns in der Straße, schaut einmal in der Nachbarstraße, das ist alles völlig kaputt! Der Eindruck, den die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen von ihren Gehwegen haben,

ist ein völlig anderer als das, was wir damals gelesen haben. Deswegen ist unsere Forderung, gerade jetzt auch in Anbetracht der anstehenden Haushaltsberatungen, dass mehr Geld in den Erhalt der vorhandenen Infrastruktur gesteckt wird. Das gilt sowohl für die Autostraßen, das gilt aber genauso für die Fahrradwege und insbesondere auch für die Gehwege.

Wenn wir dann einmal in diesen Produktplan hineinschauen – und das ist ja nun der große Vorteil, ich bin ja bei uns in der Fraktion nicht nur für Bau und Verkehr zuständig, sondern auch für Haushalt und war im Übrigen dann auch der Berichterstatter für den Haushaltsplan Bau und Verkehr und habe mir das sehr genau angeschaut – und schauen, was eigentlich die strategischen Ziele sind, die dort genannt sind, dann sehen wir oben als strategisches Ziel, ich zitiere: „Infrastruktur erhalten und den Entwicklungserfordernissen anpassen“. „Infrastruktur erhalten“ – strategisches Ziel! –

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Mit immer weniger Geld!)

mit immer weniger Geld! Wenn wir dann schauen, was wir als Antworten auch in den Berichtsterminen bekommen haben, in den Gesprächen mit den Ressorts – und so steht es dann übrigens auch im Berichterstatterblatt –, dass die Infrastruktur-Erhaltungsmittel eben nicht ausreichen, um den Vermögenserhalt zu sichern, das heißt, um die Infrastruktur in dem sowieso schon schlechten Zustand, den wir haben, zu halten, sondern sie wird noch schlechter. Das ist das, was in diesem Plan steht. Das Absurde an der ganzen Sache ist: Bevor der Haushalt 2022/2023 überhaupt greift, bevor wir überhaupt loslaufen, schreiben Sie schon darunter: Wir werden das sowieso nicht erreichen, und es wird nicht besser. Wir werden den schlechten Zustand noch nicht einmal aufrechterhalten, sondern es wird noch schlechter. Das ist alles andere als akzeptabel für eine Stadt wie Bremen.

(Beifall FDP)

Deswegen erwarten wir von Ihnen – und das wäre tatsächlich in bisschen amüsant, wenn es nicht so tragisch wäre, weil diese Straßen in Bremen ja nicht nur für die Wirtschaft notwendig sind, sondern insbesondere auch für Hunderttausende von Bremerinnen und Bremern, die sich jeden Tag über diese Straßen, über diese Gehwege bewegen –, insbesondere auch im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen, dass die Planungen so auf-

gestellt werden, dass wir mindestens die Infrastruktur, die wir jetzt in Bremen im Bereich Auto, Fahrrad und Gehweg haben, erhalten und dass Sie nicht schon aufgeben, bevor Sie überhaupt losgelaufen sind.

Ich glaube, wir brauchen als moderne Großstadt funktionierende Straßen, wir brauchen funktionierende Fahrradwege, wir brauchen aber ebenso funktionierende Gehwege für die Wirtschaft hier vor Ort. Da geht es dann am Ende auch um Arbeitsplätze, das wird die SPD auch interessieren, spätestens jetzt, aber es geht eben auch um die 100 000 Bremerinnen und Bremer, die zu Recht den Anspruch haben, dass sie sich sicher und schnell über die Straßen Bremens bewegen können.

Ich glaube, und das ist mir völlig klar, Frau Senatorin, die Möglichkeiten im Haushalt sind eng, das ist klar. Wir können vieles nicht machen, was wir machen wollen würden, aber – und darüber werden wir ja auch in den nächsten Wochen in den Haushaltsberatungen sprechen – es gibt Spielräume. Es gibt Möglichkeiten, zu entscheiden: Investieren wir erst einmal in A, oder investieren wir lieber in B? Man wird nicht alles machen können, es ist am Ende eine Frage der Prioritätensetzung, und es wurde tatsächlich auch eine Neuverschuldung aufgenommen, das dürfen wir nicht vergessen, im Rahmen des Coronafonds. Dann wurde beispielsweise eine Surferwelle auf der Martinistraße geschaffen, und ich glaube, wenn wir es gemeinsam schaffen, ein bisschen weniger Surferwelle auf der Martinistraße zu machen und vielleicht ein bisschen mehr Interesse für die wirklich wichtigen Themen bei Ihnen zu wecken, nämlich die Erhaltung der Infrastruktur, die wir in Bremen haben, dann sind wir auf einem deutlich besseren Weg, als wir es bisher waren. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächster Redner hat der Abgeordnete Hartmut Bodeit das Wort.

**Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ein ganz neues Gefühl, nicht mehr in diese Glaskörbe zu sehen. Herrlich! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde „Bremens Verkehrsinfrastruktur am Limit – marode Straßen in Bremen prioritär sanieren“ ist, denke ich, seit Langem bekannt und leider bis heute aktuell. Die Infrastruktur in Bremen ist in einem, ich würde sagen, jämmerlichen Zustand. Laut dem Pressebericht des „Weser-

Kuriers“ zu diesem Thema sind in diesem Jahr bislang 13 892 Schäden vom Amt für Straßen und Verkehr, ASV, benannt worden. Im vergangenen Jahr, das hatte Herr Schäck schon vorweggenommen, waren es sogar 14 584 Mängel, die gemeldet wurden.

Die Freie Hansestadt Bremen gehört im Bereich Logistik zu den größten Standorten in Europa. Wir als CDU-Fraktion fragen uns: Können wir uns in Bremen eine solch marode Infrastruktur weiterhin leisten? Der ADAC-Sprecher Nils Linge sagte: Würden erfolgreiche Ersatzinvestitionen angesprochen oder durch billigere Reparaturen ersetzt, beschleunige sich der Substanzverlust der Straßen. Zu Recht verwies Nils Linge darauf, dass dieser Verschleiß der Bestandsinfrastruktur gesellschaftliches Vermögen vernichtet

(Beifall CDU)

und zugleich die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer erheblich verringert. Natürlich haben wir die Anstrengungen, den Etat für 2021 und 2022 um je eine Million Euro zu erhöhen, zur Kenntnis genommen, aber das reicht aus Sicht der CDU-Fraktion maximal, um den Sanierungsstau in Grenzen zu halten. Richtig finden wir aber, dass Gefahrenstellen höchste Priorität haben und sofort ausgebessert werden. An die Schäden und Schlaglöcher in Straßen sowie Rad- und Fußwegen wollen wir uns in Bremen nicht gewöhnen. An dieser Stelle sei die Frage an die Koalition gestattet: Wie wollen Sie den bereits festgestellten Sanierungsstau schnellstmöglich beheben?

(Beifall CDU – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Da wollen wir jetzt eine Antwort!)

Wir haben als CDU-Fraktion oft auf den maroden Zustand der Infrastruktur hingewiesen. Weitere Jahre der Diskussion halten wir daher in diesem Fall für nicht zielführend. Jetzt muss es darum gehen, dieses Problem richtig anzupacken. Welche Strategie haben Sie in der Zwischenzeit erarbeitet, um den Sanierungsstau zu beheben? Eine funktionierende Infrastruktur ist für Bremerinnen und Bremer sowie Unternehmen unverzichtbar. Daher unser Appell: Gehen Sie dieses Problem mit aller Kraft an und handeln Sie jetzt! – Vielen Dank!

(Beifall CDU, FDP)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächste Redner der Abgeordnete Ralph Saxe das Wort.

**Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jämmerlich haben Sie gesagt, glaube ich, wäre der Zustand unserer Verkehrsinfrastruktur und nicht verkehrssicher?

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordneter Martin Michalik [CDU])

Dann sind wir ganz offensichtlich in zwei verschiedenen Städten unterwegs. Ich würde ganz klar sagen – -. Nein, da gibt es keine Unterschiede, denn, das wissen Sie vielleicht auch, die Unterhaltungsbezirke bekommen gleich viel und es wird gleichmäßig aufgeteilt. Das hat nichts mit Schwachhausen, der Vahr oder sonst etwas zu tun. Vollkommen klar ist auch, dass wir eine Mängelverwaltung machen, das würde auch niemand in Abrede stellen. Auch die Senatorin wird das gleich mit Sicherheit nicht tun.

Das ist ein Problem, das alle Kommunen in Deutschland haben, auch das werden Sie wahrscheinlich vorher recherchiert haben, wie auch der Zustand der Brücken in Deutschland ist, wie der Zustand in anderen Kommunen ist, und dann werden Sie feststellen: Ja, wir haben einen Investitionsstau in der Infrastruktur, übrigens nicht nur in der Verkehrsinfrastruktur. Wenn Sie sich die Schulen ansehen, dann werden Sie feststellen, das ist der größte Bereich in ganz Deutschland, Herr Weiss, nicht nur in Bremen, in den wir investieren müssen. Zu Recht muss man auch den Bund dabei heranziehen, das ist gar kein Vorwurf an alte Regierungen.

Da werden wir über so eine Art Rettungsschirm reden müssen, damit wir diese Infrastrukturen in Schuss bekommen können. Das können wir mit unseren Mitteln, die wir in Bremen haben, leider nicht hinbekommen. Mal sehen, was dabei jetzt herauskommt.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja!)

Zumindest haben Sie dabei auch nicht viel hinbekommen, und die konstruktiven Vorschläge habe ich auch noch nicht wahrgenommen. Aber was nicht ist, kann ja am Ende noch werden. Wie gesagt, Sie wissen das von den Eisenbahnbrücken, dass es problematisch ist. Auf manchen Autobahnbrücken kann man nicht mehr richtig fahren.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, die A 281!)

Da gibt es dann Nutzungseinschränkungen, das haben wir in Bremen gehabt, aber das gibt es eben überall. Wir fahren also mit der Infrastruktur auf Verschleiß, darüber besteht vollkommene Einigkeit. Woran liegt das eigentlich, dass wir so schnell auf Verschleiß gefahren sind? Das sind sehr viel mehr Fahrzeuge, die unterwegs sind, die sind sehr viel schwerer. Es werden sehr viel mehr Waren transportiert. Wir haben also letztlich ein hausgemachtes Problem dabei, auch selbst geschaffen durch die Art, wie wir Mobilität in dieser Stadt nutzen.

Da habe ich tatsächlich das vermisst, was ich so ein bisschen – -. Ich hatte ein Zwiegespräch mit Herrn Eckhoff, ob denn die Verkehrswende so richtig bei der CDU in den Köpfen angekommen ist, auch, wenn man über so ein Thema redet – bei der FDP waren da ja zumindest Ansätze vorhanden, das hat mich gewundert –, das war aber eben nicht der Fall. Natürlich kommen diese Schäden daher, dass wir einen Gebrauch der Infrastruktur haben, der auf Verschleiß fährt, natürlich, Herr Strohmann, ist das so.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wenn der Tunnel fertig wäre, könnte das schon entlasten! Sie reden am Thema vorbei!)

Lassen Sie mich doch einmal ausreden. Nein, das ist nicht am Thema vorbei. Wir haben den Etat – das haben sie zu Recht festgestellt – erhöht, sukzessive jedes Jahr. Ich kann mich erinnern, dass wir einmal bei elf Millionen Euro waren. Jetzt sind wir, glaube ich, beim nächsten Mal bei 17 Millionen. Wir haben den Etat für Radverkehr vervierfacht, da sind natürlich auch diese Unterhaltungsmaßnahmen nicht darin. Wir haben eine digitale Zustandserfassung, die gerade durch die Stadt geht und genau aufnimmt: Welche Schäden gibt es denn da? Es ist auch nicht so, dass, wenn da jetzt ein verkehrsunsicherer Zustand ist, dieser nicht bearbeitet wird, wie das suggeriert worden ist. Das stimmt ja nicht.

Wenn es tatsächlich Sachen gibt, die die Verkehrssicherheit gefährden, dann werden diese Sachen gemacht, dann werden diese Sachen beauftragt. Deshalb, glaube ich, kann man nicht feststellen, dass es schon irgendwelche Unfälle gegeben hat, weil es einen verkehrsunsicheren Zustand unserer Infrastruktur gibt. Das habe ich zumindest noch nicht wahrgenommen, dass da ein Fußgänger gestolpert ist, weil es mehr als diese drei Zentimeter waren. Das wird im Einzelfall passieren, das kann ich gar nicht in Abrede stellen. Das ist aber nicht

die Regel in Bremen. Das kann natürlich vorkommen.

Wir reden dann trotzdem einmal darüber, ob der Autoverkehr tatsächlich für die Kosten aufkommt, die er selbst produziert. Da wird ja immer argumentiert, die Kfz-Steuer und was wir da alles haben, würde das alles realisieren. Das stimmt natürlich überhaupt nicht. Wir haben mehrere Studien, die untersucht haben: Wie ist denn eigentlich der volkswirtschaftliche Nutzen der verschiedenen Verkehrsarten? Da komme ich jetzt auch einmal mit neueren Zahlen als das, was wir bei unseren Debatten, Herr Strohmann, einmal hatten.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber auch aus Kassel!)

Im Augenblick ist es so: Am besten ist derjenige unterwegs – –. Herr Rupp ist gar nicht mehr hier. Der kam etwas außer Atem hier in die Bürgerschaft herein, und dann habe ich gesagt: „Sie sind am besten unterwegs, Sie verdienen für die Volkswirtschaft 38 Cent pro Kilometer.“ Dann haben wir das Fahrrad. Das wird Sie nicht wundern, dass das auch noch Geld verdient, das ist ein bisschen weniger, das sind 18 Cent. Das Auto kostet Geld. Das kostet uns Geld bei jedem Kilometer, den es durch die Gegend fährt. Es kostet auch Verschleiß unserer Infrastruktur, viel mehr natürlich als ein Fahrrad. Das sind dann elf Cent. Wir sind im europäischen Maßstab bei 500 Milliarden Euro, was das kostet. Der Autoverkehr kommt für seine Kosten nicht auf, volkswirtschaftlich.

Ja, darüber können wir uns noch einmal bilateral oder in den sozialen Medien streiten. Da wird es vielleicht marginale Unterschiede geben. Wir haben auch eine Debatte um den Preis – –.

(Zurufe Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Das werde ich gern recherchieren und Ihnen dann das nächste Mal mitteilen. Wir haben eine Debatte um das Bewohner:innenparken.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Was soll denn das am Ende kosten? Da gehen wir ja als Grüne bekanntermaßen ein bisschen höher, weil wir uns auch daran orientieren: Was sind die reinen Kosten, die so ein Parkplatz eigentlich verursacht? So ein Parkplatz kostet im Jahr 200 bis 220 Euro. Das heißt, wenn wir mit Bewohnerparken anfangen, 100 Euro, dann subventionieren wir den Autoverkehr leider weiter. Das ist, glaube ich,

das, was zur Verkehrswende am Ende auch mit dazu gehört: Wir brauchen eine Verkehrswende nicht nur, um CO<sub>2</sub> einzusparen, sondern auch, um diesen Verschleiß zu verringern, der stattfindet.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Da muss ich feststellen, die Aktuelle Stunde, die ja so ganz aktuell nicht ist, bezieht sich anscheinend auf einen Artikel im „Weser-Kurier“. Da haben Sie aber offensichtlich den Kommentar auf der zweiten Seite nicht gelesen. Der ist nämlich, wie ich finde, sehr viel differenzierter als das, was Sie hier bisher an Debattenbeiträgen eingebracht haben. Der sagt ganz klar: Wir brauchen eine Verkehrswende. Wir brauchen eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene. Wir brauchen weniger Verkehr. Die, die in der Enquetekommission sitzen, werden wissen, dass das ifeu-Gutachten für Bremen gesagt hat: Wenn wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen, brauchen wir 55 Prozent weniger Verkehrsleistung. Und Sie sagen im Prinzip: Weiter so, weiter so, weiter so. Das wird am Ende so nicht gehen.

Wir haben Lieferverkehre für Pakete, die durch den Onlinehandel ganz stark zugenommen haben. Solange wir diesen Bereich Onlinehandel nicht regulieren werden, wird das weitergehen. Wir haben eine Milliarde Pakete, die einzeln transportiert werden. Da kann ich verstehen, dass das bequemer ist, das so zu bestellen. Es ist aber auf jeden Fall nicht gut für unsere CO<sub>2</sub>-Bilanz und auch nicht gut für den Verschleiß unserer Infrastruktur. Dann ist angeregt worden, wir müssen mehr Carsharing machen, wir müssen insgesamt mehr Sharing machen. Das gehört doch alles dazu. Darein müssen wir investieren, in die Verkehrswende, weil wir den CO<sub>2</sub>-Verbrauch senken wollen und weil wir tatsächlich auch den Verschleiß reduzieren wollen. Zum Verschleiß gehört auch mit dazu – –. Entschuldigung.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hatte ja geschworen, dass ich ab und zu darauf achte, wenn jemand die Hand hebt. Entschuldigung, dass ich das nicht gemacht habe.

Es betrifft eindeutig auch den Verschleiß. Wir haben Autos, die sind heute doppelt so schwer, wie sie das vorher gewesen sind. Diese SUV – aber es sind auch andere Fahrzeuge – verschleifen natürlich ganz anders. Die führen am Ende dazu, dass der Feinstaub, der wirklich gesundheitsschädlich auf unseren Straßen ist, im Wesentlichen jetzt

schon von diesem erhöhten Abrieb dieser zu schweren Fahrzeuge generiert wird. Da, glaube ich, brauchen wir auch eine Wende im Lebensstil.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das muss jetzt an dieser Stelle tatsächlich anfangen, dass wir das, was nötig ist, weiter sicherstellen, dass wir die Wirtschaftsverkehre sicherstellen, dass wir natürlich auch denen, die das Auto brauchen, um damit zur Arbeit und zurück zu kommen, – –, dass wir natürlich sicherstellen, dass Leute, die mobilitätseingeschränkt sind, das immer noch gut machen können. Wir haben aber ganz viele Wege, die sind unter fünf, sechs Kilometern und könnten zu Fuß und mit dem Fahrrad unternommen werden. Dann will ich noch kurz ein paar Sätze zum Fußverkehr sagen, dazu werde ich bei der übernächsten Debatte auch noch etwas sagen: Ich finde es gut, dass das angekommen ist, dass wir auch noch eine Verkehrsart haben, die Fußverkehr heißt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich weiß nicht, wer außer mir in diesem Hause Mitglied von FUSS e. V. ist, vielleicht tue ich ja jemandem Unrecht und hier ist noch ein Unbekannter, der dieser Vereinigung angehört. Ich finde es wichtig, dass wir uns um diesen Fußverkehr kümmern, und ich finde, Sie haben recht: Wir haben Schäden in den Fußwegen. Das ist für mich übrigens auch, weil es um Barrierefreiheit geht, etwas Prioritäres. Einen verkehrsunsuren Zustand in der Infrastruktur der Autos, den kann ich ehrlich gesagt nicht wahrnehmen, aber es kann passieren, dass, wenn wir da bei den Fußwegen nicht gut Acht geben, tatsächlich auch die Barrierefreiheit eingeschränkt ist. Da, finde ich, hört es wirklich auf. Da hört das Verständnis, das wir für die Politik haben, auch wirklich auf.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Da freue ich mich darüber, dass wir dieses Thema alle miteinander anscheinend auf den Zettel genommen haben. Sie haben ja wahrscheinlich auch wahrgenommen, dass wir in Bremen eine der wenigen Kommunen sind, die inzwischen auch einen Fußverkehrsetat geschaffen haben. Deshalb glaube ich, dem Thema sollten wir uns alle miteinander mehr widmen: Fußverkehrsbeauftragte und was es alles gibt, darüber sollten wir diskutieren, tatsächlich, dass Bremen eine fußgängerfreundliche Stadt wird.

Da kann es dann auch einen Wettbewerb um die besten Konzepte geben. Das ist ja so mein Anspruch an Politik, dass wir uns selbst mit unseren guten Vorschlägen überbieten. Ich glaube, das ist der konstruktive Anteil von Politik, den wir wirklich haben sollen. Ich finde demokratietheoretisch: Dieses „Die Verkehrsinfrastruktur ist jämmerlich, es ist alles schlimm, es ist alles furchtbar“, da verstehe ich den Ansatz, aber der Ansatz, sich tatsächlich gemeinsam um Konzepte zu kümmern und sich tatsächlich gegenseitig zu überbieten, das ist etwas, wozu ich gerade in Bezug auf Fußverkehr sehr viel mehr Lust hätte. – Danke!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Anja Schiemann das Wort.

**Abgeordnete Anja Schiemann (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Klar ist: Gut ausgebaute und gepflegte Straßen, Rad- und Fußgängerwege sind essenziell für alle Verkehrsteilnehmer:innen und vor allem für die Verkehrssicherheit unserer Bürger:innen. Die jüngst erwähnten Zahlen zeigen deutlich: Die Schäden an unserer Verkehrsinfrastruktur in Bremen steigen.

Die Zahlen sind schon genannt worden, aber ich sage es noch einmal: 14 005 Kilometer umfasst das kommunale Straßennetz. 2019 sind 13 716 Schäden durch das Amt für Straßen und Verkehr, ASV, erfasst und behoben worden. Die Zahl stieg dann 2020 noch einmal auf 14 584 Mängel, die – und das ist hier noch nicht so ganz deutlich zum Ausdruck gekommen – durch das ASV erfasst und schwerpunktmäßig von den vom ASV beauftragten Firmen behoben wurden. Dem ASV hier zu unterstellen, dass es gar nicht oder nicht umfassend tätig geworden ist, das ist ungerechtfertigt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Ich habe auch mit dem ASV gesprochen. Das ASV sieht sich aktuell noch in der Lage, die Straßen verkehrssicher zu halten. Doch auch bei den Verkehrsexperten des ASV ist unstrittig, dass sie mit den verschiedenen Straßenoberflächenmaßnahmen nur mittelfristig die Lebensdauer der Straßen verlängern können. Unbestritten gibt es in Bremen – wie in vielen anderen Kommunen auch – einen Stau bei der Kernsanierung von Straßen, denn etliche Straßen benötigen statt einer oberflächlichen

Reparatur eine sehr viel tiefergehende, aber damit auch zeitaufwändigere und kostspieligere Sanierung.

Der Etat – das ist auch schon erwähnt worden – für die Straßenerhaltung ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht worden. 2020 standen 15 Millionen Euro zur Verfügung, im Jahre 2021 16 Millionen und für das laufende Jahr sind 17 Millionen veranschlagt worden. Ich will nur einmal erwähnen, was davon beispielsweise gemacht worden ist: Im Bremer Westen sind von diesen Mitteln beispielsweise die Hansestraße für 500 000 Euro grundsaniiert und der Utbremer Verteilerkreis für 300 000 Euro teilsaniert worden.

Die besagten Mittel sind auch für 2021 komplett für die Straßensanierung, so berichtet mir das ASV, ausgeschöpft worden. Da ist nichts liegengelassen und nichts verschwendet worden, aber auch Haushaltsmittel für den Ausbau und die Sanierung von Fahrrad- und Fußwegen – das hat Ralph Saxe gesagt – sind vervierfacht worden, sind drastisch erhöht worden. Dem ASV und dem Senat vorzuwerfen, hier völlig untätig zu sein, finde ich mehr als ungerechtfertigt. Das haben die Kollegen einfach nicht verdient.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Es stimmt, es gibt viel zu tun bei der Verkehrsinfrastruktur, es stimmt aber auch: Der Senat packt das an. Doch gerade, was den Ausbau der Fahrradinfrastruktur – und da gebe ich den Kollegen recht –, was den ÖPNV und den SPNV betrifft: In den weiter von der Innenstadt entfernten Stadtteilen und den Gewerbegebieten gibt es noch viel Luft nach oben.

Denn wenn wir die verkehrliche Belastung unseres Straßennetzes auch durch die vielen Berufspendler:innen und den Schwerlastverkehr reduzieren und das Netz somit weniger anfällig für Schäden machen wollen, muss uns die Verkehrswende gelingen. Auch das wurde schon gesagt. Sprich, wir müssen den Schwerlastverkehr zunehmend auf die Schiene verlagern und es den Menschen durch gut ausgebaute Fahrradwege und einen gut ausgebauten, leistungsfähigen ÖPNV und SPNV schmackhaft machen, auf das Fahrrad als Verkehrsmittel umzusteigen und auf die Fahrt mit dem eigenen Auto zu verzichten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Klar ist aber auch: Diese Maßnahmen zur Verkehrswende werden ohne ein deutliches Mehr an Investitionen von den Kommunen und den Ländern nicht zu stemmen sein; das sind Investitionen, die ohne Bezuschussung des Bundes nicht möglich sein werden. Damit komme ich noch einmal zu Ihnen, liebe Kolleg:innen der FDP: Wie gesagt, nicht nur in Bremen gibt es einen Sanierungsstau bezüglich Straßen und anderer Verkehrswege. Ich habe mir jetzt einmal den Bericht des Landesrechnungshofes des Landes Rheinland-Pfalz für Februar 2021 angesehen, und in Rheinland-Pfalz stellen Sie ja den Verkehrsminister.

(Zuruf CDU: Ministerin!)

Die Ministerin, sorry. In Rheinland-Pfalz ist laut diesem Bericht der Sanierungsstau für marode Straßen in den vergangenen fünf Jahren um rund 30 Millionen Euro gestiegen. Demnach gelingt es Ihnen auch in Rheinland-Pfalz nicht, diesem Sanierungsstau durch irgendwelche Maßnahmen Ihrer Verkehrsministerin entgegenzuwirken.

(Beifall SPD – Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Was macht denn Frau Dreyer dagegen?)

Wir sehen gerade Sie als FDP in den laufenden Koalitionsverhandlungen im Bund in der Pflicht. Denn Sie sind es, die sich in den Verhandlungen im Bund immer noch gegen Steuererhöhungen und gegen die Aufweichung der Schuldenbremse aussprechen. Ohne mehr Mittel für Bund und Länder für die Sanierung von Straßen, für die Straßeninfrastruktur wird es nicht gehen, und da ist der Bund in der Pflicht, und da sind Sie in den Verhandlungen in der Pflicht. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächster Redner hat der Abgeordnete Ralf Schumann das Wort.

**Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als ich von der Aktuellen Stunde der FDP mit dem Thema „Verkehrsinfrastruktur am Limit“ erfuhr, habe ich erst einmal gedacht: Was ist denn nun über Nacht passiert, was ich nicht mitbekommen habe? Ist ein Erdbeben passiert und die ganzen Straßen sind zerstört worden? Ich weiß nicht, ob eine Aktuelle Stunde, die ja in diesem Fall eigentlich Themen behandelt, die über Jahre bekannt sind, das richtige Format ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Aber es ist eben, wie es ist. Lieber eine Aktuelle Stunde der FDP als keine, so habe ich den Eindruck, und dann müssen wir eben ein bisschen darüber reden, und ich schaue jetzt einmal, wie ich mich zu den Vorredner:innen noch arrondieren kann, die schon das Meiste gesagt haben. Fakt ist, dass die Mitarbeiter:innen beim Amt für Straßen und Verkehr dafür Sorge tragen, dass die Verkehrssicherungspflicht, also die Verkehrssicherheit der Straßen, gesichert ist. Wo das nicht der Fall ist, muss man eben erst einmal reparieren. Das machen sie auch.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das hat auch niemand infrage gestellt!)

Nun ist Bremen, ob Stadt oder Land, nicht reich, das wissen wir. Wenn man mit Haushalt zu tun hat, das wissen alle, die einmal in Regierungsverantwortung waren – die FDP war das ja auch einmal, die CDU war das auch einmal –, wie schwierig das dann ist und wie jeder Abgeordnete immer wieder hin- und hergerissen wird von dem Problem: Wo bekommen wir irgendwie noch einmal Geld her? Wenn ich zur Senatsbank schaue: Es sind für jeden Senator, für jede Senatorin natürlich immer Begehlichkeiten da. Das Geld ist immer viel zu wenig.

Wir geben dieses Jahr 16 Millionen Euro, also eine Million mehr für Straßenreparaturen aus, und wir erhöhen das jeweils um eine Million, und wissentlich ist das Geld immer für alle Bereiche zu knapp. Niemand, der regiert hat, hat eine Fantasie, wie man das besser hinbekommen kann. Es fehlt immer. Die CDU hatte damals, erinnere ich mich noch, den Einfall gehabt, alles zu privatisieren, um Geld hereinzubekommen. Ob das so ein kluger Ansatz war? Das, man weiß es heute, war es sicherlich nicht. Wir versuchen, vieles wieder zur rekommunalisieren. Wir sind froh, dass die große Wohnungsgesellschaft nicht verkauft worden ist. In Berlin sieht man das: Es bringt nichts. Man hat kurzfristig mehr Geld in der Tasche, und am Ende hilft das auch nicht weiter.

Der nächste Punkt ist: Ich weiß nicht, wie wir das erklären sollen. Ich weiß nicht, wie wir das zum Beispiel in Ihrem Bereich den Richter:innen und Staatsanwält:innen erklären sollen, dass wir jetzt viel Geld in die Infrastruktur hineingeben, damit wir auf der einen Seite piekfeine Straßen haben, aber auf der anderen Seite fehlen Richterinnen und Richter, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen. Es fehlen vernünftige Schulen. Es fehlen – dazu haben

wir jetzt Betriebsversammlung, Personalversammlung – Polizist:innen. Wie soll ich denen das erklären, dass wir da viel Geld hineinstecken und dann haben wir keine Polizisten, die für die Verkehrssicherheit sorgen können, aber die Straßen sind schön? Wie sollen wir das erklären?

(Zuruf Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU])

Da haben Sie auch keine Lösungen. Das muss man deutlich sagen. Es ist einfach, auf den anderen zu zeigen und zu sagen: „Nimm einmal dein Geld und bring die Straßen in Ordnung!“ Ich denke, dass unsere Koalition das nicht als prioritär ansieht. Da gibt es viele andere soziale Projekte, andere Projekte, die wir finanziell versorgen müssen und weswegen wir nicht alles Geld in die Infrastruktur hineinstecken. Ich denke, 16 beziehungsweise 17 Millionen Euro sind auch kein kleines Geld. Da wird viel, Jahr für Jahr, investiert.

Das Nächste ist, es wurde schon gesagt: Natürlich, der Onlinehandel hat die Belastung der Straßen erheblich erhöht. Wenn man jetzt einmal sieht, wie viele Sprinter tagtäglich unterwegs sind, ob die nun von UPS oder von Amazon oder von DHL oder von sonst wem sind. Meistens fahren ja sechs, sieben Sprinter durch die Straßen, das sehe ich bei mir auch, und kommen dann mit ihren einzelnen Paketen an. Da wäre es doch wunderbar, wenn wir eine Trendwende hinbekommen könnten und sagen: Sorgt einmal dafür, dass die Leute wieder in die Innenstadt gehen. Das Thema haben wir nachher ja auch noch. Die sollen lieber schön in der Oberstraße einkaufen und nicht über den Onlinehandel bestellen, dann haben wir weniger Autoverkehr. Das hilft auch.

Die Autos sind alle größer geworden. Auch das ist hier mittlerweile bekannt. Sie sind alle mit großen Autos unterwegs, die den Straßen nicht guttun. Ich denke, einige Straßen haben noch die Qualität, 30 Stundenkilometer herzugeben, das ist eine gute Sache. Da muss man eben ein bisschen langsamer fahren. Wir brauchen auch dringend Geld, das wissen wir, um es in den ÖPNV hineinzustecken, um den ÖPNV so weit zu bringen, dass er die Attraktivität hat, dass viele Menschen überlegen, vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen. Dann werden die Straßen entlastet. Ich denke, das reicht dann auch.

Es wurde auch schon gesagt, das ist nicht nur ein Einzelfall hier in Bremen. Wenn man die Brückensituation bundesweit sieht, weiß man auch, dass unter anderem die ganzen Autobahnbrücken et

cetera absolut marode sind und auch da ein erheblicher Sanierungsstau existiert. Ich bin der Meinung, um den Verschleiß und den Verfall der Straßen zu mildern, ist es äußerst wichtig, dass wir die Verkehrswende nach vorn bringen. Mit riesigen SUVs zum Beispiel belasten wir die Straßen immens. Das ist keine Lösung. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächster Redner hat der Abgeordnete Hartmut Bodeit das Wort.

**Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich dachte ich, dass alles gesagt sei, aber die Redebeiträge haben mich doch noch einmal bewogen, nach vorn zu gehen. Was wir hier gehört haben, das war eine ganze Menge Politikfolklore, aber so richtig weitergeholfen hat mir das nicht.

(Beifall CDU, FDP)

Da wurde zum Beispiel die Klimadebatte angesprochen und die damit verbundene Generationsgerechtigkeit. Doch genau die Generationsgerechtigkeit – das ist auch etwas, das ich in diesem Zusammenhang nicht verstehe –, wie sieht sie denn aus, wenn die Infrastruktur dermaßen marode ist? Dass die nächsten Generationen es hinterher zu bezahlen haben?

(Beifall CDU, FDP)

Was ich noch einmal in die Richtung der SPD kurz sagen muss: Wir haben dem ASV natürlich nicht unterstellt, dass es nichts unternimmt, sondern wir sagen, dass da mehr Mittel bereitgestellt werden müssen, damit es mehr unternehmen kann. Das wäre die richtige Herangehensweise, aber das rechne ich Ihnen sehr zu: Sie haben ja selbst zugegeben, dass da noch eine ganze Menge Luft nach oben ist. Deswegen möchte ich auch noch einmal auf den Redebeitrag eingehen, dass man hier sagt, von DIE LINKE angeführt, in anderen Kommunen wäre es genauso. Das ist ja keine Ausrede. Wir können ja nicht andere Kommunen anführen und sagen: Da ist es schlecht, und deswegen machen wir hier in Bremen nichts. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall CDU – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Also werfen Sie dem ASV doch vor, nichts zu machen?)

Nicht genug, weil vielleicht die richtigen Mittel, Herr Güngör, nicht im Haushalt eingestellt sind, und da muss man mehr machen.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Alle Mittel ausgegeben!)

Ich kann zum Beispiel sagen, wir erleben es gerade beim Rennbahngelände, da wird zum Beispiel ein Weg für 800 000 Euro favorisiert. Der soll unbedingt gebaut werden, damit man ein Rennen wahrscheinlich nicht mehr stattfinden lassen kann, und dieses Geld hätte man zum Beispiel hier besser ausgeben können, anstatt so etwas zu machen, sozusagen die Bürgerbewegung zu boykottieren.

(Beifall CDU)

Um nichts anderes geht es da, aber gut, das wäre vielleicht später noch eine andere Debatte. Ich kann nur sagen, für die CDU-Fraktion bleibt uns die Hoffnung, dass Sie das Thema nicht weiter verschleppen, sondern dass wir mit der Infrastruktur hier wirklich vorankommen. Mein Kollege von der FDP hat es richtig gesagt: Was hier in Bremen passiert, ist ja ein altbekanntes Thema. Da müssen wir doch viel mehr tun. Da ist die Koalition doch wirklich gefordert, das Thema anzugehen. Wir werden auf jeden Fall die politischen Entscheidungsträger in die Verantwortung nehmen. Wir werden dieses Thema natürlich nicht ruhen lassen, wenn wir merken, dass die Infrastruktur hier nicht verbessert wird.

Darum fordere ich Sie an dieser Stelle auch auf: Beschreiben Sie klar und nachvollziehbar, wie Sie den Sanierungsstau zukünftig beheben werden! Dann noch einmal ein Satz zur Verkehrswende, zur Verlagerung auf die Schiene: Das nehme ich gern auf, das finde ich gut, aber wer hindert Sie daran, das Thema anzugehen? Sie sind in der Regierung. Verlagern Sie, da bin ich sehr dafür.

(Zurufe SPD)

Aber das gilt doch für Bremen nicht allein, in Bremen können wir es doch anpacken. Im Güterverkehr haben wir doch darüber gesprochen in der AG 4 in der Enquetekommission.

(Zurufe Bündnis 90/Die Grünen, CDU – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Es wäre ja schon schön, wenn Sie einmal Straßenbahnen bauen würden, seit 20 Jahren!)

Das können wir sicher noch einmal angehen. Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie das Thema noch einmal auf, entwerfen Sie eine Strategie, und wir können gern darüber diskutieren, in welche Richtung das geht, da sind wir gern behilflich, aber nehmen Sie das Thema an! – Danke schön!

(Beifall CDU, FDP)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächster Redner hat der Abgeordnete Thore Schäck das Wort.

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Senatorin, ich stelle fest, die Fraktion der FDP verursacht hier wieder positive Unruhe, das ist doch schön.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das mag natürlich stören, dass wir dieses Thema einmal wieder für eine Aktuelle Stunde aufmachen, und der Kollege Schumann sagte eben: Das ist doch alles bekannt, warum müssen wir darüber noch reden? Genau das ist ja die Dramatik an der ganzen Geschichte. Wenn das alles seit Jahren bekannt ist, ärgert es mich sehr, dass wir hier erneut darüber reden müssen, weil es bis heute nicht besser geworden ist.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir gar keine Notwendigkeit mehr sehen würden, zu diesem Thema überhaupt noch eine Aktuelle Stunde einreichen zu müssen. Das haben Sie aber bis heute nicht hinbekommen, und das ist der Grund, warum wir immer

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Total aktuell!)

wieder mit Ihnen darüber sprechen werden, bis das Problem wirklich gelöst ist.

(Abgeordneter Ralf Schumann [DIE LINKE]: Man weiß doch nicht, wo man das Geld hernehmen soll! – Zurufe Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD] – Zurufe Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Herr Schäck hatte schon ein paar Beispiele genannt, das ist korrekt. Wir werden jetzt auch im Rahmen der Haushaltsverhandlung allein im Bereich Bau und Verkehr Änderungsanträge von über 80 Millionen Euro für 2022 und weiteren 80 Millionen Euro für 2023 einreichen. Wenn man nur die Hälfte von diesem Geld nehmen würde, um damit Stück für Stück die Bremer Infrastruktur wieder auf Vordermann zu bringen, dann würden wir über die nächsten Jahre aus diesem Thema heraus-

kommen und müssten hier nicht immer wieder darüber sprechen. Das bekommen Sie nicht hin. Wir werden diese Vorschläge aber gern machen, und dann haben Sie die Chance, in den Haushaltsverhandlungen unseren Vorschlägen zuzustimmen. Wir sind da in sehr freudiger Erwartung. Wenn Sie selbst auf diese Ideen bisher nicht gekommen sind, dann können Sie gern unseren Anträgen zustimmen.

(Beifall FDP)

Was wir aber auch noch haben, ist ein anderes Thema, und zwar ist das die Frage nach der Mängelverwaltung, und da bin ich dem Kollegen Saxe sehr dankbar. Sie haben das sehr offen angesprochen, und ich glaube, das ist der erste Schritt, dass wir auf so ein Thema einmal gemeinsam daraufblicken können, dass wir feststellen, wir haben hier tatsächlich eine Mängelverwaltung und wir kommen hier seit Jahren wirklich nicht mehr in die Ebenen, in die wir eigentlich wollen, sondern es ist wirklich nur noch die Verwaltung des Mangels, das irgendwie halbwegs Aufrechterhalten.

Das widerspricht übrigens völlig dem, was Herr Schumann sagte mit „piekfein“. Mir geht es gar nicht darum, dass die Straßen piekfein sind, aber ich hätte schon die Erwartung, dass sie benutzbar sind. Das ist meine Grunderwartung an den Bremer Senat. Grundsätzlich haben wir eine Verkehrswende vor uns, und da muss ich Sie leider ein bisschen korrigieren, Herr Kollege Saxe. Wir sind uns sehr wohl darüber im Klaren, dass das auf uns zukommen wird. Die Frage ist nur: über welchen Weg? Das kann man entweder darüber machen, dass man das Autofahren madig macht, dadurch, dass die Leute im Stau stehen,

(Zuruf Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

oder man macht es dadurch, dass man alle anderen Dinge attraktiver macht: ÖPNV, Fahrrad und im Übrigen auch Gehwege.

(Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: So wie Am Wall!)

Das ist nicht attraktiv, was Sie Am Wall gemacht haben, das ist alles andere als attraktiv. Das ist vielleicht Ihr Verständnis von attraktiv, aber dann ist auch klar, warum wir hier mit der Verkehrspolitik in Bremen nicht vorankommen. Letztendlich geht es doch darum, dass wir Alternativen aufzeigen, dass wir versuchen, die Menschen langsam dazu zu

bringen, dass sie bereitwillig andere Verkehrsmittel nutzen. Wie gesagt, wir werden Ihnen diese 80 Millionen Euro vorschlagen, das werden wir auch einbringen, und dann werden wir sehen, ob Sie diesen Vorschlägen zustimmen. Was allerdings eine Milchmädchenrechnung ist, ist die Frage danach, ob beispielsweise der Paketversand – die ganzen großen Onlineshops – tatsächlich die Straßen stärker verstopft.

Das mag sein, dass man subjektiv mehr Fahrzeuge von der Deutschen Post oder von Hermes sieht, das ist richtig. Mir persönlich ist es aber lieber, dass ein voller Transporter mit 100 Paketen durch die Stadt fährt und von Tür zu Tür die Pakete abgibt, als dass jemand zwei Pakete hinten einlädt, mit dem Auto in die Innenstadt fährt, und mit einem fast leeren Auto wieder nach Hause fährt. Das ist wirklich alles andere als platzschonend, das ist auch alles andere als umweltschonend. Deshalb ist Ihre Rechnung, die Sie da aufmachen, dazu gibt es übrigens auch Untersuchungen – –.

Ich habe gesehen, die Zeit ist gleich vorbei. Ich habe selbst zwei Jahre in einem großen Onlinehandelshaus gearbeitet. Wir haben uns damit sehr intensiv befasst, auch mit der CO<sub>2</sub>-Bilanz. Dazu gibt es Untersuchungen, dass das einfach eine Milchmädchenrechnung ist, und das, was Sie hier erzählt haben, ist schlichtweg falsch. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächster Redner hat der Abgeordnete Ralph Saxe das Wort.

**Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt mit Sicherheit einige Gemeinsamkeiten bei dem, was wir diskutieren, das ist auch gut so. Das habe ich schon ein paarmal gesagt, dass die FDP eine Anschlussfähigkeit zu dem hergestellt hat, was in der Verkehrspolitik oder Mobilitätspolitik diskutiert wird. Das schätze ich wert und erkenne ich auch an. Trotzdem glaube ich, dass Sie noch nicht ganz auf der Höhe der Zeit dieser Debatte sind, weil Sie uns schon beantworten müssen, wo denn das ganze Geld eigentlich herkommen soll.

(Zurufe FDP)

Das habe ich ja gehört. Ich bin dann gespannt darauf, wie die Gegenfinanzierung aussieht. Das werden wir miteinander bewerten. Ich hoffe, Sie haben eine.

(Zurufe FDP)

Genau, das habe ich verstanden, aber um darüber etwas sagen zu können, muss ich wissen, woher das Geld genommen wird, und dann können wir natürlich darüber reden, ich sage einmal, wo das Geld herkommen muss. Wenn es so ist, wie ich das gesagt habe, dass der Autoverkehr subventioniert wird und für seine externen Kosten nicht aufkommt, dann müssen wir das ändern. Daher muss Geld kommen, das ist doch vollkommen klar.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Das hat er doch gesagt! 80 Millionen! Aus Ihrem Budget!)

Nein, ich sage Mehreinnahmen, Herr Weiss. Ich habe es ja mit dem Bewohner:innenparken einmal durchdekliniert und gesagt, die 100 Euro reichen nicht.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Er hat doch aber schon gesagt, woher es kommt!)

Woher denn? Aus welchem Haushaltstopf? Was machen wir dafür nicht? Das ist die Frage, die wir haushälterisch beantworten müssen, da bin ich auch auf Ihre Vorschläge gespannt, denn Sie haben sich die letzten Jahre, in denen ich hier bin, einfach enthalten und haben gar keine Vorschläge gemacht. Hier schöne Thesen zu machen, das reicht am Ende nicht.

Ich wollte trotzdem einmal meinen Gedanken weiterführen. Wir brauchen Instrumente bei der Verkehrswende, wo wir das Geld wirklich hernehmen. Ich sage, wir haben dazu als Grüne ein Papier erstellt und haben gesagt, wie wir uns das vorstellen, dass tatsächlich signifikant mehr Geld in den öffentlichen Nahverkehr hineinkommt, in den Fuß- und in den Radverkehr. Das kostet Geld. Dafür werden sicherlich auch die Parkgebühren erhöht. Es wird über Straßennutzungsgebühren gesprochen, es wird über eine Einpendler:innenpauschale gesprochen. Über solche Instrumente müssen wir miteinander reden. Ich bin gespannt, was wir gemeinsam alle miteinander in der Enquetekommission hinbekommen.

(Zuruf CDU)

Ja, da sind wir auch noch nicht ganz fertig. Appelle sind gut und Ziele zu formulieren ist auch gut. Wir müssen über Instrumente reden, und wir müssen Vereinbarungen treffen. Die werden bei der Verkehrswende wehtun, und wer den Eindruck vermittelt, Verkehrswende, das geht einmal eben so

mit ein paar technischen Verbesserungen, der hat das Ding wirklich nicht begriffen.

Ich habe über den Lebensstil gesprochen, den wir miteinander verändern müssen, und das ist ein gravierender Eingriff. Dafür müssen natürlich die Angebote verbessert werden. Es muss Spaß machen, Fahrrad zu fahren. Man sollte kein Schlagloch auf dem Fahrradweg finden – das soll gelegentlich in Bremen vorkommen –, und der öffentliche Nahverkehr muss so gut sein, dass man an die Haltestelle geht und nicht auf den Fahrplan schauen muss, denn es kommt sowieso immer eine Straßenbahn. Das sind die Sachen, die wir miteinander hinbekommen müssen, aber dafür muss es irgendwoher auch Geld geben.

Dafür haben wir schon einen Vorschlag gemacht, den kann man bei uns auf der Homepage lesen, und darüber können wir gern konstruktiv miteinander reden. Ich glaube, das gilt bei allen Fragen, die wir hier bezüglich der Verkehrswende miteinander besprechen: Sie können alle viel sagen und ich auch, aber wenn wir die Instrumente dafür nicht hinterlegen, dann sind wir leider unglaubwürdig. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächste Rednerin hat Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer das Wort.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Natürlich haben wir ein großes Interesse an einer optimalen Verkehrsinfrastruktur, das ist doch ganz klar. Ich möchte trotz alledem einmal sagen, Herr Bodeit: Es geht nicht darum, hier etwas schönzureden, oder wenn man Beispiele aus anderen Ländern, aus anderen Kommunen heranzieht, in denen es auch Sanierungsstaus gibt, dass man damit signalisieren würde, man würde hier gar nichts tun. Im Gegenteil, so ist es nicht. Der Etat für die Straßenerhaltung ist ja in den vergangenen Jahren erhöht worden, aber wir haben deutschlandweit ein Problem, und das kann man nicht negieren.

Wir können nach Niedersachsen schauen, das ist ein CDU-Verkehrsminister. Dort – es gibt ja die Zeitschrift „KOMMUNAL“ – wird attestiert: Niedersachsen braucht vier Milliarden Euro. Es gibt dort einen Investitionsstau bei Straßen und Brücken. Ich weiß nicht, Herr Schäck, weil die FDP in Barsinghausen in Niedersachsen mit einem ähnlichen Antrag gekommen ist, Prioritätenlisten für

den Sanierungsstau in Niedersachsen vorzuschlagen, ob Sie sich das angeschaut haben, das war nämlich im Juni.

(Zuruf Abgeordneter Hartmut Bodeit [CDU])

Es zeigt aber, dass in Niedersachsen das Problem auch da ist. Auch in Rheinland-Pfalz, dort ist es eine – mit ihr habe ich gerade in Berlin zusammengesessen – Verkehrsministerin Frau Schmitt. Auch dort wird ein Sanierungsstau adressiert. Auch in Nordrhein-Westfalen. Dort gibt es jetzt die Nachfolgerin von Minister Wüst, Frau Brandes, und ich glaube, wir können, egal wer mit welcher Parteifarbe in welchem Bundesland regiert, attestieren: Fast überall gibt es einen Sanierungsstau. Das zeigt eines: Die Kommunen haben zu wenig Geld, um für den optimalen Straßenerhalt zu sorgen.

Das heißt, der Bund hat eine viel größere Verantwortung, den Ländern und den Kommunen bei der Verkehrsinfrastruktur finanziell unter die Arme zu greifen. Die Verkehrsinfrastruktur und ihr Zustand dürfen nicht vom Geldbeutel der Kommunen abhängen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen, Herr Schäck, habe ich die Hoffnung, nachdem die FDP jetzt mit Koalitionsverhandlungen führt – und ich durfte Herrn Luksic in meiner AG kennenlernen, der das sehr differenziert gesehen hat –, dass die FDP, wenn sie dann in Bundesverantwortung kommt, dafür sorgen und es unterstützen wird, dass der Bund in Zukunft eine größere Verantwortung übernimmt.

Ich habe gesagt, der Straßenerhalt wurde in den vergangenen Jahren erhöht. Waren es 2020 noch 15 Millionen Euro, hat das Verkehrsressort für 2021 16 Millionen Euro, für 2022 17 Millionen Euro, also jeweils eine Million Euro daraufgepackt. Das Geld für das kommende Jahr ist für die Aufstellung der Haushalte 2022/2023 angemeldet. Das muss natürlich von Ihnen hier in der Bremischen Bürgerschaft noch beschlossen werden. Da bin ich gespannt auf die Anträge der CDU. Bisher gab es in der Vergangenheit immer nur einen Globalantrag.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Die FDP hat das gesagt!)

Auch Sie wollen aber mehr Geld zur Verfügung stellen, nehme ich einmal an, weil man den Sanierungsstau sonst, Herr Strohmann, nicht beheben

kann, also braucht es mehr Geld. Da bin ich auf Ihren Antrag gespannt, aber auch auf den von der FDP mit 80 Millionen Euro mehr. Ich würde mich freuen. Das heißt aber, an anderer Stelle muss gekürzt werden, und dazu bin ich auf die Debatte gespannt.

Unsere Straßen zu erhalten, das ist wichtig, das ist nachhaltig. Auch hier gilt: Ein Neubau wäre deutlich teurer und zeitintensiver. Allerdings will ich mit einem Thema einmal wirklich – –. Ich habe es hier schon oft gemacht, aber ich mache es noch einmal, Herr Schäck, weil wenn Sie es häufiger wiederholen, wird es nicht richtiger: Der Wall wird nicht aus bremischen Geldern finanziert, sondern aus Bundesgeldern. Insofern fand ich das nicht richtig, dass Sie so tun, als ob hier bremisches Geld in die Rad-Premiumroute hineingeht, das dann bei der Straßensanierung fehlt. Im Gegenteil: Der Bund fördert

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Fördert!)

Rad-Premiumrouten, und zwar mit über 90 Prozent, also sind wirklich der allergrößte Teil beim Wall Bundesmittel. Ich finde es auch nicht richtig, hier die Surfswelle anzuführen. Die Surfswelle, die übrigens zu 100 Prozent ausgelastet war, die kommt aus dem Aktionsprogramm Innenstadt. Da ging es darum, die Menschen wieder für die Innenstadt zu begeistern, und das hat hier sehr gut funktioniert. Gerade junge Leute haben dies wahrgenommen. Die Eintrittsgelder werden übrigens zu 100 Prozent gesponsert, damit Kinder schwimmen lernen können, also für Schwimmkurse. Die Bänke, das will ich hier vielleicht auch einmal erwähnen, werden für Schulen gespendet. Insofern finde ich das nicht fair und nicht richtig, hier so zu tun, als ob der Wall oder die Surfswelle auf Kosten des Sanierungsprogramms gehen, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir investieren in die Straßenerhaltung. Wichtig ist uns vor allem aber auch, dass Rad- und Gehwege erneuert und unterhalten werden. Ich möchte auch einmal sagen, wenn man so tut, als ob man hier nicht über Straßen-, Fuß- oder Radwege fahren oder gehen könnte, dann ist das auch eine falsche Darstellung. Die Verkehrssicherheit steht bei uns an oberster Stelle. Das ist dann schon eine Priorisierung. Doch wenn man sich die 14 000 jährlichen Schadensmeldungen anschaut, dann sind das Schäden unterschiedlichster Art. Diese umfassen zum Beispiel Schäden an Verkehrsschildern, an

hochstehenden Gehwegplatten, Schäden an Pflasterungen in Radwegen und Parkstreifen sowie Schäden an der Fahrbahn.

Wir haben also ein Sammelsurium an Schäden, und der wesentliche Anteil dieser Schäden wird im Rahmen der Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht unmittelbar nach der Feststellung beseitigt. Die durchgehende Erreichbarkeit aller Wirtschafts- und Logistikstandorte wird in Bremen mit der vorhandenen Infrastruktur und den kontinuierlichen Aktivitäten im Rahmen der Straßenerhaltung gewährleistet, und die auftretenden Schäden werden zur Sicherung und Sicherstellung der erforderlichen Erreichbarkeiten schnellstmöglich bearbeitet. Das heißt auch, wenn wir größere Sanierungsmaßnahmen haben – und das haben wir, das sehen Sie auch an den Baustellen –, dann werden die gezielt in die verkehrsschwachen Zeiten, zum Beispiel ins Wochenende oder in die Ferien, gelegt.

Ihre Anfrage, das möchte ich auch noch einmal sagen – auch weil Sie hier gesagt haben, das ist eine Frechheit –, bezog sich erst einmal auf die Barrierefreiheit. Zur Straßenerfassung: In der Tat ist es so, auch das haben wir attestiert, die Verkehrssicherheit ist gegeben, aber wir haben zum Beispiel wenige Erkenntnisse rund um das Thema Barrierefreiheit. Wenn Sie jetzt zufällig so ein orangefarben-graues Auto sehen, dann weil wir gerade eine digitale Straßenerfassung machen. Wir schauen uns digital die Straßenzustände an, um einfach ein besseres Bild zu bekommen.

Die Haushaltsmittel für die Straßenerhaltung wurden in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Insbesondere, und das hat Herr Saxe gesagt, haben wir zusätzliche Haushaltsmittel auch für die Sanierung von Rad- und Gehwegen bereitgestellt, weil uns der Radverkehr, weil uns der Fußverkehr ebenso wichtig sind. Bremen agiert bereits seit mehreren Jahrzehnten mit öffentlichen und privaten Partnerschaften. Die aufgetretenen, von Bremen festgestellten und definierten Schäden werden zu 100 Prozent von beauftragten privaten Firmen beseitigt, und der ausschlaggebende Punkt, das will ich auch noch einmal sagen, ist für uns auch: Wie bekommen wir Bremens Straßen fit für die Zukunft? Das Stichwort Verkehrswende ist ja in der Tat gefallen.

Ich fand, Herr Schäck, Sie haben einen Satz gesagt, den ich noch einmal wiederholen möchte. Wir können uns das gern noch einmal im Protokoll ansehen, aber Sie haben gesagt, Ihnen ist es lieber, dass die Lieferfahrzeuge des Onlinehandels durch die

Straßen fahren als halb leere Autos in die Innenstadt zum Einkaufen und halb leere wieder zurück. Das ist jetzt ehrlicherweise ein bisschen konträr zu dem, was wir rund um die Innenstadt diskutieren. Nicht, dass ich jetzt dafür werbe, dass alle mit dem Auto unbedingt in die Innenstadt fahren sollen, aber das, was den Innenstädten gerade zu schaffen macht, ist, dass auch coronabedingt Menschen fehlen, aber auch, dass der Onlinehandel vor allen Dingen die Kunden aus den Innenstädten fernhält. Insofern – vielleicht habe ich das falsch verstanden, dann mögen Sie das gern noch einmal korrigieren – kann das nicht im Umkehrschluss heißen: Liebe Leute, dann bestellt einmal online!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich höre aber gern zu, wenn ich das missverstanden habe.

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Thore Schäck?

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Aber natürlich.

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** Frau Senatorin, Sie haben das richtig verstanden. Es ging aber für mich um das Thema Umweltbelastung. Das muss man sehr genau unterscheiden. Beim Thema Umweltbelastung ist es besser, wenn ein Transporter durch die Gegend fährt, in dem 100 Pakete darin sind, als ein SUV, in dem nur zwei Pakete im Kofferraum liegen. Was das mit der Innenstadt macht, ist natürlich ein anderes Thema, doch was das Thema Umweltbelastung angeht, ist das, glaube ich, eine sehr eindeutige Sache. Das wollte ich an dieser Stelle noch einmal richtigstellen.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Vielen Dank für Ihre Richtigstellung, dass sich das nur auf die Umweltbelastung bezogen hat, denn sonst wäre ich schon erstaunt gewesen, dass das jetzt ein Aufruf zum Onlinehandel gewesen sei. Was man aber schon sehen muss – und auch das ist nicht nur ein Bremer Phänomen, sondern ein deutschlandweites –, ist, dass die wenigsten Straßen – und hier wurde ja mehrmals darauf Bezug genommen, dass wir durch den Onlinehandel noch mehr Verkehr haben, gerade mehr Lieferverkehr – ganz neu und neu geplant. Das haben wir vielleicht in den Quartieren. Die meisten Straßen jedoch sind vor Jahrzehnten angelegt worden.

Da hatten wir weniger Autoverkehr, weniger Lkw-Verkehr. Das ist bei Bundesstraßen so, das ist bei

Autobahnen so, bei Autobahnbrücken ist das ganz massiv deutschlandweit in der Debatte, aber auch bei kommunalen Straßen. Dadurch, dass in den letzten Jahrzehnten der Verkehr massiv zugenommen hat – wir haben heute deutlich mehr Autos auf den Straßen als noch vor 30, 40 Jahren –, leidet natürlich die Straßeninfrastruktur besonders darunter.

Deswegen müssen wir schauen, nicht nur, dass wir die Straßen sanieren, sondern dass wir auch wirklich zu einer Verkehrswende kommen. Natürlich, da gebe ich Ihnen recht, heißt das, den ÖPNV attraktiver zu machen. Das machen wir gerade. Wir bauen die Straßenbahnlinien aus. Wir kommen gleich noch zu dem Thema Straßenbahnverlegung. Ich glaube, es ist wichtig, das wenige Geld, das wir haben, eher in den Ausbau zu stecken, in die Barrierefreiheit, in ein faires Ticketsystem und in faire Preise für den ÖPNV, als dass wir es in Millionenbeträgen für eine Verlegung ausgeben. Doch das werden wir gleich noch einmal diskutieren.

Natürlich müssen wir alles dafür tun, einen guten ÖPNV zu bekommen, ein gutes Radwegenetz, eine gute Qualität auf den Fußwegen. Das ist doch ganz unbestritten so. Ich glaube, es gilt schon, den Trend immer größerer und damit auch immer schwererer Autos auf unseren Straßen zu durchbrechen, denn damit haben wir eine zunehmende Belastung auf den Straßen, und, ja, wir müssen auch mehr Güterverkehr auf die Schiene legen. Auch wir haben ein Lkw-Netz durch Bremen, auch das belastet die Straßen, das muss man so sagen, und für den Güterverkehr und den Schienenverkehr gilt in der Tat: Das ist keine kommunale Angelegenheit, das ist eine Bundesangelegenheit beziehungsweise auch eine Angelegenheit der DB. Das müssen wir hinbekommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte festhalten: Wir leisten die Verkehrssicherheit in Bremen. Wir brauchen mehr Geld für die Straßensanierung. Wir legen Wert darauf, bei der Straßensanierung die Straßen nicht nur für den Pkw-Verkehr zu sanieren, sondern auch vor allen Dingen für die Fußgänger und für die Radfahrenden. Wir brauchen mehr Bundesmittel, mehr Bundesunterstützung, damit auch Kommunen, die kein Geld haben, und Haushaltsnotlageländer besser ausgestattet sind, um ihre Verkehrsinfrastruktur zu erhalten und zu verbessern. Der Schlüssel heißt aber auch Verkehrswende, und da sind wir alle gefragt, diese umzusetzen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist damit geschlossen.

**Wie ist es um die Auszahlung von Wohngeld in Bremen bestellt?**

**Anfrage der Fraktion der CDU**

**vom 26. Juli 2021**

**(Drucksache [20/481 S](#))**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 21. September 2021**

**(Drucksache [20/505 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Ich gehe davon aus, dass der Senat die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen möchte, sodass wir direkt in die Aussprache eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sigrid Grönert.

**Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! „Wir werden langsam schneller.“ Diese Aussage der Wohngeldstelle konnte man im Januar 2018 im „Weser-Kurier“ lesen. Ich könnte, will aber gar nicht noch weiter zurückschauen. Die Gewährung von Wohngeld läuft definitiv seit bereits vielen Jahren an den Bedarfen der Menschen vorbei.

Anfang 2018 wurde die gesetzlich vorgegebene Frist von drei Monaten Bearbeitungszeit für Wohngeldanträge bei rund 1 500 Anträgen nicht eingehalten. Gesetzesänderungen sorgten vorübergehend für mehr Anträge, und wegen einer neuen Software hatte sich die Bearbeitungszeit – ja, Sie hören richtig! – nicht verkürzt, sondern verdoppelt. Positiv wurde aber im Januar 2018 auch vermeldet, dass das Personal nun dauerhaft auf 15 Vollzeitstellen aufgestockt sei. Wenn alle Stellen besetzt seien, dann werde es laufen. Bis Mitte 2018, so versprach man, werde man zu nennenswerten Verbesserungen kommen.

Es gab weder 2018 noch, ich nehme einmal an, heute auch nur irgendeinen Zweifel daran, dass es schneller gehen muss, viel schneller als bisher.

Denn, so sagte man, es handle sich bei den Antragstellern schließlich um Menschen, die dringend auf das Geld angewiesen seien. Doch im September 2018, nicht sechs, sondern acht Monate später, hatten wir hier eine Aktuelle Stunde, angestoßen von den LINKEN mit dem Titel „Schließung der Wohngeldstelle in Bremerhaven, anhaltende Überlastung in Bremen – eine Katastrophe mit Ansage!“. Ausgeträumt war der Traum von Verbesserungen bis Mitte 2018. Ein weiteres halbes Jahr später, im März 2019, lag der Bearbeitungsrückstand sogar bei weit über 2 000 Anträgen.

Im Oktober 2019 konnte man aber eine Verbesserung verkünden. Statt mehr als 2 000 befanden sich endlich nur noch 1 000 Anträge auf den Schreibtischen, und bis zum Jahresende wollte man es herunter auf 300 Anträge schaffen. Eine stabile Bearbeitung in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von drei Monaten werde endlich zum Jahresende angestrebt.

Aber dann, im November 2019 ein Leserbrief, in dem eine Frau darüber klagt, bereits 14 Monate auf das Wohngeld zu warten. „Ein Bremer Armutszeugnis“, schrieb die Dame. Im Februar 2020 kam die frohe Kunde, dass die Wohngeldstelle es geschafft hätte und im gewünschten Modus der gesetzeskonformen Antragsbearbeitung von drei Monaten angekommen sei.

Allerdings wurde uns derzeit auch von 40 Vollzeitkräften im Gegensatz zu 15 im Jahr 2018 in der Wohngeldstelle berichtet, von denen viele dort aber nur vorübergehend eingesetzt waren, um den entstandenen Berg abzarbeiten. 40 – das waren erheblich mehr als heute, wo die Zahl mit 23 bis 25 angegeben wird, und etliche Plätze gar nicht besetzt sind, wegen Kündigung, Mutterschutz, Langzeiterkrankungen oder was auch immer.

Doch weiter: Das Jahr 2020 hatte wegen der Pandemie seine eigene Dynamik. Die bundeseinheitlich vereinfachten Vorgaben für die Wohngeldgewährung dürften sehr dazu beigetragen haben, dass die Situation in 2020 vorübergehend stabil blieb.

Ich will einen kleinen Exkurs einschieben. Interessant ist nämlich auch, dass die Gesamtzahl der Anträge seit 2015, als es knapp 7 700 Anträge gab, gar nicht so sehr gestiegen ist, wie man es hier bei der sehr hohen Armutsgefährdungsquote eigentlich vermuten könnte. Denn laut Antwort auf unsere Große Anfrage – und ich muss davon ausgehen, dass die Angaben stimmen – gab es im Jahr 2019

7 800 Anträge, also gerade einmal 100 mehr als 2015.

Unstrittig scheint es allerdings, dass es nach Gesetzesänderungen regelmäßig spürbar mehr Anträge gab und gibt, weil mehr Menschen auf Wohngeld hoffen. Solch eine Gesetzesänderung stand auch für Anfang 2021 wieder ins Haus, und mit Blick auf die zu erwartende Mehrarbeit erklärte das Ressort sinnvollerweise bereits im September 2020, sich strategisch darauf vorzubereiten. Dieser Prozess ist aber wieder einmal trotz aller Strategie völlig misslungen. Das ist auch der Grund, warum wir heute hier stehen.

Aktuell dauert es laut Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage um die sieben Monate, bis ein Antrag überhaupt angefasst wird, und die meisten Antragsteller müssen bis zu einem Jahr oder sogar länger warten, bis sie eine Bewilligung oder Ablehnung erhalten. Die Bremer Regierung, die sich in ihren Reden für armutsgefährdete Menschen stets an vorderster Front präsentiert, versagt hier seit Jahren völlig.

(Beifall CDU)

Genau das wollte ich mit meinem ersten Beitrag deutlich machen. Alles Weitere dann später! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

**Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage der CDU und auch die darin vorgetragene oder darauf bezogen vorgetragene Kritik ist berechtigt. Es ist ein ganz schmerzhafter Prozess, dass es uns über all die Jahre nicht gelungen ist, dieses bedeutsame soziale Recht in unserer Stadt zuverlässig zu garantieren.

(Beifall FDP)

Ich glaube, das sage ich auch im Namen der Koalition als Ganzes. Wenn ich im Folgenden versuche zu erklären, was wir unternommen haben und was vor allen Dingen die Kolleginnen und Kollegen im Bauressort unternommen haben, dann soll das das nicht relativieren, sondern ich will Ihnen gewissermaßen vorführen, was da alles für Anstrengungen

gelaufen sind, was die strukturell bringen, und warum wir die Hoffnung haben, dass das jetzt besser wird.

Ich muss zuerst zwei Sätze dazu sagen, wie dieses Recht auf Wohngeld eigentlich organisiert ist. Sie wissen, dass unser Sozialstaat so aufgebaut ist, dass man die öffentlichen Leistungen subsidiär bekommt, also gewissermaßen, nachdem man alles das berechnet hat, was jeder Einzelne für sich tun kann, ergänzend sozusagen.

In diesem Fall geht es darum, dass ganze Haushalte, also Vater, Mutter, Kind oder ganz andere Zusammensetzungen ein gemeinsames Einkommen haben, und dieses Einkommen darf eine bestimmte Größenordnung nicht überschreiten, da werden Kosten angesetzt, und dann wird darauf der Bedarf an Wohngeld berechnet.

Wenn sich in dieser Haushaltssituation etwas ändert, also zum Beispiel ein Rentner oder eine Rentnerin sagt, ich will etwas dazuverdienen, ich mache noch einen kleinen Job, ich trage Zeitungen aus, Dinge dieser Art, dann verändert sich das Haushaltseinkommen, dann muss das Wohngeld neu berechnet werden. Wenn jemand arbeitslos wird, Arbeitslosengeld I bekommt, oder eine Ausbildung anfängt oder Dinge dieser Art, ändert sich das Haushaltseinkommen, dann muss das Wohngeld neu berechnet werden. Das sind sehr anspruchsvolle Beurteilungsvorgänge, die die Kolleginnen und Kollegen in der Wohngeldstelle in großer Zahl vornehmen müssen.

Jetzt darf man festhalten – Frau Grönert hat sich darauf auch bezogen –, dass wir in der letzten Legislaturperiode schon einmal beklagt hatten, zum Teil mit den gleichen Worten, dass die Wohngeldstelle nicht so funktioniert, wie sie soll. Damals hat der Senat eine Korrektur beschlossen, und zwar wurde die Wohngeldstelle endlich, kann man sagen, aus der PEP-Quote herausgenommen.

Die PEP-Quote, das wissen Sie, ist für die bürger-nahen Dienstleistungen nicht vorgesehen. Die Wohngeldstelle ist, schwer zu verstehen, da immer nicht berücksichtigt worden, und entsprechend ist die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Wohngeldstelle Mitte in der letzten Legislaturperiode gesunken auf eine strukturell zu geringe Zahl von Kolleginnen und Kollegen, Größenordnung 18.

Seitdem ist die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Wohngeldstelle kontinuierlich gewachsen. Mittlerweile sind wir bei knapp 29, wenn ich die Zahl richtig entsinne. Diese Korrektur ist sorgsam organisiert worden. An dieser Stelle haben die Kollegen und ihre Vorgesetzten, die Abteilung, Staatsräte und wer sonst noch Hand angelegt hat, gesagt: Wir können nicht nur einfach sagen, wir wollen mehr Mitarbeiter, sondern wir müssen die Arbeit neu organisieren. Das ist im öffentlichen Dienst keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Jeder, der das schon einmal ein bisschen beobachtet hat, weiß, wie mühsam das ist.

Bis dahin war es so, dass in der Wohngeldstelle ein klassisches Verwaltungsprinzip gegolten hat: Ein Mitarbeiter ist für bestimmte Buchstaben des Alphabets zuständig, und dann sammeln sich da die Akten. Wird er krank, türmt sich das ein bisschen höher, und die Kolleginnen und Kollegen, die für einen anderen Buchstaben zuständig sind, fassen den Stapel nicht an. Es ist keine gute Arbeitsorganisation.

Dieses Buchstabenprinzip wurde geändert. Der gesamte Workflow in dieser Abteilung wurde neu organisiert. Die Kolleginnen und Kollegen mussten sich darauf erst einmal einlassen, das ist überhaupt nicht selbstverständlich, Sie wissen das. Es ist ihnen gar nicht vorzuwerfen, darüber würde ich jetzt gar nicht urteilen. Aber, dieser Vorgang, bis das alles funktioniert hat, hat uns mindestens ein- einhalb Jahre gekostet.

Ich erzähle das wirklich nicht, um mich dafür, dass das nicht funktioniert zu entschuldigen, sondern einfach, um Ihnen zu zeigen, es ist daran gearbeitet worden,

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

und es ist mit großem Engagement versucht worden, die Verhältnisse zu verbessern. Das sollten Sie wissen,

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Immer im Griff!)

weil es

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Aber es kommt bei den Leuten doch nicht an!)

sonst zu leicht ist, darüber den Stab zu brechen.

In dieser Phase der Umorganisation hinein pasierte nun – –. Die apokalyptischen Reiter im öffentlichen Dienst kennen Sie alle. Da bricht über diese Abteilung Krankheit, richtige Langzeiterkrankung herein, ein Kollege/eine Kollegin fällt aus, weil die Krankheit nicht zulässt, dass er/sie arbeitet. Das wissen Sie aber nicht in den ersten drei Wochen, das wissen Sie erst nach Monaten, und erst dann können Sie mit den Mitteln, die der öffentliche Dienst zur Verfügung hat, darauf reagieren. Das ist denen passiert.

Dann ist denen passiert, dass sich herausgestellt hat, ein Kollege/eine Kollegin war nicht ehrlich, hat sich bedient. So ein Vorgang führt dazu, dass eine Abteilung in den Grundfesten erschüttert wird, und das führt nicht gerade dazu, dass die Produktivität steigt. Die Folge davon ist, der Kollege/die Kollegin wird entlassen und in der Konsequenz müssen andere die Arbeit nicht nur mitmachen, sondern auch die ganzen alten Fälle aufarbeiten.

Dann gibt es noch schöne Nachrichten: Schwangerschaften, Elternzeit, alle diese Dinge. Die führen aber dazu, dass der Erfolg, der mit der großen Umorganisation verknüpft worden ist, sich nur mühsam einstellt, immer wieder das Telefon bei der Finanzsenatorin, dem Finanzsenator klingelt und die Bitte ausgesprochen werden muss: Könnt ihr uns unterstützen? Könnt Ihr uns helfen?

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Ja, Herr Eckhoff, genauso ist das gewesen, und so haben wir uns da durchgekämpft. Im Frühjahr 2020 hatten wir das Gefühl, wir sind über den Berg. Die ganzen eingeleiteten Maßnahmen tragen die Situation jetzt.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Es ist wirklich unfassbar!)

Dann kommt zum Vorschein, dass diese Coronakrise, wie wir gemeinsam angenommen hatten, nicht einfach eine Episode von einem halben, Dreivierteljahr ist, sondern sich weiter-schleppt.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Herr Kollege, das hat doch vor Corona schon nicht funktioniert! Jahrelang nicht!)

Ja, alles klar.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Entschuldigung, bei allem Respekt: Wenn Sie genau aufgepasst haben – –.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Ja, bei allem Respekt, Herr Kollege, genau das nicht!)

Wenn Sie den Krankheitsstand in der Bürgerschaft nicht erhöhen wollen, dann könnten Sie vielleicht eine halbe Oktave tiefer dazwischen schreien.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP]: Frequenz ist nicht Lautstärke!)

Aber gut, das nur am Rande.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Ja, die Wahrheit tut weh, oder?)

Ich wollte erklären, dass diese Fluktuation eine Größenordnung von ungefähr sechs Vollzeitstellen angenommen hat, was mühsam auszugleichen war, und dass dann, finde ich, zunächst einmal sorgsam im Ressort entschieden worden ist: Die Coronazahlen gehen hoch, wir müssen die Funktionsfähigkeit dieser Abteilung, dieses Referats erhalten. Wir teilen das auf zwei verschiedene Etagen auf. Diese in dem Workflow der Reform angelegte intensive Kooperation der Kolleginnen und Kollegen, die auch dazu führt, dass die Viren von einer Akte zur nächsten wandern, wird unterbrochen, mit der Konsequenz, das muss ich festhalten, dass die Produktivität dieser Abteilung regelrecht in die Knie gegangen ist. Das hat dazu geführt, dass wir jetzt diesen Riesenberg von unerledigten Aufgaben haben.

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Haben Sie das den Wohngeldempfängern auch erklärt?)

Jetzt kommt noch ein Aspekt, den Sie wissen sollten, und das ist kein Ruhmesblatt. Tun wir nicht so, als wären wir da gut gewesen. Das Ressort hat einen bestimmten Schritt, der heute möglich ist, sich digitaler Bearbeitungsverfahren zu bedienen, zu lange liegen lassen. Das ist ein Fehler gewesen, darüber brauchen wir gar nicht zu reden.

Es gab dafür zwei Motive: Es kostet Geld und das andere Motiv war, in das große Chaos, in die große Anstrengung der Umorganisation nicht auch noch ein neues Verfahren hineinzubringen. Das ist aus heutiger Sicht eine große Schwäche der Entscheidung gewesen, das ist korrigiert, sodass wir der Auffassung sind, mit den eingeleiteten Maßnahmen haben wir das im Großen und Ganzen in die richtige Richtung gedreht.

Jetzt gibt es noch etwas.

(Glocke)

Ich muss das schon noch vortragen, ich bin gleich fertig. Es gibt noch Folgendes:

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP]: Aber das geht zulasten Ihrer zweiten Runde! – Unruhe)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Herr Bücking, Sie reden schon seit zehn Minuten.

(Unruhe)

**Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen):** Ja, ich höre auch auf.

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Ihre zweite Redezeit ist auch schon zu Ende, das muss ich schon sagen. Einen letzten wirklich kurzen Satz, dann muss ich abrechnen.

**Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen):** Danke, Frau Präsidentin, für die Freundlichkeit. Folgende Information ist noch nachzutragen: Wir haben uns darauf verständigt, dass fünf zusätzliche Kollegen als Fluktuationsreserve für die Wohngeldstelle bereitgestellt werden, fünf zusätzliche Kollegen

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

über das Maß von 29 Stellen hinaus.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP])

Wir hoffen, dass damit auch dem chronischen Problem von Krankheit und Elternzeit – –.

(Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt [SPD]: Elternzeit ist kein chronisches Problem!)

Der Einwand ist richtig, das ist gar kein chronisches Problem. Aus der Perspektive des Arbeitgebers kann so etwas einmal formuliert werden, Sie haben völlig recht.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Redezeit! – Unruhe – Glocke)

Hallo! Ich finde, jetzt könnten Sie an dieser Stelle mit mir ein bisschen freundlich sein. Ja, das können Sie, denn, es ist in einer Abteilung ernsthaft ein Organisationsproblem, wenn es auf einmal so ist, dass eine Reihe von Kollegen – –.

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Herr Bücking, Sie müssen jetzt wirklich aufhören, Sie haben die Zeit weit überzogen.

**Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich bitte um Entschuldigung. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

**Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorteil, wenn Herr Bücking vor einem spricht, ist, dass dann schon Vieles gesagt ist, und Sie haben die Genese gut dargestellt, lieber Herr Bücking.

Erlauben Sie mir, zu diesem ernsten Thema mit ein paar grundsätzlichen Anmerkungen einzusteigen! Ich möchte mich bei Frau Grönert und der CDU-Fraktion dafür bedanken, dass sie diese Große Anfrage eingereicht haben. Ich finde das Thema wichtig, denn es geht um die Existenzen von mehreren Tausend Menschen in dieser Stadtgemeinde. Insofern kann das nicht wichtig genug sein, das auch hier zu diskutieren.

Das Wohngeld ist kein Nice-to-have oder keine freiwillige Leistung, sondern es ist ein Rechtsanspruch als soziale Leistung im Wohnbereich. Das Wohngeld ist für viele Haushalte eine Existenzgrundlage, zum Beispiel, weil sie nicht BAföG-berechtigt sind oder weil ihr Einkommen knapp über SGB-II-Niveau liegt, sie aber trotzdem die Miete nicht bezahlen können.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Genau! Richtig!)

Die Einkommensgrenzen sind sehr niedrig. Wenn wir uns anschauen, die Einkommensgrenze zum Bezug von Wohngeld für einen Einpersonenhaushalt liegt bei 961 Euro. Davon kann man in der Regel bei einer Neuankündigung eine Wohnung in der Stadtgemeinde nicht oder nur sehr schwer bezahlen beziehungsweise muss es sich dann vom eigenen Mund absparen. Genau für diese Personen ist das Wohngeld da, und es ist existenziell. Es ist gut, dass es das gibt.

(Beifall DIE LINKE)

Das Wohngeld ist also eine wichtige Sozialleistung. Die Behörde rechnet mit circa 5 000 Berechtigten, aber nur 4 100 beziehen es. Das heißt, auch hier, bei den Zahlen, haben wir schon eine Lücke derjenigen, die berechtigt sind, es aber nicht in Anspruch nehmen. Insofern, auch hier müssen wir besser werden, damit die Anspruchsberechtigten das Wohngeld auch beziehen können.

Wir haben eine Tendenz, dass sich die Entwicklung, insbesondere der Neuvermietungen bei den Angebotsmieten, von den Einkommen im Bundesland und auch in der Stadtgemeinde abgekoppelt hat, auch bundesweit. Gerade in den Ballungszentren wie Bremen ist das der Fall. Die Mieterbefragung der Arbeitnehmerkammer von 2019 hat gezeigt, dass 30 Prozent der Befragten über 40 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Das ist ein riesiges Problem. Das ist ein soziales Problem, das ist ein Problem des Wohnungsmarktes, und das zeigt, dass wir einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum haben, dass die Einkommen hinter der Mietentwicklung hinterherhinken und dass wir das Wohngeld bereitstellen müssen, denn es ist insbesondere da, wo es geringe Einkommen, wo es Werkverträge oder Minijobs gibt, wichtig, dass diese zusätzliche Sozialleistung zur Verfügung steht.

(Beifall DIE LINKE)

Die Regelungen im Wohngeld sind allerdings ziemlich kompliziert. Wir haben das bei den Antworten des Senats gesehen: sechs bis sieben Monate Einarbeitungszeit für die neuen Kolleginnen und Kollegen, die in der Wohngeldstelle die Beschäftigung, diese verantwortungsvolle und wichtige Beschäftigung annehmen.

Diese langen Einarbeitungszeiten haben damit zu tun, dass wir es mit einem überaus komplexen Rechtsgebiet zu tun haben, mit einer komplexen und fordernden Anspruchsprüfung, die übrigens jedes Jahr erneut vorgenommen werden muss, weil das Wohngeld für ein Jahr bewilligt wird.

Bei jeder kleinen Veränderung im Einkommen – das kommt bei Minijobbern vor, das kommt bei Leuten mit Werkverträgen vor, das kommt bei allen vor, die kein reguläres und regelmäßiges Monatseinkommen haben –, und sowieso einmal im Jahr muss das Wohngeld neu berechnet werden.

Das heißt, die Wohngeldstelle ist sowieso schon damit beschäftigt, regelmäßig mindestens einmal im Jahr jeden Bescheid, den sie schon einmal geprüft

hat, noch einmal in die Hand zu nehmen, neu zu prüfen und neu zu bescheiden. Das an sich ist schon ein ziemlich großer bürokratischer Aufwand, der aus unserer Sicht vereinfacht werden könnte.

Viele bisherige Bundesregierungen haben das Wohngeld novelliert, haben Veränderungen vorgenommen, haben zum Glück – und ich glaube, das muss auch noch weitergehen – die Einkommensgrenzen angehoben. Aber, eine Vereinfachung und Entbürokratisierung im Wohngeld hat nicht stattgefunden. Ich glaube, das ist eine der zukünftigen Aufgaben der Ampelregierung, an dieser Stelle tatsächlich eine Entbürokratisierung und Vereinfachung vorzunehmen, damit die Leute schnell an ihr Geld kommen.

Das allein kann nicht die Lösung sein, sondern wir müssen auch darüber sprechen: Was haben wir hier in Bremen? Wo stehen wir, und wo müssen wir noch hin? Da stimme ich tatsächlich mit meinen Vorrednerinnen und Vorrednern überein: Die Situation in der Wohngeldstelle ist so mit Bearbeitungszeiten von sechs bis sieben Monaten, teilweise bis zu zehn, bis zu 14 Monaten inakzeptabel und unhaltbar. Da müssen wir etwas machen.

Der Kollege Bücking hat es schon gesagt: Deswegen haben wir die Initiative ergriffen, zusätzlich zu dem, was der Senat schon im Haushalt vorgelegt hat, fünf zusätzliche Stellen zu den bestehenden 25 bereitzustellen, die auch besetzt werden können, wenn es Fluktuation gibt, wenn es Krankheitsausfälle et cetera gibt. Die sollen besetzt werden. Die sollen auch so besetzt werden, dass man Krankheit, Urlaub, Erziehungsphasen et cetera schon einberechnet. Zusätzlich gibt es noch weitere fünf Stellen, sodass wir auf mindestens 30 Stellen kommen.

Das ist dringend notwendig, damit die Menschen mit geringem Einkommen in dieser Stadt auch zu ihrem Recht kommen, denn, wie gesagt, es ist kein Nice-to-have, es ist ein Muss, ein soziales Muss, dass die Menschen zu ihrem ihr Recht kommen und das Wohngeld rechtzeitig –

(Glocke)

und das heißt, binnen maximal drei Monaten – ausbezahlt bekommen. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

**Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg: Die Lage in der Wohngeldstelle kann nicht zufriedenstellen, sie ist nicht akzeptabel, und sie kann so, wie sie jetzt ist, nicht bleiben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das Wohngeld ist ein soziales Recht. Es soll als vorgelagerte Sozialleistung den Bezug von Grundsicherung verhindern, und andere Leistungen wiederum hängen daran.

Deshalb reden wir hier nicht nur von Menschen, die, was zu Recht gesagt worden ist, auf das Geld angewiesen sind, sondern wir reden auch davon, dass sie darauf in besonders schnellem Maße angewiesen sind. Wir sind hier nicht in der Rubrik Auszahlung der E-Auto-Prämie, sondern wir sind in der Rubrik dessen,

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Grundsicherung!)

wo es auf das Monatsende ankommt. Deshalb kann den Menschen, anders als in anderen Bereichen, dieses Geld auch nicht als rückwirkende Zahlung helfen, sondern es kann nur helfen, wenn es kurzfristig ausgezahlt und bewilligt wird.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vier Wochen, sechs Wochen, acht Wochen, das ist alles akzeptabel, sieben Monate, bis die Bearbeitung begonnen wird, das ist bar jeder Diskussion!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Jetzt kann man natürlich berechtigterweise fragen: Hat man dieses Problem nicht auch in anderen Großstädten? Doch! Hat man sich etwa in der Wohngeldstelle nicht bemüht? Doch, das hat uns der Kollege Bücking ausführlich und berechtigt dargestellt. Aber haben wir hier in der Sache ein Problem? Ja, ganz eindeutig, das haben wir!

Jetzt stellt sich die Frage, warum, und wie bekommen wir es gelöst. Ich habe schon gesagt, bemüht hat man sich, an den Bemühungen mangelt es nicht. Ein guter Beleg dafür ist, man könnte zum Beispiel annehmen, dass sich im ersten Lockdown ein weiterer Bearbeitungsstau aufgebaut hätte. Das ist nicht der Fall, es ist den Kolleginnen und Kollegen gelungen, während des ersten Lockdowns den Rückstau abzubauen.

Es ist aber auch erkennbar, dass sie immer wieder unter Bedingungen arbeiten, neue Rückschläge produzieren. Es wurde auf die hohe Personalfuktuation hingewiesen – Schwangerschaften gibt es überall –, aber es handelt sich hier auch um ein beliebtes Einstiegsamt. Die Leute bewerben sich gern dorthin, um sich von dort aus weiter zu bewerben. Das betrifft auch andere Ämter, das betrifft aber auch die Wohngeldstelle.

Man hat sehr viel Wohngeld für Menschen ausgezahlt, die während der Lockdowns Kurzarbeitergeld bezogen haben, und da hat man, anders als in den sonstigen Wohngeldbewilligungen üblich, nicht zwölf Monate veranschlagt, sondern in Kenntnis der damaligen Pandemielage nur sechs Monate.

Das ist ein Fall aus der Rubrik „hinterher ist man immer schlauer“. Ich glaube, das würden wir heute so nicht mehr machen, ich mache aber auch dem keinen Vorwurf, der das damals so eingeschätzt hat. Wer meinte, die Pandemie vorhergesehen zu haben, und auch in der Länge, dem gratuliere ich!

Schließlich war es auch so, dass es immer wieder Gesetzesnovellen gegeben hat. An denen ist meine Partei nicht völlig unschuldig, weil wir damit immer wieder den Wohngeldanspruch ausgeweitet und den Menschen stärker als bisher finanziell unter die Arme gegriffen haben. Es bedeutete aber auch, dass es bei der letzten Wohngeldnovelle beispielsweise verpflichtend war, die Bescheide von Amts wegen neu auszustellen. Das heißt, Tausende von bereits bewilligten Wohngeldbescheiden wurden von Amts wegen neu erstellt, und man hat sich dazu entschieden, diese Bewilligung von Amts wegen nicht durch Investition in eine Software zu automatisieren, sondern das Ganze händisch durchzuführen. Das ist irgendwo zwischen erklärungsbedürftig bis unglaublich, dass man versucht hat, das alles händisch abzuarbeiten, und das darf es so nicht wieder geben!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich habe es schon gesagt, es gibt Dinge aus der Rubrik „hinterher ist man immer schlauer“. Fehler der Vergangenheit nachzuvollziehen ist notwendige Bedingung dafür, dass es Besserung gibt. Dass Besserung in Aussicht steht ist für die Bürgerin oder den Bürger, die oder der leistungsberechtigt ist, aber noch keine materielle Hilfe, sondern das ist erst der Fall, wenn der Rückstau tatsächlich abgearbeitet ist und Bescheide wieder innerhalb einer in Wochen zu messenden Zahl bewilligt werden.

Meine Erfahrung ist, manchmal geht es in der Politik erstaunlich schnell, dass Probleme gelöst werden, manchmal geht es erstaunlich langsam. Meine bescheidene Erfahrung ist auch, das hängt ganz oft damit zusammen, von welcher Zielgruppe wir reden und ob es eine Zielgruppe ist, die sich besonders laut beschwert, oder eine Zielgruppe, die das, obwohl sie einen Grund hätte, sich besonders laut zu beschweren, weniger häufig macht. Deshalb möchte ich noch einmal klarstellen, dass die Frage, das Problem zur Identifizierung mit der nötigen Entschlossenheit anzugehen, aus unserer Sicht eine des Respekts den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber ist, die hier leistungsberechtigt sind.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich verstehe es so, Frau Präsidentin, dass ich nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz noch einige Zeit habe!

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Auf jeden Fall!

**Abgeordneter Falk-Constantin Wagner:** Vielen Dank! Danke auch an Herrn Bücking!

(Zuruf Abgeordneter Marco Lübke [CDU])

Dann würde ich gern noch ausführen, welche Lösungsansätze aus meiner Sicht im Raum stehen! Das eine ist die Digitalisierung, ein digitaler Wohngeldantrag würde helfen. Nach dem bundesweiten Prinzip „einer für alle“ ist das in Schleswig-Holstein in der Entwicklung, das heißt, wir haben in Bremen keinen unmittelbaren Einfluss auf den Zeitplan. Das wäre eine Erleichterung, aber ich sage dazu: Digital allein reicht nicht. Es hilft nicht, wenn der jetzige Papierantrag dann einfach am PC ausgefüllt wird, sondern er muss auch entschlackt werden.

Es gibt dann immer die beliebte Debatte, sie reichen die Anträge nicht vollständig ein, und das Problem liegt dann vielleicht auch bei den Bürgerinnen und Bürgern. Ich kann Sie nur herzlich dazu einladen, sich den Wohngeldantrag

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Genau!)

auf dem Serviceportal Bremen anzusehen und zu versuchen, ihn auszufüllen. Ich bin an zwei Stellen gescheitert, an denen ich nicht mehr weiterwusste, was das genau bedeuten soll.

Jetzt können Sie natürlich sagen, gut, Herr Wagner war schon immer ein bisschen begriffsstutzig, und

es ist tatsächlich auch eine kleine Serie: Ich hatte in letzter Zeit das Vergnügen mit dem Antrag auf Elterngeld, und ich finde, wer das fertig ausgefüllt hat, der hat eine Urkunde verdient.

(Beifall SPD, CDU)

Es gibt aber anerkanntermaßen – zumindest aus meiner Sicht anerkanntermaßen – tatsächlich einen Vereinfachungsbedarf der Bescheide.

Deswegen: Wenn es wieder eine Wohngeldnovelle gibt, dann muss sie auch entbürokratisieren, und wenn eine Wohngeldnovelle dafür sorgt, dass es wieder Neubewilligungen von Amts wegen geben muss, dann muss es uns unstrittig die Softwareinvestition wert sein, dass sie nur noch automatisiert ausgestellt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das Letzte ist: Wir müssen die Wohngeldstelle personell besser aufstellen. Wenn wir wissen, dass wir hier in einem Bereich mit einer hohen Fluktuation sind, dann muss die Personalsteuerung hier vorsehen, dass wir, wie jede gute Airline es macht, die Sitzplätze überbuchen, damit sie am Ende auch wirklich voll sind. Das ist die Form der Personalsteuerung, die wir hier auch brauchen.

Ich bin sehr froh – das haben Frau Leonidakis und Herr Bücking schon gesagt –, dass die Koalition Handlungsfähigkeit beweist und im Haushalt zusätzliche Stellen bereitstellt, damit wir hier überbrücken können und die Zeit geben, die Prozesse im Zuge dieses Doppelhaushalts vernünftig aufzustellen. Wir erwarten aber, und das in aller Deutlichkeit, dass das nicht dazu führt, dass einfach dauerhaft ein Sollüberschuss an unbesetzten Stellen vor sich her getragen wird, der dann an anderer Stelle nicht zur Verfügung steht, sondern dass das eine Überbrückungshilfe ist und wir dauerhaft zu einer Personalsteuerung kommen, die die nötige Flexibilität aufweist, damit die Sitzplätze auch alle belegt sind.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Soweit der Versuch von Lösungsansätzen, und noch ein Lösungsbeitrag von parlamentarischer Seite: Wir sollten uns im weiteren Verlauf auch die Lösungsvorschläge der Senatorin anhören und konstruktiv diskutieren. Wir werden natürlich im Rahmen dessen, wozu wir als Parlament auch da

sind – das kann ich für die Sprecherinnen und Sprecher der Koalition schon einmal sagen –, den weiteren Entwicklungsprozess in der Baudeputation auch engmaschig begleiten, damit die Wahrnehmung dieses sozialen Rechts in Bremen deutlich verbessert wird. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Sülmez Dogan:** Theoretisch hätten Sie nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz noch zweieinhalb Minuten für eine zweite Runde!

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Kollege Wagner schon in der zweiten Runde war und der Kollege Bücking schon in der dritten, starten wir jetzt mit unserer ersten Runde!

Die CDU-Fraktion hat in ihrer Großen Anfrage vom Juli dieses Jahres gefragt, wie es um die Auszahlung von Wohngeld in Bremen bestellt ist, und wir können der Antwort entnehmen, dass die Anzahl der Wohngeldanträge in der Vergangenheit gestiegen ist. Das ist zunächst kein gutes Zeichen, denn das bedeutet auch, dass die Zahl der Menschen gestiegen ist, die, aus welchen Gründen auch immer, ihre Miete nicht mehr selbst komplett zahlen können.

Was uns allerdings wirklich erschüttert hat, ist die Zeitspanne, bis ein Antrag bearbeitet wird. Diese beträgt bis zu sieben Monate, das haben wir schon gehört, und wir dürfen nicht vergessen, dass in dieser Phase der Prozess noch nicht abgeschlossen ist, sondern viele Antragstellerinnen und Antragsteller bekommen nach fünf, nach sechs, nach sieben Monaten eine Rückmeldung.

(Zuruf: Nach sieben Monaten wird er erst in die Hand genommen!)

Dann wird er erst in die Hand genommen, nach bis zu sieben Monaten! Das heißt, wenn dann Unterlagen fehlen, nachgereicht werden müssen, vielleicht noch beantragt werden müssen, kann sich das alles noch einmal hinziehen. Das heißt, nach sieben Monaten ist unter Umständen noch gar nicht Schluss mit dem Prozess.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Ich glaube, wir müssen uns darüber im Klaren sein, bei solchen Themen spricht man natürlich auch immer über Zahlen, die sich auch aus den Unterlagen ergeben, man spricht manchmal über Namen auf Papier, aber wir müssen uns darüber im Klaren sein: Das sind Menschen, Bremerinnen und Bremer, die auf das Wohngeld angewiesen sind, damit sie ihre Miete zahlen können.

Diese Menschen können oft gar nicht sechs, sieben, acht Monate warten, sie können das schlichtweg nicht überbrücken. Sie sind darauf angewiesen, dass sie dieses Geld zügig erhalten, weil sie sonst ernsthafte Probleme bekommen. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass eine Bearbeitungszeit von sieben Monaten und mehr völlig inakzeptabel und überhaupt nicht zufriedenstellend ist für den Anspruch, den wir hier selbst an uns haben.

Man muss aber natürlich auch schauen: Wie kann man sich dem perspektivisch nähern? Wie kann man das Problem lösen? Natürlich wird ein Schlüssel weiteres Personal sein, das haben wir eben gehört, aber wir müssen natürlich genauso schauen, wo wir vielleicht Prozesse anpassen können, wo man vielleicht auch Entscheidungshierarchien noch einmal überprüft, wo vielleicht auch die Digitalisierung unterstützen kann.

Wir haben eben das Wort Aktenstapel gehört, das ist etwas, was ich eigentlich gar nicht mehr erwartet hatte, in dem Umfang noch hören zu müssen. Ich glaube, da kann man die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchaus ein Stück weit unterstützen, die Prozesse zu beschleunigen.

Ich glaube, uns ist allen klar, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Behörde aktuell am Limit arbeiten, und trotzdem darf es nicht unser Anspruch sein, möglicherweise ineffiziente Prozesse einfach nur mit immer mehr neuem Personal abzufedern, sondern wir müssen auch an den Kern des Problems heran. Ob das tatsächlich ein Problem ist, das müssen wir jetzt herausfinden, und wir müssen gemeinsam schauen, wo sind vielleicht auch Probleme im Prozess, und dann müssen wir das angehen.

Bis dahin wird sicherlich kein Weg daran vorbeiführen, diese Situation auch mit zusätzlichem Personal abzufedern. Unsere Erwartung ist – und das ist ein erster Schritt –, dass diese Prozesse in einem Ressort gebündelt werden, unter anderem auch mit dem Blick auf die Digitalisierung.

(Beifall FDP)

So oder so – und ich glaube, das ist uns allen klar –, hier ist wirklich Not am Mann, Not an der Frau, und hier muss ganz schnell eine Lösung her, denn diese Situation, so, wie sie jetzt ist, darf nicht weiter zulasten der Antragstellerinnen und Antragsteller gehen, sie darf insbesondere auch nicht weiter zulasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen.

Wir werden Sie an Ihrem Handeln messen. In Anlehnung an einen wunderbaren Film von Tom Hanks: Gut ist nicht der, der Gutes spricht, sondern gut ist der, der Gutes tut und Probleme löst. Daran werden wir Sie auch messen, verlassen Sie sich darauf! – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

**Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe meinen Redebeitrag aufgeteilt, habe aber in meinem ersten Beitrag nicht untergebracht zu sagen, was alles in der Wohngeldstelle schon gelaufen ist, denn wir fangen nicht bei nichts an, sondern die Wohngeldstelle hat schon eine ganze Palette an Maßnahmen erfahren und erfahren dürfen.

Das Personal wurde seit 2018 erheblich aufgestockt, das ist auch der Tabelle zu entnehmen, und es hat ein Reorganisationsprozess mit zwei Abteilungen stattgefunden. Es hat sich, glaube ich, in Zeiten von Corona bewährt, dort mit zwei Abteilungen und einer zusätzlichen Leitungsfunktion zu arbeiten. Die Teams haben jetzt keine Zuordnung mehr nach Buchstaben des Nachnamen, was auch richtig ist, denn der Bedarf wartet natürlich nicht nach Buchstaben, wenn der zuständige Sachbearbeiter oder die zuständige Sachbearbeiterin krank ist, sondern das Geld braucht man.

Die automatisierte Bescheidung aufgrund von Wohngeldnovellen wurde jetzt auch angegangen, und das ist auch richtig so, das war, glaube ich, überfällig. Da sind wir uns einig, dass man gerade an solchen Stellen Digitalisierung wirklich nützlich machen kann und machen sollte. Die ergriffenen Maßnahmen haben dazu geführt, dass im September 2020 die Rückstände aufgeholt worden waren und man bei circa durchschnittlich drei Monaten Bescheidung angekommen war. Dann ist das Ganze aber wieder zusammengebrochen, weil Corona kam und nur das halbe Team vor Ort war, das andere halbe Team war im Homeoffice.

Es kam eine neue Wohngeldnovelle im Jahr 2021, die im alten Verfahren ohne Automatisierung das beschriebene Verfahren erfordert hat, indem nämlich jeder Bescheid noch einmal in die Hand genommen wird, und es hat auch einen sehr misslichen und sehr bedauernswerten Betrugsfall in der Wohngeldstelle gegeben, ich glaube, das kann man nie und nirgends zu 100 Prozent ausschließen.

Alles das hat dazu geführt, dass wir in der Bearbeitungszeit wieder so dermaßen zurückgeworfen wurden, nämlich zu den bereits erwähnten sechs bis sieben Monaten Wartezeit, bis ein Antrag angefasst werden kann. Im Einzelfall – auch das haben wir gehört – kann es bis zu zehn Monate dauern. Das hat der Senat in seiner Antwort auch nicht beschönigt, das ist genau benannt, es wurden in Presseartikeln 14 Monate genannt.

Ja, es geht hier nicht um Zahlen. Ich kenne persönlich auch Menschen, die dringend darauf angewiesen sind, weil sie nicht berechtigt sind, andere Leistungen zu beziehen, die zum Beispiel noch Kinder in ihrem Haushalt haben und die das Wohngeld brauchen, um ihre Miete zu bezahlen. Wenn diese auf sechs bis neun Monate vertröstet werden, müssen sie zum Beispiel Kredite aufnehmen oder bei Freunden Geld leihen, oder sie müssen zum Jobcenter oder zum Amt für Soziale Dienste gehen und übergangsweise eine andere Sozialleistung beantragen, weil sie das Wohngeld noch nicht ausgezahlt bekommen haben.

Das bedeutet natürlich, dass man doppelt und dreifach Arbeit produziert, denn wenn das Wohngeld nachträglich ausgezahlt wird, dann muss das Ganze wieder mit dem Amt für Soziale Dienste, mit dem Jobcenter oder einer anderen Stelle rückabgewickelt werden. Das ist natürlich absolut nicht nachhaltig und zielführend, hier Doppel- und Dreifacharbeit zu produzieren.

Das Ressort hat gesehen, dass hier, sage ich einmal, Not am Mann und Not an der Frau ist und dass die Leute zu ihren Sozialleistungen kommen müssen. In der Vergangenheit wurden Poolkräfte vom Finanzsenator in der Wohngeldstelle eingesetzt, und zurzeit findet dort sogar Zeitarbeit durch einen Personaldienstleister im Umfang von circa zweieinhalb Stunden statt. Dass das nicht nachhaltig ist, weil die Poolkräfte auch wieder rotieren, wieder abgezogen werden – ich verweise auf meinen ersten Redebeitrag, wir haben sechs bis sieben Monate Einarbeitungszeit, weil es eine komplexe Materie ist, und dann muss man wieder neue Kräfte

einarbeiten – und das das Problem und die Bugwelle nicht abarbeitet, ist völlig klar. Deswegen haben wir gesagt, neben Automatisierung und anderen Reorganisationsprozessen ist das A und O, dass die Menschen in der Wohngeldstelle sind, dass dort mehr Köpfe arbeiten, mehr Personen vorhanden sind.

Der Kollege Wagner hat eben gesagt, ja, das wird als Einstieg in den öffentlichen Dienst betrachtet, und deswegen müssen wir auch darüber nachdenken, die Tätigkeit in der Wohngeldstelle, die sehr verantwortungsvoll ist, möglicherweise auch attraktiver zu gestalten. Ich hoffe, dass die Tarifrunde jetzt auch dazu führt, dass gerade bei den unteren Einkommensgruppen im Tarifgefüge des öffentlichen Dienstes ein ordentlicher Zuschlag kommt.

Wir haben spätestens durch die Pandemie erlebt, wie wichtig es ist, dass Menschen ihre Existenzgrundlage durch soziale Leistungen gesichert bekommen, dass die öffentlichen Dienstleistungen auch laufen. Ich glaube, es ist tatsächlich nötig, dass wir attraktiver werden, um die Beschäftigung dort langfristig zu sichern. Die Bedingungen sind jetzt mit den 30 Stellen, die wir dann in der Wohngeldstelle zur Verfügung haben, erst einmal geschaffen und das müssen wir auch verstetigen. Die Menschen in dieser Stadtgemeinde Bremen brauchen das, und sie sollen es auch haben. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sigrid Grönert.

**Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dass man sich in der Wohngeldstelle einige Monate lang strategisch auf die erneuten Gesetzesänderungen ab Januar 2021 vorbereitet hat, habe ich vorhin schon gesagt. Wenn das aber so war: Wie konnte das dann so dermaßen aus dem Ruder laufen?

Bei strategischen Vorbereitungen mitten in einer Pandemie eine Krankheitswelle nicht ausreichend mitzubedenken, sondern von ihr oder von notwendig gewordenen Quarantänezeiten förmlich überrollt zu werden, das macht mich echt sprachlos. Ohnehin wäre es in der Pandemie oberstes Gebot gewesen, in einem so wichtigen Bereich sofort umfassend Homeoffice zu ermöglichen.

(Beifall CDU)

Wenn diese ganze Fehlplanung nur vorübergehend oder nur zum Nachteil des Ressorts gewesen wäre, geschenkt! Aber, so ist es ja nicht. Herr Bücking, es geht nicht um Mitleid mit der Behörde. Den Schaden haben armutsgefährdete Menschen in Bremen, denen mit dem Wohngeld doch auch bundesgesetzlich verbriefte Rechte wie eine Bearbeitung in angemessener Zeit zustehen. Die werden von Versprechen und Verständnis für die Behörde einfach nicht satt.

(Beifall CDU)

Ich finde das wirklich unerträglich, denn die bisherige Form der Wohngeldgewährung macht die Menschen zu Bittstellern und Spießbrutenläufern. Nicht wenige, das hat Frau Leonidakis auch ausgeführt, müssen zusätzlich zum Jobcenter gehen, um sich dort mithilfe weiterer Anträge – sie bekommen das dort nicht einfach so – finanziell aushelfen zu lassen. Selbstverständlich müssen sie, wenn sie das Wohngeld bekommen haben, alles auch wieder zurückzahlen. Viele Menschen scheuen aber genau diese Wege, quälen sich irgendwie über die Runden und leiden daran letztlich die ganze Zeit.

(Beifall CDU)

Manchmal springen auch Freunde, Familie, Eltern oder Kinder füreinander ein, was den Betroffenen aber meistens wirklich sehr unangenehm ist.

Diese Bremer Regierungskoalition sorgt sich ständig mit viel Herzblut um Dinge, die sie in Bremen gar nicht ändern kann. Hartz IV soll erhöht werden, eine Kindergrundsicherung soll her und vieles, vieles mehr. Ich habe das, ehrlich gesagt, satt, meine Damen und Herren, und da hilft auch alles Beteuern nichts, dass man sich anstrengt, allerdings erfolglos und das seit Jahren. Herr Bücking, so gnädig sind Sie sonst mit anderen nicht.

(Beifall CDU)

Nicht, dass es falsch wäre, sich auch auf Bundesebene für die Menschen zu engagieren. Doch in Bremen regieren drei Parteien, die sich für das soziale Gewissen Deutschlands halten, und Sie lassen die Menschen hier am ausgestreckten Arm verhungern.

(Beifall CDU – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sagt die Partei, die schon seit Jahren Hartz-IV-Verbesserungen verhindert! Das ist jetzt schon Klamauk!)

Um es ganz klar zu sagen: Meine Kritik richtet sich nicht an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Wohngeldstellen oder anderer Stellen, in denen es auch nicht gut läuft. Nein, meine Kritik richtet sich an die Köpfe und die Struktur darüber und zuallererst natürlich an die zuständigen Senatoren und Senatorinnen. Aktuell versprechen Sie in der Antwort auf unsere Große Anfrage und auch hier mündlich erneut Verbesserungen. Doch Anstrengungen und Versprechen reichen nicht, wir brauchen wirklich Ergebnisse!

So prüfen Sie derzeit, ob die Antragsaufnahme durch Personalmaßnahmen so organisiert werden kann, dass diese trotz der langen Bearbeitungszeiten frühzeitig erfolgen kann. Eine Antwort auf die sich sogleich stellende Frage, warum solche Punkte nach all den Jahren Vorlauf immer noch nicht geprüft sind, lassen Sie in der Großen Anfrage offen.

Die von Ihnen beschriebene weitere Digitalisierung der Antragsabgabe wird aus unserer Sicht nicht der große Wurf für die Entlastung der Wohngeldstelle sein. Das hat Herr Wagner auch schon gesagt. Das ist ein Service für die Antragstellenden, aber auch ein digital eingereichter Antrag kann monatelang liegen bleiben, und zudem auch sehr fehlerhaft sein.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Gegen jegliche Verbesserung im sozialen Bereich!)

Wir haben uns trotzdem entschieden, für heute auf einen Antrag zu verzichten und Ihnen für die Umsetzung Ihrer schriftlichen und auch heute wieder einmal mündlich gemachten Zusagen Zeit zu lassen. Einen Antrag können wir, wenn nötig, immer noch einbringen, dann bleibt das Thema auch auf der Agenda. Aber, ich bitte die Bremer Regierung nochmals dringend: Setzen Sie sich für die Menschen ein, die einen Anspruch auf Wohngeld haben! Was nützt es den Bremern und Bremerinnen, wie die SPD von einer Zehn-Minuten-Stadt zu träumen, wenn Sie es hier nicht einmal schaffen, den Menschen ihre Rechte in drei Monaten zuzugestehen?

(Beifall CDU)

Es ist kein Wunder, dass das Vertrauen in unseren Rechtsstaat zusehends verloren geht, wenn die Menschen sich missachtet und degradiert fühlen. Die Bremer Regierung hält sich sonst immer für das soziale Gewissen unserer Stadt. Allein schon deshalb ist es unverzeihlich, die Menschen hier über

so lange Zeit so hängen zu lassen. Ich bitte wirklich um schnelle Umsetzung der zugesagten Verbesserungen. – Ich danke Ihnen für Ihr Zuhören!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis für eine Kurzintervention.

**Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kollegin Grönert, ich habe zu Beginn bereits gesagt, dass ich mich bedanke für die Große Anfrage. Ich glaube, es zahlt sich nicht aus, hier vorgeschriebene Reden zu halten, wenn in der Zwischenzeit alle Vertreterinnen und Vertreter der Koalition gesagt haben: Sie haben recht, wir haben hier einen Missstand, und wir sind dabei, ihn zu beseitigen.

Kollegin Grönert, erlauben Sie mir

(Abgeordnete Sigrid Grönert [CDU]: Das wurde vor zwei, drei Jahren auch schon gesagt!)

diese Anmerkung. Wir haben nicht auf Ihren Antrag gewartet, der war auch gar nicht nötig. Wir haben schon letzte Woche auf der Pressekonferenz der Koalitionsfraktionen bekanntgegeben, dass wir fünf zusätzliche Stellen in der Wohngeldstelle schaffen. Ich glaube, da kann man sagen:

(Unruhe CDU)

Erledigt durch Regierungshandeln. Ein Antrag Ihrerseits war gar nicht mehr nötig.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Arroganz der Macht!)

Erlauben Sie mir diesen letzten Kommentar: Wenn Sie sagen, wir beschäftigen uns hier unnötig mit Bundespolitik: Ja, es war die große Koalition und insbesondere die Union, die sich über Jahre mit Händen und Füßen gegen die Einführung eines Bundesmindestlohns gewährt hat, die sich geweigert hat, die Hartz-IV-Sätze angemessen zu erhöhen.

(Unruhe CDU)

Insofern können Sie, glaube ich, jetzt nicht sagen, dass Sie es satthaben, über die Bundespolitik – . Die Bundespolitik schafft die Rahmenbedingung, unter der auch Menschen im Land und in der Stadtgemeinde Bremen arbeiten, und das ist auch Teil

des Problems. Den Teil des Problems, der in Bremen liegt, der in der Stadtgemeinde liegt, den sind wir bereit, anzugehen,

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP]: Bücking-Sekunden!)

und das tun wir auch. Da hätte ich mir ein bisschen mehr Anerkennung dessen von Ihnen gewünscht. – Danke!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Letztes Mal waren Sie noch in der Opposition! Da waren Sie auf unserer Seite!)

**Abgeordnete Antje Grotheer:** Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seien Sie versichert, uns ist es sehr wohl bewusst, was Wohngeld für Menschen, die wirklich darauf angewiesen sind, existenziell bedeutet. Ich möchte sagen, es gibt viele Gründe, die werde ich gleich noch einmal ausführen, viele Gründe, die dazu geführt haben, dass es zu Verzögerungen kommt wurden vorhin schon erwähnt. Aber, es ist kein Ruhmesblatt, und ich möchte mich an dieser Stelle bei den Leidtragenden und bei den Betroffenen für diese langen Bearbeitungszeiten wirklich entschuldigen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Lassen Sie mich vielleicht voranstellen: Das Wohngeld ist ein sozial- und wohnungspolitisches Instrument mit dem Ziel, Mieter:innen und Eigentümer:innen bei ihren Wohnkosten zu entlasten. Menschen, die monatlich sowieso schon wenig Geld zur Verfügung haben, belastet die Zahlung der Miete zusätzlich im hohen Maße, und daher unterstützen wir diese Haushalte mit einem Wohngeld.

Die Bearbeitung von Wohngeld, das wurde vorhin auch schon gesagt, ist ein komplexer Verwaltungsakt. Wohngeld ist Sozialrecht und die Anforderungen an die Auszahlung von Sozialleistungen sind sehr hoch. Die Beantragung von Wohngeld ist kompliziert, Herr Wagner ist vorhin darauf eingegangen, wie komplex das Ganze ist, aber genauso

komplex und kompliziert sind die Bearbeitung und am Ende auch die Bescheidung.

Selbstkritisch erkennen wir im Senat an, dass diesbezüglich nicht immer alles glatt lief, aber unser Ziel ist, dass es deutlich besser und auch deutlich schneller werden soll, weil das die Betroffenen von uns auch erwarten. Frau Grönert, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen: Schon vor acht Jahren war die Wohngeldstelle erheblicher Belastung ausgesetzt. Wir hatten die Situation, dass einerseits die Anforderungen und die Verwaltungsaufgaben immer aufwendiger wurden, zusätzliche Sonderaufgaben und immer mehr Antragstellende sind hinzugekommen. Andererseits wurde damals parallel ein kontinuierlicher deutlicher Personalabbau vollzogen. Ich sage Ihnen, das war ein Sparen an der falschen Stelle, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das führte in der Konsequenz zu einem strukturellen Rückgang bei der Bearbeitung, und das wiederum hat zu erheblichen Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit der Wohngeldstelle geführt. 2018 wurde dann ein umfassender und tiefgreifender Reform- und Umstrukturierungsprozess ausgelöst. Warum? Weil man damals natürlich auch schon erkannt hat, dass diese langen Antragszeiten so nicht gehen. Ziel war es, die Wohngeldstelle vor dem Hintergrund der bestehenden Aufgaben effizienter und zeitgemäß in den Arbeitsabläufen aufzustellen.

Ich kann Ihnen sagen, ich habe in meinem Ressort alle Referate besucht und die Wohngeldstelle war in meiner zweiten Arbeitswoche die erste Stelle, die ich besucht habe. Frau Leonidakis ist auf die Arbeitsprozesse eingegangen. Es war früher in der Tat so, dass ein Sachbearbeiter für einen bestimmten Buchstaben im Alphabet bei den Nachnamen zuständig war. War der oder die Mitarbeiter:in im Urlaub, dann wurden diese Akten – S wie Schaefer, wie auch immer – nicht bearbeitet, blieben liegen.

Man hat zu einem einfachen Mittel gegriffen: Jeder ist jetzt für alles zuständig, und dann hat man gemerkt, das ist deutlich effizienter als der erste Prozess. Allerdings ist es auch so, dass eine effiziente Arbeitsabarbeitung auch einer vollständigen Digitalisierung der Wohngeldstelle bedarf.

Im Juni 2019 wurden der Regelbetrieb und die neue Organisation eingeführt. Es gab im Vorfeld eine Taskforce. Ich möchte auch erwähnen – meine

Staatsrätin sitzt hier –, dass wir sofort die Beschaffung der Software veranlasst haben. Wir sind in Bremen sogar noch ein bisschen schneller als andere Bundesländer, Schleswig-Holstein wird noch bis 2022 brauchen, bis der digitale Antrag dort etabliert ist.

Wir waren eigentlich auf einem guten Weg. Im September 2020 hatten wir den strukturellen Rückstand grundsätzlich abgebaut, und die Wohngeldstelle wäre dann in den vorgesehenen Normalbetrieb eingestiegen. Bis zu diesem Zeitpunkt konnten dort im Gegensatz zu anderen Wohngeldstellen auch die aktuellen coronabedingten Antragszuwächse durch kurzfristige Maßnahmen wie zusätzliches befristetes Personal, eine stärkere Fokussierung auf telefonische und elektronische Beratung und einem Sieben-Punkte-Plan zur vereinfachten Antragsbearbeitung zeitgerecht bearbeitet werden.

Ich will aber auch sagen, Frau Grönert, so einfach, wie Sie das darstellen mit: „Dann macht doch einmal in Zeiten von Corona Homeoffice!“ ist es nicht, weil gerade sensible personenbezogene Daten nicht mit nach Hause genommen werden dürfen. Und das, finde ich, ist auch richtig so.

Wir haben zehn Prozent mehr Plus an coronabedingten Antragsrückständen. Die wurden gesondert bearbeitet und auch sehr schnell beschieden, und wir waren an einem Wendepunkt für die Wohngeldstelle angekommen. Zu diesem Zeitpunkt konnte davon ausgegangen werden, dass die Wohngeldstelle erfolgreich die Rückstände abgearbeitet hat und jetzt trotz Corona in den Regelbetrieb einschwingen könnte und wir uns dem nächsten organisatorischen Thema, nämlich der Digitalisierung, widmen konnten.

Dann trat aber eine Situation ein, mit der nicht jeder rechnen konnte. Erstens hat sich in dem folgenden Monat die Situation verschärft, die pandemische Lage hielt länger an als erwartet, und durch die tiefgreifenden Entwicklungen des Pandemiegeschehens im Herbst 2020 wurde die Wohngeldstelle zum Schutz der Mitarbeitenden aber auch der Bürger:innen aufgeteilt, denn wir haben Kundenkontakt.

Ziel war es, die Arbeitsfähigkeit auch bei einem Corona-Ausbruch zu gewährleisten, und die neue Arbeitsweise, die wir etabliert hatten, die sich auch als besonders effizient herausgestellt hatte, konnte nicht so aufrechterhalten werden wie geplant. Arbeiten im Team und arbeitsteilig war so nicht mehr

möglich, auch – und das wurde vorhin schon gesagt –, weil die Teams aufgeteilt werden, räumlich getrennt werden mussten.

Das hat schon einmal zu einer Verzögerung geführt. Ich will aber auch sagen, wir hatten den Betrugsfall, auch das kein Ruhmesblatt. So etwas kann leider immer passieren. Wir haben auch sofort eingegriffen, haben die Innenrevision eingesetzt, haben alles dafür getan, um transparent damit umzugehen. Aber, es hat nicht nur drei Arbeitsplätze gekostet, natürlich, sondern es hat auch dazu geführt, dass viele in den Teams verunsichert waren und das erst einmal aufgefangen werden musste. Zusätzlich hatten wir wirklich einen hohen Krankheitsstand und auch eine hohe Fluktuation.

Dann gab es Anfang 2021 eine weitere Wohngeldnovelle, die eine Einmal-Klima-Komponente aber auch die Berücksichtigung der Grundrente zum Inhalt hatte. Das hatte die Folge, dass für jeden laufenden Wohngeldhaushalt zum 1. Januar das Wohngeld manuell neu berechnet und bewilligt werden musste, und Sie können sich vorstellen, was das für ein Mehraufwand ist. Gleichzeitig haben wir die Digitalisierung weiter vollzogen. Es ist aber auch klar: Jede Störung des Regelbetriebs für sich ist zu bewältigen. In der Summe haben sich die Probleme aber so gehäuft, dass es eben doch zu Verzögerungen kam.

Jetzt ist unser Ziel aber, und das will ich noch einmal ganz deutlich sagen, das Wohngeld zu stärken. Das ist Teil unserer Sozial- und Wohnungspolitik. Leider haben wir aufgrund von Corona in einer kritischen Phase des Modernisierungsprozesses der Wohngeldstelle einen erheblichen Rückschlag erhalten, und dieser Rückschlag geht zulasten der Antragstellenden und der Mitarbeitenden. Allerdings – und wir wollen schneller werden – haben wir auch diverse Maßnahmen ergriffen, die ich aufzählen möchte:

Wir haben eine weitere Führungskraft, eine Abschnittsleitung ausgeschrieben, um eine höhere Steuerungsfunktion und vor allem eine Koordinations- und Arbeitsfähigkeit bei Sonderaufgaben zu ermöglichen. Wir haben zeitnah vakante Sachbearbeiter:innenstellen nachbesetzt, wo es geht, unbefristet. Bewerbungsverfahren laufen zum Teil noch an. Wir haben einen Paradigmenwechsel bei der Steuerung der Personalmittel vollzogen und zwei zusätzliche Sachbearbeiter:innenstellen über dem Soll aus dem Budget der Abteilung 7 zur Ausschreibung angemeldet. Wir haben grundsätzlich

den Einsatz von Poolkräften als Personalentwicklungsmaßnahme etabliert, um diese dann als Sachbearbeiter:innen zu übernehmen, um ebenfalls eine Fluktuationsreserve aufzubauen.

Wir haben kurzfristig Unterstützung durch den Einsatz von zwei Poolkräften in Höhe von 1,2 Vollzeitstellen erhalten, wir haben die Automatisierung der Bescheidung von Amts wegen bei Novellen umgesetzt. Die erste Automatisierung soll bereits im Rahmen der Dynamisierungsnovelle zum 1. Januar kommenden Jahres zum Einsatz kommen. All diese Punkte, meine Damen und Herren, die Stärkung der Koordinations- und der Steuerungsfähigkeit, der Aufbau einer Fluktuationsreserve sowie die Automatisierung von Bescheiden von Amts wegen sind zusätzliche Maßnahmen, die die Wohngeldstelle zukünftig robuster und resilienter machen sollen.

Zusätzlich haben wir uns für die konkreten Rückstände die Arbeitsprozesse noch einmal angeschaut und gemeinsam mit dem externen Organisationsentwickler, den wir extra dafür engagiert haben, geprüft, ob weitere Maßnahmen erforderlich sein werden. Wir haben seit Mitte Oktober 2021 ein Sonderteam eingerichtet, das die Antragsgänge auf Vollständigkeit prüft und gegebenenfalls direkt nachzureichende Unterlagen anfordert, um den Wartezeitraum bis zur Bearbeitung für Anforderungen zu nutzen. Das heißt, eigentlich arbeitet die Wohngeldstelle nach dem Ende der Sommerferien wieder im Regelbetrieb. Das verkürzt schon einmal die Wartezeit.

Nach dem aktuellen Stand und nach Umsetzung der vorgenannten Maßnahmen ist davon auszugehen, dass sich der Antragsrückstand weiter kontinuierlich reduzieren wird, sodass es bis zum Ende des zweiten Quartals des Folgejahres hoffentlich auch keine verfristeten Anträge mehr geben wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte es noch einmal betonen: Ich habe jetzt die vielen Maßnahmen, die wir ergriffen haben, weil uns so bewusst ist, wie die Menschen auf das Wohngeld angewiesen sind und warten, aufgezählt. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst. Ich möchte es deutlich sagen: Mit der aktuellen Situation kann und will ich nicht zufrieden sein. Allerdings zeigt sich vor dem Hintergrund der Arbeitsergebnisse im Oktober, dass wir, wenn das Personal an Bord ist, die Rückstände kontinuierlich abbauen können.

Ich möchte allerdings auch einmal in Richtung CDU-Fraktion und Frau Grönert betonen: Ich habe

großes Verständnis, dass Sie sich für die Menschen einsetzen, die auf das Wohngeld angewiesen sind, aber ich hätte mich auch gefreut, wenn die CDU im Bund bei der Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze positiv mitgewirkt

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das hat doch damit gar nichts zu tun!)

und sie nicht verhindert hätte, obwohl das Bundesverfassungsgericht dies eindeutig eingefordert hat. Ich glaube, da muss man fairerweise immer beide Seiten anschauen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir haben nachgesteuert, wir haben Maßnahmen ergriffen, und wir werden uns weiter aktiv für eine Vereinfachung des Wohngeldes im Bund einsetzen. Ich finde es richtig, dass Sie ein Auge darauf haben, wir werden das auch haben, dass es mit der Wohngeldstelle im Sinne der Antragstellenden deutlich bergauf geht, weil wir, noch einmal, das Ziel verfolgen, die Anträge möglichst schnell zu bearbeiten, damit die Menschen wirklich zeitnah an ihr Geld kommen, das sie brauchen, um ihre Miete zu zahlen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache [20/505 S](#), auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

**Machbarkeitsstudie für die Straßenbahnverlegung unverzüglich in Auftrag geben!**  
**Antrag der Fraktion der CDU**  
**vom 4. November 2021**  
**(Drucksache [20/527 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

**Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und

Herren! Es geht um unseren Dringlichkeitsantrag zum Thema „Machbarkeitsstudie für die Straßenbahnverlegung unverzüglich in Auftrag“ geben. Seit 2014 fordern wir als CDU-Fraktion die Verlegung der Straßenbahn aus der Obernstraße heraus in die Martinstraße. Ich bin froh und dankbar, dass sich auch endlich eine Regierungsfraktion in dieser Frage klar positioniert hat. Diese Entscheidung bringt hoffentlich endlich Bewegung in die eingeschlafene Innenstadtentwicklung.

(Beifall CDU)

Die Obernstraße ist neben der Sögestraße die zentrale Einkaufsstraße der Stadt Bremen. Aufgrund der schlechten Atmosphäre und fehlenden Aufenthaltsqualität sind die dort dringend benötigten Umsätze des Einzelhandels merklich zurückgegangen. Diese Auswirkungen wurden durch die Coronapandemie sehr verstärkt und damit wie unter einem Brennglas zunehmend sichtbarer. Die Innenstadt verödet zusehends, doch durch die Annäherung der SPD an die bereits bestehenden Pläne der CDU-Bürgerschaftsfraktion aus dem Jahr 2014 für eine lebendige Innenstadt ist die geplante Machbarkeitsstudie ein echter Hoffnungsschimmer.

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordneter Rainer Bensch [CDU])

Gerade die historischen Gebäude wie unser Rathaus sowie der St. Petri Dom profitieren nicht von einer querenden Straßenbahn, und das Konzerthaus Glocke wird an Strahlkraft verlieren, wenn alle Bahnen zukünftig direkt vor dem Eingang halten sollen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, der Innenstadt eine völlig neue Ausrichtung und damit verbundene Attraktivität zu geben. Die Obernstraße könnte sich zu einer echten Erlebnisader für die Bremer Innenstadt entwickeln. Eine Aufwertung der Kreuzung Am Brill verbunden mit einer Attraktivitätssteigerung der Obernstraße bis hin zum historischen Marktplatz könnte sich so zu einer modernen Einkaufsmeile mit historischem Charme entwickeln. Damit würde die Obernstraße ihre wichtige Funktion als Sichtachse und vor allem als Funktionsachse zwischen der Glocke, dem Dom, dem Marktplatz und dem Brill zurückerhalten.

(Beifall CDU)

Seit 2014 fordern wir als CDU-Fraktion die Verlegung der Straßenbahn aus der Obernstraße heraus in die Martinstraße. Die Forderung steht mittler-

weile auch im neuen Innenstadtpapier der Koalition. Dass aber direkt zwei Wochen danach die SPD diese Machbarkeitsuntersuchung einfordert und die Grünen widersprechen, sagt viel über den Zustand dieser Koalition aus,

(Beifall CDU)

aber auch sehr viel über den Wert des Strategiepapiers. Die Verlegung der Straßenbahn von der Obernstraße in die Martinstraße würde der Innenstadt einen völlig neuen, aber sehr dringend nötigen Schub in die richtige Richtung geben. Es bestünde die große Chance, die Martinstraße mit dem ÖPNV attraktiv zu gestalten und gleichzeitig die Anbindung der Schlachte an die Innenstadt zu verknüpfen. So könnten wir in Bremen neben der Erlebnisader Obernstraße einen intelligenten Mobilitätsmix, der überflüssige CO<sub>2</sub>-Abgase beziehungsweise Stickoxide durch reibungslose Verkehrskonzepte vermeidet, in der Martinstraße realisieren – quasi ein Angebot für den CO<sub>2</sub>-neutralen Weg ins Zentrum.

Dass die Verlegung der Straßenbahn in die Martinstraße bautechnisch machbar ist, ohne das ÖPNV-Angebot zu verschlechtern, hatte eine unabhängige Variantenstudie im Auftrag der Handelskammer bereits ergeben. Mit der Lösung der Haltestellensituation in der Balgebrückstraße besteht die Möglichkeit, zukünftig die Domsheide vollkommen neu und viel attraktiver zu gestalten. Das Konzerthaus Glocke würde damit zukünftig viel besser geschützt, und die Obernstraße könnte eine echte Attraktivitätssteigerung durch eine bürgerfreundliche Gestaltung erfahren. Die letzte Woche Dienstag initiierte Pressekonferenz zum Doppelhaushalt 2022/2023 hat mich schwer enttäuscht. Dort, liebe SPD, jetzt ist leider Herr Güngör nicht da – –.

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wie bitte?

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir können ihm auch berichten!)

Das höre ich gern.

Dort hätten Sie unter Beweis stellen können, wie wichtig Ihnen dieses Thema ist. Die Kosten für die Machbarkeitsstudie sind nach derzeitigem Stand nicht in den Haushaltsentwürfen berücksichtigt. Ich befürchte, dass auch die nächsten eineinhalb

Jahre bis zur Bürgerschaftswahl keine Entscheidungen getroffen werden, die unsere Innenstadt wirklich nach vorn bringen können.

(Beifall CDU)

Dass sich die zuständige Bürgermeisterin so vehement dagegen wehrt, können wir als CDU-Fraktion nicht nachvollziehen. Aber wirklich überrascht ist man auch nicht mehr. Sie scheinen es sich ja zur Aufgabe gemacht zu haben, der Innenstadt eher zu schaden als zu helfen,

(Beifall CDU – Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Klamauk jetzt!)

indem Sie seit Monaten die Erreichbarkeit der Innenstadt immer wieder stark beeinträchtigen. Ich komme zum Ende!

Jetzt sind Sie da, lieber Herr Güngör! Sie haben bei der Vorstellung – –. Darauf komme ich dann gleich.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Ich sehe mir das im Protokoll und auf Video an! – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber schrauben Sie die Erwartungen nicht zu hoch!)

Genau, das machen wir. Sie haben bei Ihrer Vorstellung Ihrer Pläne für die Obernstraße erklärt, dass es in dieser Frage nicht um Parteipolitik, sondern um unsere Innenstadt geht. Bekennen Sie Farbe? Stehen Sie zu Ihrem Wort und bringen Sie heute die Machbarkeitsuntersuchung mit auf den Weg! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Anja Schiemann.

**Abgeordnete Anja Schiemann (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir die Innenstadt weg von einer reinen Konsumzone hin zu einem Ort des Erlebens und der Aufenthaltsqualität mit vielfältigen Angeboten entwickeln wollen, bedarf es eines Paradigmenwechsels.

(Beifall SPD)

Sowohl die beiden Innenstadtgipfel als auch das vor vier Wochen von Senat und Handelskammer vorgestellte Innenstadtkonzept „Strategie Centrum

Bremen 2030+“ zeigen dabei hervorragende Ansätze für eine höhere Attraktivität und stärkere Durchmischung der Innenstadt auf und schaffen damit eine gute Ausgangsposition für die zukünftige Gestaltung der Innenstadt.

(Beifall SPD)

Die Obernstraße ist unseres Erachtens als Kern unserer lebendigen und historisch hoch attraktiven Innenstadt von zentraler Bedeutung. Eine nachhaltige Aufwertung des gesamten Citybereiches inklusive Brill, Domsheide, Martinstraße und Schlachte hängt auch und ganz wesentlich von einer guten Entwicklung der Obernstraße ab. Denn nur mit einer attraktiven Obernstraße, die ausreichend Platz für gastronomische und sonstige freizeitbezogene aufenthaltssteigernde Angebote aufweist, werden auch die angrenzenden Straßen und Plätze einen Mehrwert entwickeln können. Insofern wäre die Verlegung der Straßenbahn aus der Obernstraße in die Martinstraße für uns ein logischer Schritt hin zu mehr Aufenthaltsqualität und hin zu einer fußgängerfreundlicheren Innenstadt.

(Beifall SPD)

Denn, wir wollen eine Innenstadt, die mit weitläufigen Fußgängerzonen zum Flanieren, Verweilen und Erleben einlädt. Eine mögliche Straßenbahnverlegung ist dabei aber natürlich kein Selbstzweck, denn es geht hier um das Herzstück unserer Innenstadt, die auch mit dem ÖPNV weiter gut und auch barrierefrei erreichbar sein muss. Die Straßenbahn in die Martinstraße zu verlegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedeutet ja nicht, dass die Erreichbarkeit der City mit dem ÖPNV verschlechtert wird. Ganz im Gegenteil, eine Straßenbahn in die Martinstraße würde sowohl Schlachte als auch Obernstraße für die Menschen rasch erreichbar machen.

(Beifall SPD)

Um also auch in Zukunft nicht von einem Mythos oder einer Legende der verpassten Chancen bezüglich der Innenstadtgestaltung verfolgt zu werden, geht auch nach unserer Auffassung bezüglich einer Straßenbahnverlegung kein Weg an einer Prüfung der Machbarkeit unter Darlegung von Kosten und Zeiterfordernis vorbei. Wir begrüßen insofern den nunmehr mit „Strategie Centrum Bremen 2030+“ mit Handelskammer und Senat beschlossenen Konsens für die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie, die die nach unserer Ansicht favorisierende Verlegung der Straßenbahn in die

Martinstraße grundlegend prüft. Ihrem Antrag, liebe CDU, werden wir trotzdem nicht zustimmen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ach, naturgemäß!)

Aber danke für die Blumen,

(Beifall SPD)

denn all das, was Sie fordern, das hat der Senat mit der Handelskammer in seinem Strategiepapier schon festgelegt! Die Machbarkeitsstudie wird beauftragt. Da haben der Senat und alle daran Beteiligten unser volles Vertrauen, dass das auch in Kürze passiert, und auch, dass die Kosten dafür gegenfinanziert werden. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

**Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Verlegung der Straßenbahn aus der Obernstraße in die Martinstraße wird teilweise als Wunderheilmittel gepriesen, das alle Probleme der Innenstadt heilen soll. Das ist mit Sicherheit nicht so. Ich will auch nicht verhehlen, meine Neigung, ausgerechnet hier große Summen und lange Bauzeiten zu investieren, während uns an anderer Stelle in der Stadt dringend die Mittel für zusätzliche Straßenbahnverbindungen fehlen, ist spontan nicht so groß. Insofern sind wir unserem Koalitionspartner der Grünen etwas näher.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Und wir der Wirtschaftssenatorin!)

Trotzdem muss man sich das in den Schritten ansehen: Was kann das bringen? Ist es überhaupt möglich? Was kostet das? Ist es das denn zum Schluss wert? Im Innenstadtkonzept 2030+ wurde dankenswerterweise herausgearbeitet, dass die Innenstadt größer ist als der Bereich zwischen Karstadt und Kaufhof, der uns die größten Probleme macht. Wenn man die Schwerpunktbereiche nimmt und fragt, was wäre anders, wenn plötzlich die Straßenbahn durch die Martinstraße führen würde, sähe es etwa so aus: Für das Stephaniquartier und den Bereich Wall/Wallanlagen macht es keinen Unterschied, für die Sögestraße auch nicht. Für den Bereich Weltkulturerbe wäre es angenehm, wenn die Straßenbahn dort nicht hindurchfährt. Auch die Böttcherstraße und die anderen Verbindungen

Martinistraße/Obernstraße hätten eine Aufwertung, wenn die Innenstadt durch Haltepunkte in der Martinistraße angebunden würde.

Die Schlachte wäre mit dem ÖPNV einerseits besser erreichbar als jetzt, andererseits, wenn das Stadtentwicklungsziel sein sollte, die Innenstadt mehr zur Schlachte zu bringen, wäre es für mich eine größere Barriere, über die Martinistraße zu kommen. Vielleicht sagt ja die Bürgermeisterin noch etwas dazu. Ich glaube, die Fantasie existiert gar nicht, wenn die Straßenbahn in der Martinistraße fährt, dass da dann noch zusätzlich Autos fahren. Die Illusion müsste man dann vielleicht auch noch einmal nehmen, denn sonst kommt man ja gar nicht mehr zur Schlachte. Eindeutig muss man auch sagen, die Aufenthaltsqualitäten sind an der Schlachte, sie sind am Wasser, und nicht unbedingt in der Obernstraße.

Unklar sind die Auswirkungen auf den Bereich um den Ansgarikirchhof, also den heutigen Kaufhauskomplex. Zunächst einmal wird der Weg zu den Geschäften weiter, hier verschlechtert sich die Anbindung. Das ist auch für die Perspektive zum Wohnen in diesem Bereich nachteilig, andererseits wird mehr Platz frei. Das bietet Möglichkeiten für Außengastronomie und für mehr städtische Plätze, an denen man sich konsumfrei aufhalten kann, wobei da allein ein bisschen Rasen zu pflanzen und vier Liegestühle aufzustellen, bestimmt zu kurz gedacht ist. Insofern gibt es einiges abzuwägen.

Ich kann allerdings nicht nachvollziehen, was die SPD in ihrem Positionspapier als Konsequenz schildert. Die Verlegung der Straßenbahn an sich bringt weder eine breitere Nutzungsmischung noch mehr Kulturangebote.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Natürlich! Wie wollen Sie denn Gastronomie dort unterbringen?)

Sie ist völlig unabhängig von der Ansiedlung des Innenstadtcampus, sie macht den Einzelhandel kein Stück attraktiver,

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Können Sie das im Koalitionsausschuss klären?)

sie löst nicht das Problem, dass sich der Einzelhandel durch die Onlinekonkurrenz neu aufstellen und andere Formate finden muss. Ob es möglich ist, ist technisch nicht ganz einfach zu ermitteln. Da geht es insbesondere um die Kurve von der Balgebrückstraße in die Martinistraße.

Zu den Kosten liegen sehr unterschiedliche Schätzungen vor. Zu den Kosten gehören auch lange Unsicherheit und mehrere Jahre Baustelle, ob dem Einzelhandel damit geholfen ist, ist sehr infrage gestellt. Ich als Bewohner von Borgfeld kenne auch noch ganz genau die Diskussion des Lilienthaler Einzelhandels, als es um die Verlängerung der Linie 4 ging. In der Abwägung, ob es das wert ist, bin ich daher skeptisch, aber auch wir sagen, die Frage liegt auf dem Tisch, und deshalb soll man sich das mit der nötigen Tiefe ansehen.

Was nicht geht, ist aber: Die Machbarkeitsstudie darf nicht dazu führen, dass alle anderen Entscheidungen zur Innenstadt aufgeschoben werden, weil sie irgendwie damit zusammenhängen. Das gilt auch für den VEP. Auch der VEP-Prozess darf dadurch nicht verzögert werden. Die Idee, die Straße einmal gleich über den Altenwall zu führen, braucht man nicht weiter zu verfolgen. Das ist technisch in hohem Maße fragwürdig, und es ist verkehrspolitisch einfach falsch, weil man damit die Erreichbarkeit der Innenstadt noch einmal drastisch verschlechtert. Diese Idee gehört endgültig gestrichen.

Frau Präsidentin, ich würde mir gern von Ihnen noch eine Minute genehmigen lassen, dann komme ich heute auch nicht wieder!

(Heiterkeit – Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Seien Sie streng!)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Bei Ihnen immer, Herr Abgeordneter!

**Abgeordnete Ralf Schumann (DIE LINKE):** Danke schön!

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Bitte fahren Sie fort, Herr Schumann!

**Abgeordnete Ralf Schumann (DIE LINKE):** Im Sinne von Herrn Bücking: Aktuell verengen wir die Martinistraße, das heißt, es geht hinunter auf zwei Fahrspuren plus Fahrradwege. Eigentlich ist für die Straßenbahn da kein Platz. Die Idee, wir verlegen die Straßenbahn in die Martinistraße, und dafür nehmen wir die Fahrspuren wieder weg, kann man ebenfalls gleich aufgeben. Wegnehmen kann man da nur beim Autoverkehr, das sagte ich schon vorher. Das aber genau steht im Antrag der CDU: In der Martinistraße soll nichts passieren, bis die Machbarkeitsstudie fertig ist. Ein Schelm, der Böses dabei denkt, kann man nur! Da soll die Eini-

gung, dass die Martinstraße endlich auf zwei Autospuren reduziert wird, durch die Hintertür wieder infrage gestellt werden.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Falsch! Das ist falsch!)

Das lehnen wir ab.

(Glocke)

Ich bin sehr gespannt – jetzt komme ich zum Schluss! –, was bei der Machbarkeitsstudie herauskommen wird. Ich frage mich, wie die sehr widersprüchlichen Folgen für den Einzelhandel in der Obernstraße ebenfalls genauer abgeschätzt werden können. Ein großes Umbauprojekt, das uns in der Zwischenzeit erst einmal eine Pleitewelle bringt, wäre ein Schildbürgerstreich. Wir sehen: Bloße Hoffnungen, dass sich damit alle Innenstadtprobleme auf wundersame Weise lösen, reichen als Entscheidungsgründe jedenfalls nicht aus. Insofern meine Skepsis!

Ein allerletzter Satz zu „unverzüglich“, lieber Herr Kollege Bodeit! Machen Sie sich doch keine Illusionen! Wenn Sie in Ihren Antrag schreiben, für 2023 soll das Ergebnis vorliegen, das wird noch debattiert, das wird für die Koalition höchstwahrscheinlich gar nicht mehr entscheidend, und dann kommen neue Regierungen. Bis da Bewegung hineinkommt, dass sich etwas in dieser Innenstadt verändert, ist es noch ein sehr langer und weiter Weg, unter unverzüglich verstehe ich da absolut etwas anderes. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE – Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: So schnell hatten wir gar nicht damit gerechnet! – Zurufe CDU – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Ach so, Sie haben sich schon verabschiedet!)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

**Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich versuche mich einmal so als Kupplung zwischen einigen Positionen.

(Abgeordneter Heike Strohmann [CDU]: Oh! Die menschliche Klammer!)

Das ist gut, ne? Das brauchen wir ja auch manchmal dann dabei. Ich finde, man muss zur Kenntnis

nehmen, dass diese Verlegung von der Obernstraße in die Martinstraße von einigen Playern und nicht nur von der SPD in dieser Stadt vertreten wird, auch von der CDU vertreten wird. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Es gibt eine andere Meinung dazu, und ich finde, andere Meinungen sollte man gelten lassen, und wenn man sich unsicher ist, dann schaut man einfach einmal genauer hin. Etwas anderes habe ich bisher von uns auch nicht gehört. Wir haben eine bestimmte Meinung dazu.

Ich fange einmal mit der Domsheide an, das haben Sie irgendwie nicht erwähnt, obwohl es in Ihrem Antrag ganz prominent mit steht, aber ich habe keinen Satz dazu gehört. Sie haben ganz klar gesagt, Sie wollen die komplette Verlegung in die Balgebrückstraße vorn haben. Da allerdings sagen wir als Grüne, das ist nun alles ausprobiert. Dafür haben wir die Machbarkeitsstudien gemacht, und das ist unserer Meinung nach wirklich Unsinn. Das will ich auch erklären, warum das so ist. Da gibt es Argumente, die dafür sprechen, das ist mir vollkommen klar.

Natürlich, vor der Glocke verbessert sich die Situation des Platzes, und man hat ein besseres Stadtbild. Das kann ich vollkommen anerkennen. Ich lasse diese Argumente auch gelten, weil sie, glaube ich, auch richtig sind. Man muss aber auch akzeptieren, dass es einen Landesbehindertenbeauftragten gibt, und der vertritt die Belange der Menschen, die mobilitätseingeschränkt sind, in dieser Stadt. Der hat gesagt, diese Variante dort ist einfach aus seiner Sicht schlecht. Das muss man, glaube ich, zur Kenntnis nehmen, das ist auch klar. Die Haltestelle wird später am Ende – –.

(Zuruf Abgeordneter Christoph Weiss [CDU])

Nein, Barrierefreiheit ist für mich etwas, worüber ich nicht diskutieren kann, da sind wir ganz eindeutig anderer Meinung, Herr Weiss! Wir haben da eine Düne, und die Haltestelle liegt dann weiter hinten. Es ist vollkommen klar, das führt, glaube ich – was habe ich jetzt heute gehört? –, zu 3 000 Kilometer Wegen am Tag, und die andere Variante nur zu 500 Kilometer. Das ist ganz eindeutig ungünstiger.

Dann kommen wir zu einer Leistungsfähigkeit ÖPNV. Ist uns ja allen wichtig. Wenn wir das auf irgendwelche Fahnen schreiben, dann würden wir immer sagen, das finden wir auch gut. Wir wollen den ÖPNV stärken, wenn wir denn schon den Autoverkehr herausnehmen wollen. Wenn es aber

dann zum Schwur geht, dann muss man auch etwas dafür tun. Die Leistungsfähigkeit, wenn man da hinten diese Haltestelle in die Balgebrückstraße hineinbaut, die ist schlechter. Das hat auch einen bestimmten Grund, weil man sich an der Domsheide schon das „Grün“ holen kann und viel länger Zeit hat, diese Situation am Knoten zu bewältigen.

Es gibt gewichtige Nachteile für einen Fuß- und Radverkehr. Den müsste man dabei herausnehmen. Da wäre kein Platz bei drei Bahnsteigen, die man dann braucht, da vorn. Die Querungssituation von der Dechanatstraße zum Markt ist schlecht. Sie merken schon, es gibt einen Haufen Argumente, die einfach schlichtweg dagegensprechen. Das ist erdrückend. Gerade diese Dinge Leistungsfähigkeit und Barrierefreiheit sind für uns jedenfalls K.-o.-Kriterien. Das sage ich zu dem Punkt, weil, das ist mir schon aufgefallen, diese Festlegung ist einfach fachlich nicht richtig.

Ich habe heute noch einmal bei der Planung, bei der BSAG angerufen und habe gesagt: Wie seht ihr das denn? Das kann doch möglicherweise Staus für Straßenbahnen und Busse geben. Stimmt das? Da hat er gesagt: Nicht möglicherweise, es wird dann Staus dabei geben. Ich glaube, das können wir uns sehenden Auges, wenn wir das wissen, wirklich nicht antun, dass wir durch so eine Umgestaltung tatsächlich dort am Ende Staus haben oder den Fünf-Minuten-Takt nicht machen. Das will doch am Ende keiner.

Jetzt komme ich einmal zu der Machbarkeitsstudie. Ich werde auch meine zweimal fünf Minuten komplett ausschöpfen, weil ich da auch ein bisschen mehr zu sagen will. Ich finde, das habe ich ja schon gesagt, es gibt eine Menge Player in dieser Stadt, die finden, das ist eine gute Idee. Das habe ich jetzt auch schon gesagt, wenn so viele Leute finden, dass es eine gute Idee ist und die sich streiten, dann sollte man versuchen, sich zu befrieden und eine bessere Datengrundlage dabei zu schaffen.

Wir haben sowohl in dem Innenstadtpaper wie in den Äußerungen immer gesagt: Ja, wir haben eine Offenheit darüber, uns diese Klarheit und diese Überprüfung zu holen. Das finden wir erst einmal vernünftig. Dafür muss man aber erst einmal wissen: Worüber redet man denn eigentlich an der Stelle? Das ist tatsächlich erwähnt worden. Reden wir da über eine zweispurige Straße, also gegenläufigen Autoverkehr in der Martinstraße? Reden wir darüber? Soll es das geben mit Straßenbahnen? Das würde dazu führen, dass der Fuß- und Radverkehr gewichtig eingeschränkt wäre. Das kann am

Ende keiner wollen. Das weiß ich, will auch die SPD nicht.

Dann gibt es noch zwei Möglichkeiten, tatsächlich: Entweder nimmt man den Autoverkehr ganz dort heraus. Das, finde ich, ist eine Variante, die wäre auch durch die Koalitionsvereinbarung abgedeckt. Da haben wir ja gesagt, zweite Stufe 2030 autofrei in dem Bereich.

(Zuruf Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

Ja, genau. Das akzeptiere ich. Ich habe da einmal gefragt: Wie ist das denn eigentlich, wenn wir die Autos auf den Straßenbahnschienen fahren lassen, geht das eigentlich? Da ist mir gesagt worden, ja, das geht, aber leider nur eine Einbahnstraßenregelung, weil man die Haltestellen ansonsten nicht unterbringen würde. Diese Fragestellung, was wir denn da eigentlich untersuchen, welche Variante oder ob wir alle Varianten untersuchen, ich glaube, der müssen wir uns noch einmal widmen und dem Rest widme ich mich

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Deswegen ja auch Machbarkeitsstudie!)

in meinem zweiten Teil. – Danke!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Jetzt hat er den Durchblick!)

**Abgeordneter Thore Schäck (FDP):** Jetzt sehe ich auch etwas, ja. Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Über die Straßenbahnverlegung heraus aus der Obernstraße ist, glaube ich, ja schon sehr, sehr viel gesprochen worden. Die Idee ist nicht ganz neu, und die CDU fordert jetzt in ihrem Antrag, zügig eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, unter welchen Rahmenbedingungen das machbar ist, die Straßenbahn aus der Obernstraße herauszunehmen und dann in die Martinstraße hinein zu verlegen.

Ich glaube, das sind zwei unterschiedliche Themen, die man auch unterschiedlich behandeln muss. Die Straßenbahn aus der Obernstraße herauszunehmen, ist eine richtige Forderung, die die CDU jetzt auch wieder aufgenommen hat. Auch die SPD hat das schon gefordert, auch wir als FDP-Fraktion haben das schon einmal gefordert. Die

Forderung ist nicht ganz neu. Ich glaube, es ist müßig, darüber zu diskutieren, wo diese Idee ursprünglich einmal entstanden ist, sondern viel interessanter ist ja die Frage: Ist das sinnvoll?

(Abgeordneter Elombo Bolayela [SPD]: Grundsätzlich!)

Ist das sinnvoll, die Straßenbahn aus der Obernstraße herauszunehmen? Da sagen wir als FDP-Fraktion ganz klar: Ja, auch wir halten das für sinnvoll, weil erst, wenn die Straßenbahn aus der Obernstraße heraus ist, gibt es überhaupt eine Möglichkeit für die Menschen, auch einmal in der Straßenmitte zu laufen, was überhaupt erst dazu führt, dass sich rechts und links dann auch vielleicht einmal ein bisschen Außengastronomie ansiedeln kann. Das ist ja so im Moment nicht der Fall. Das ist nicht möglich schlichtweg, denn, wenn dort auch noch zwei, drei Meter Tische hinausgestellt werden, dann sind die Fußwege weg. Solange die Straßenbahn dort fährt, ist es einfach nicht möglich. Deswegen halten wir das auch für sinnvoll.

Das ist der zentrale Boulevard, den wir in der Innenstadt haben, gar keine Frage. Einen anderen Boulevard in der Größe auch mit dem Angebot haben wir nicht. Er ist schlichtweg einfach in der jetzigen Situation so nicht so richtig nutzbar, wie wir uns das alle wünschen würden. Ich glaube, wir müssen auch einfach damit rechnen, solange die Straßenbahn dort durchführt, wird sich dort auch nicht so viel verändern, wie wir uns das vielleicht auch wünschen würden. Deswegen sind wir grundsätzlich auch dafür, die Straßenbahn aus der Obernstraße herauszunehmen.

Die Frage ist natürlich nur, und das ist der zweite Punkt, über den wir jetzt auch noch einmal sprechen müssen: Ist es damit geholfen, die Straßenbahn jetzt einfach 50 oder 100 Meter weiter in eine Parallelstraße zu legen? Das ist die Frage. Wir wissen alle, das würde wahnsinnig viel Geld kosten. Durch die Medien sind unterschiedliche Schätzungen gegangen. Zwischen 20 Millionen Euro, manche sprachen auch von 40 bis 50 Millionen Euro. Im Zweifelsfall wissen wir, es wird eher teurer als günstiger und das für eine Lösung oder für eine Idee, die das Problem nicht unbedingt lösen wird, sondern wir sind natürlich am Ende dann in einer Situation, dass wir das Problem letztendlich nur 50 oder 70 oder 100 Meter weiter verlegt haben, im Übrigen in eine Straße, bei der wir uns gerade alle darauf geeinigt hatten, sie etwas zu verkehrsberuhigen, das dürfen wir nicht vergessen, und natürlich jetzt mit der Straßenbahn ein völlig neues auch

sehr Raum einnehmendes Verkehrsmittel dort hätten.

Ich glaube, eine Straßenbahn in eine Straße zu legen, ist das absolute Gegenteil von Verkehrsberuhigung. Da würde richtig Betrieb entstehen, einmal ganz davon abgesehen, dass das wahrscheinlich in der Form in beide Richtungen und so weiter gar nicht möglich wäre. Das wäre aber komplett kontraproduktiv zu dem, worauf wir uns jetzt eigentlich gerade geeinigt haben, das ein bisschen zurückzufahren.

Es gibt ja auch andere Ideen. Wir haben ja vor einigen Tagen oder Wochen, ich weiß es nicht mehr genau, auch ein Interview gelesen von Professor Doktor Müller, von der Hochschule Bremen, lehrt dort Verkehrswesen, der unter anderem auch den Vorschlag machte, nicht nur die Straßenbahn aus der Obernstraße herauszunehmen, sondern er hat sich sehr zentral für die Führung über die Weststraße ausgesprochen und eine Anbindung mit kleinen Elektrobussen, die vielleicht sogar kostenlos fahren könnten. Auch das ist eine Möglichkeit. Ich glaube, dass tatsächlich die Frage, was passiert mit der Straßenbahn, wenn sie aus der Obernstraße heraus ist, nicht abschließend geklärt ist.

Auch wenn wir die Verlegung in die Martinstraße aufgrund des Gesamtpakets, dass es sehr viel Geld kostet und das Problem nicht wirklich löst, sondern nur ein bisschen verschiebt, nicht als die Lösung sehen, die die Innenstadt wiederbelebt, halten wir es trotzdem für sinnvoll, dass jetzt eine Machbarkeitsstudie gemacht wird, weil die kann genau diese Fragen ja auch klären. Dafür ist sie da. Es wundert ein bisschen, dass das von der CDU kommt. Die CDU hat sich ja immer darüber beschwert, dass wir viel zu viele Untersuchungen machen und Konzepte erstellen und Machbarkeitsstudien und nie ins Machen kommen. Jetzt wird hier selbst eine Machbarkeitsstudie gefordert, die 2023 Ergebnisse liefern soll. Aber grundsätzlich stimmen wir dem zu, weil ich glaube, das Problem ist tatsächlich auch komplex.

Wir würden einen Fehler machen, wenn wir uns jetzt für irgendeine Lösung entscheiden und sagen, das machen wir jetzt einfach so, sondern ich glaube, wir müssen uns schon sehr genau anschauen: Wie sind eigentlich die Folgewirkungen dessen? Was passiert mit den Fahrgästen, was passiert mit Fahrzeiten und so weiter? Daran hängt ja ein bisschen etwas, an so einem Verkehrsnetz, das im Moment einfach durch die Obern-

straße angebunden ist. Deswegen werden wir Ihren Antrag unterstützen und sind sehr gespannt darauf, was es dort an Ergebnissen gibt und welche Ergebnisse uns dann auch zu weiteren Handlungen verleiten. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

**Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich melde mich noch ein zweites Mal, weil das Thema wichtig ist und auch emotional diskutiert wird. Das finde ich auch vollkommen in Ordnung, so sollte es auch sein. Die Verlegung wird ja seit Langem in Bremen diskutiert, doch bislang – ich kann das sagen, denn ich habe, glaube ich, vor 20 Jahren den ersten Leserbrief zu diesem Thema geschrieben – war Ihre Politik in dieser Sache eigentlich ein unbestelltes Feld. Ich teile aber nicht die Auffassung, Herr Saxe, dass es hier eine erdrückende Mehrheit der Argumente gibt, die gegen die Verlegung in die Martinistraße spricht. Das sehe ich überhaupt nicht so.

(Beifall CDU – Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Bisher habe ich nur über die Glocke gesprochen! Das andere kommt noch!)

Gut, dazu hatte ich schon etwas gesagt! Ich glaube weiterhin, dass die SPD in dieser Sache absolut auf dem richtigen Weg ist.

(Zurufe)

In dieser Sache absolut!

(Zurufe)

Ich glaube nur, dass die SPD natürlich ihre Koalitionspartner überzeugen muss, diesen Weg auch zu unterstützen.

(Beifall CDU)

Ich sage einmal, da möchte ich mich noch einmal wiederholen: Gerade die Innenstadt lebt doch normalerweise von der Attraktivität, und nur, wenn wir in der Obernstraße wirklich besser werden, was Gastronomie und Handel angeht, um da auch wirklich eine Attraktivitätssteigerung zu erfahren, können wir hier in der Innenstadt irgendetwas bewegen und auch gewinnen. Deswegen ist es doch wirklich auch zwangsläufig so, dass wir mit der

Verlegung der Straßenbahn irgendetwas machen müssen, und da bietet sich die Martinistraße an. Eine andere Möglichkeit haben wir da nicht.

Die Vorteile liegen auf der Hand, die hatte ich eben schon genannt, und da muss man nur auch einfach einmal in sich gehen und vielleicht von einer etwas verrückten Einstellung weggehen und sagen, das könnte der richtige Weg sein. Deswegen wollen wir die Machbarkeitsstudie unterstützen und anschieben, dafür wird sie gemacht, und dann sehen wir auch, Herr Saxe, ob wir tatsächlich das Problem mit mobilitätseingeschränkten Menschen – so haben Sie es eben genannt, ich kann ruhig weiterhin schwerbehinderten Menschen sagen – haben und ob das wirklich ein Argument ist, das dagegenspricht.

Ich denke, hier gibt es auch Lösungen, und ich kann mich da selbst anführen: Ich fände es gut, wenn ich da umsteigen kann und sowohl direkt an die Schlachte als auch in die Innenstadt gehen kann, aber dann möchte ich auch eine interessante Innenstadt vorfinden. Das muss doch eigentlich unser Ziel sein.

Ich finde einige Argumente, die hier von den Rednern vorgebracht wurden, erschreckend, und sie helfen auch unserer Innenstadt nicht. Jetzt läuft mir die Zeit etwas weg, deswegen möchte ich das hier noch einmal zum Ende kundtun: Wir als CDU-Fraktion beantragen daher heute namentliche Abstimmung. – Danke schön!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

**Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bodeit, ich glaube, Sie haben mir da nicht ganz richtig zugehört! Ich habe gerade in der ersten Runde vor allen Dingen nur über die Domsheide gesprochen, und ich werde jetzt etwas zu den anderen Dingen sagen. Ich habe ganz deutlich gesagt, wenn es in einer Stadt so starke Meinungen zu diesem Thema gibt – und es gibt Argumente sowohl für das eine als auch für das andere –, dass es Sinn macht, da genauer hinzuschauen und sich eine verbesserte Meinung zu holen. Machbarkeitsstudie kommt von Machbarkeit. Das heißt nicht, dass man es macht, sondern es heißt, dass man es überprüft. Das müssen wir ganz klar sagen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin der SPD auch erst einmal dankbar für das Papier, das Sie da erstellt haben, das mir in vielerlei Hinsicht gut gefallen hat, gerade diese Betonung des Fußverkehrs, die darin steht, finde ich wichtig für die Innenstadt. Der Gedanke ist ja auch in der 10-Minuten-Stadt hinterlegt, also der Stadt der kurzen Wege. Das finde ich erst einmal in Ordnung, dass man den Fokus mehr auf die Fußgänger legt.

(Beifall SPD)

Deshalb finde ich, dass wir da im Augenblick sehr anschlussfähig miteinander sind. Ich kann Ihnen auch versichern, wir sind gar nicht böse miteinander, sondern wir sind in wirklich guten Gesprächen; ob auf einem guten Weg, das werden wir am Ende sehen, aber wir sind wirklich in guten Gesprächen, weil wir die Meinungen der anderen und die Argumente der anderen einfach nebeneinander stehen lassen.

Ich will einfach einmal kurz die Argumente nennen, und da sollten wir einfach Respekt füreinander haben, dass diese Argumente dann eben auch angehört werden und man über sie diskutiert. Ich sage ganz klar: Natürlich ist eine Verlegung von der Obernstraße in die Martinstraße ein Gewinn für die Obernstraße, und zwar ein gewichtiger Gewinn, denn sie ist, wie Sie richtig gesagt haben, eine zentrale Einkaufsstraße wie die Sögestraße. Sie ist nicht ganz so sonnig, das wissen wir auch, also sonnendurchflutet kann man das nicht nennen, aber sie hat ganz eindeutig Entwicklungspotenzial. Es stimmt auch, wenn Sie die Straßenbahn in die Martinstraße verlegen würden, dann sind die Leute, die zur Schlachte wollen, direkt vor der Tür. Das ist eindeutig ein Vorteil: Sie kommen einigermaßen gut in die Innenstadt, sie kommen einigermaßen gut zur Schlachte. Das sind sicherlich Argumente, die ich auch gelten lassen kann, weswegen man vertiefter in diese ganze Sache hineingehen sollte.

Ich will aber nicht verhehlen, dass es auch Sachen gibt, die darin einfach als Fragezeichen stehen. Wir haben einige bauliche Probleme, das ist der Tunnel an der Tiefer, das ist schon bekannt, den wird man umbauen müssen. Was bisher fast alle vergessen haben, ist, dass da noch ein Tunnel liegt, nämlich der, der in die Böttcherstraße hineinführt, der sogenannte Böttcherstraßentunnel. Der ist auch nicht so einfach zu halten. Das wird man alles lösen können. Das wird Geld kosten, das muss man dann miteinander bewerten, ob man das mit dem Geld wirklich will, wir haben ja nun auch noch ein paar

andere Straßenbahnprojekte in dieser Stadt, das muss man auch sagen.

Für uns Grüne sind ganz klar gesetzt, und zwar auch nebeneinander gesetzt, die Straßenbahn nach Osterholz und die Straßenbahn in die Überseestadt. Wir müssen, wenn wir das auch noch mit leisten wollten, zusätzliche Planungskapazitäten haben, sonst ist das völlig unmöglich, das noch mit zu planen. Diese beiden Projekte stehen für mich außerhalb jeder Diskussion. In der Überseestadt müssen wir diese Probleme lösen, sonst werden wir dort in zehn Jahren große Probleme haben, und in Osterholz haben wir das schon so lange versprochen, und es ist so wichtig für mehrere Stadtteile, dass wir das jetzt einfach an dieser Stelle umsetzen müssen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist schon erwähnt worden, die Bauzeit kann acht bis elf Jahre dauern. Das muss man wirklich bewerten: Möchte man das an der Stelle? Möchte man wirklich diesen Eingriff am offenen Herzen, der da wirklich stattfindet, tatsächlich miteinander machen? Man kann entscheiden, dass man sagt, das ist uns egal. Ich glaube auch, da wird man am Ende vielleicht Möglichkeiten für eine Finanzierung finden. Im Augenblick ist es so, dass zumindest nicht ganz sicher ist, ob man das hinbekommt.

Sicher ist mit Sicherheit, dass man die Gelder für eine Machbarkeitsstudie im Innenstadtkonzept finden würde, da hätte ich jetzt keine Bedenken, aber ich glaube, wir müssen erst einmal sagen – das habe ich schon gesagt –, worüber reden wir eigentlich bei der Umgestaltung der Martinstraße und der Verlegung von der Obernstraße heraus, weil es eben diese drei Möglichkeiten gibt, die aber signifikant unterschiedlich sind: ob man da jetzt tatsächlich den Autoverkehr heraus hat, wofür manches spricht, wenn man die Martinstraße wirklich auch aufwerten will, oder aber, ob man den Autoverkehr dort lässt. Da ist mir klar gesagt worden, das geht nur mit einer Einbahnstraßenregelung,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Geübt haben wir das ja schon!)

also man kann es sich wegen der Haltestellen abschminken, irgendetwas anderes dabei hinzubekommen.

Wir sagen, wir haben eine Offenheit, wenn die Fragen der Finanzierung und bestimmte Fragen ein-

fach gestellt und miteinander geklärt sind, um tatsächlich auch diese Stadt zu befrieden, und dann bekommen wir hoffentlich die anderen Dinge, die wir miteinander haben, dann auch noch mit hin.

Ich will dann noch etwas zu Herrn Schäck sagen! Der Vorschlag ist ja jetzt nicht ganz neu, das haben Sie ja schon einmal hier vorgeschlagen. Ich respektiere Herrn Professor Müller auch, bei der Frage sage ich, darüber kann man diskutieren. Das hat der ehemalige Präses der Handelskammer auch vorgeschlagen, wir verlieren da fünf bis sechs Minuten.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Zwei Minuten!)

Ja, das hat er geschrieben, die BSAG hat aber fünf bis sechs Minuten gesagt! Ich glaube, da höre ich dann doch lieber auf die Simulation der BSAG und muss sagen – das habe ich Ihnen auch schon einmal gesagt –, die Leute müssen ja dann in die Obernstraße wieder hineinkommen, und die Armada von Kleinbussen, die wir dafür brauchen, ist dann genau das Gegenteil dessen, was wir für die Obernstraße am Ende haben wollen.

(Zuruf Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

Ich kann Sie leider nicht verstehen, Frau Bergmann, und meine Redezeit ist auch zu Ende! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs kurz etwas zur Innenstadt sagen! Die Bremer Innenstadt, wie wahrscheinlich fast jede Innenstadt in Deutschland, hat Probleme, sie hat Leerstandsprobleme. Was sind die Gründe? Auch das ist hinlänglich diskutiert und auch bekannt: Zum einen gibt es seit Jahren den immer weiter steigenden Onlinehandel, die Menschen bestellen abends etwas im Bett, müssen nicht mehr zwangsläufig zum Shoppen in die Innenstädte, und dann gibt es noch einmal pandemiebedingt durch Corona, durch die vielen Lockdowns, einen weite-

ren Kundenschwund, und das alles macht den Innenstädten, aber natürlich auch der Bremer Innenstadt, sehr zu schaffen. Deswegen sind wir gut beraten, uns Gedanken über die Bremer Innenstadt zu machen: Wie machen wir sie attraktiv, aber wie machen wir sie auch fit für die Zukunft?

Es gab gerade – und das ist in der Deputation ja auch noch einmal beschlossen worden – das integrierte und vertiefte Innenstadtkonzept, bei dem sich das Wirtschaftsressort, die Handelskammer, aber auch unser Ressort sehr intensiv mit der Innenstadt beschäftigt haben, und wir kommen zu dem Schluss, die Menschen gehen nicht mehr primär zum Shoppen in die Innenstadt, sondern wir brauchen einen guten gesunden Mix. Wir brauchen Wohnen, wir brauchen Wissenschaft, wir brauchen Kultur, wir brauchen Freizeitangebote, wir brauchen Angebote für ältere Menschen, aber auch für junge Menschen.

Jetzt diskutieren wir ja viel über die Martinstraße und auch deren Rückbau. Man kann darüber streiten, was am Ende die beste Variante ist, aber das, was uns alle doch eint, ist, dass wir einen Rückbau der Martinstraße wollen, weil die vierspurige Martinstraße wirklich eine trennende Wirkung zwischen der Obernstraße und dem Zentrum der Innenstadt und der Schlachte hatte. Die Schlachte floriert, die Schlachte läuft gut, und damit wir wieder eine engere Verbindung und Verknüpfung haben, wollen wir die Martinstraße zurückbauen.

Sie sehen mich heute hier ganz entspannt. Ich bin offen für eine Machbarkeitsstudie. Warum? Weil Machbarkeitsstudien uns dann auch immer eine gute Datengrundlage für weitere Diskussionen geben! Wichtig ist mir aber, dass wir auch über die Erreichbarkeit für den ÖPNV reden, dass wir nicht nur mit dem Blick der Geschäftsleute auf die Obernstraße schauen, sondern auch mit dem Blick und aus der Sicht der Kundinnen und Kunden des ÖPNV, die nämlich auf den ÖPNV angewiesen sind, oftmals, um überhaupt in die Innenstadt zu kommen. Die Haltestelle bei Karstadt ist die individuell am meisten angefahrene Haltestelle in der Innenstadt. Die Domsheide und der Hauptbahnhof sind große Umsteigehaltestellen, aber die Haltestelle bei Karstadt ist die Haltestelle, die von den Bremerinnen und Bremern direkt angefahren worden ist,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist kein Argument! Deswegen sind sie auch pleite!)

weil sie es bisher zu schätzen wussten, dass sie dort auch direkt in der Obernstraße aussteigen können und direkt an den Geschäften sind, meine Damen und Herren.

Ich will auch nicht verhehlen, dass ich natürlich auch mit einem kritischen Blick auf diese Debatte schaue. Warum? Es gibt Erfahrungen aus Dortmund, Duisburg, Bochum und Mühlheim. Dort hat man die Straßenbahnen direkt aus den Geschäftsstraßen herausgenommen, und danach setzte das Geschäftssterben ein. Ich glaube nicht, dass wir das für Bremen wollen. Ich glaube auch – und da teile ich nicht alles aus den Debatten –, dass die Straßenbahn nicht das primäre Problem der Obernstraße ist.

Wir reden ja über die Straßenbahn, die auch durch das Viertel fährt, durch den Ostertorsteinweg. Dort florieren die Geschäfte, und da haben wir Außen-gastronomie, und wir haben zeitgleich Fußverkehr. Insofern finde ich schon, dass wir auch schauen müssen, welche Probleme wir sonst in der Obernstraße haben. Das sind vor allen Dingen hohe Mieten, das sind oftmals Geschäftsketten, die nicht mehr alle Menschen anlocken, um nur deswegen in die Obernstraße zu gehen. Deswegen, glaube ich, ist es zu einfach gedacht, wenn wir sagen, die Straßenbahn kommt aus der Obernstraße heraus, und dann wird die Obernstraße automatisch wieder irgendwie florieren. So wird es nicht sein!

Ich habe noch einmal gesagt, ich verwehre mich nicht einer Machbarkeitsstudie, aber ich möchte auch noch einmal sagen, weil das immer so herumgeisterte, dass das Aktionsbündnis Innenstadt, zu der die Handelskammer, aber auch andere Kammern und Investoren gehören, schon eine Machbarkeitsstudie oder ein Gutachten in Auftrag gegeben hätten – selbst die Handelskammer verhehlt ja inzwischen nicht mehr, dass es kein Gutachten ist, sondern lediglich eine Kurzexpertise, und diese Kritik sei mir schon gestattet –: Ich hätte mich gefreut, wenn die Kammer den Diskurs auch mit ihren eigenen Mitgliedern geführt hätte – es gab keine Mitgliederbefragung –, aber zumindest einmal im Vorfeld den Diskurs mit der BSAG geführt hätte.

Die BSAG ist eine bremische Gesellschaft, meine Damen und Herren, und ich finde es immer ein bisschen schwierig, wenn man über die Köpfe der BSAG hinwegredet, plant, überlegt, aber nicht mit der BSAG und ihren Experten selbst den Dialog sucht, oder erst hinterher. Das würde ich mir für die Zukunft schon einmal anders wünschen. Die BSAG – und Sie haben die Diskussionen in der Deputation

verfolgen können, Herr Bodeit, Sie sitzen da ja auch –, der Chefplaner ist sehr detailliert auf die vielen Punkte und Fragestellungen eingegangen, die eine Verlegung in die Martinstraße mit sich bringen würde. Das Gutachterbüro, das die Handelskammer ja für die Kurzexpertise beauftragt hatte, hat bisher nicht auf eine der technischen Fragen der BSAG geantwortet! Auch das finde ich schade, aber das kann man jetzt ja auch alles mit einer Machbarkeitsstudie überprüfen.

Trotzdem stehen ein paar Rahmenbedingungen schon fest, und diese sind klar: Es wird viele Millionen Euro kosten, es ist die Rede von einem zwei- oder sogar dreistelligen Betrag. Es geht ja nicht nur darum, Gleise zu verlegen, sondern wir müssen an die Tiefer, das ist eine Unterführung, und da geht es um statische Fragestellungen, aber auch um die Statik des Brückenkopfes. Insofern – wir wissen, Baukosten werden gerade sowieso immer teurer – sind das Millionenbeträge, die man bedenken muss.

Eines ist auch ziemlich klar: Der Bund wird eine Verlegung um 200, 300 Meter in eine Parallelstraße nicht finanzieren. Die GVFG-Mittel, die Gemeindefinanzierungsmittel, können hierfür nicht herangezogen werden. Das heißt – und ich finde, das kommt immer ein bisschen zu kurz in diesen Debatten –, es wird bremisches Steuergeld in Millionenhöhe sein, das dann für diese Verlegung ausgegeben werden muss. Deswegen finde ich, dass man es mit den Bremerinnen und Bremern auch gemeinsam diskutieren muss, ob uns das das Geld wert ist.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Auf die jahrelange Umbaumaßnahme in der Martinstraße hat Herr Saxe schon hingewiesen. In der Martinstraße startet gerade die letzte Phase des Verkehrsversuchs. Dort machen wir den Beidrichtungsverkehr. Aus vier Pkw-Spuren machen wir zwei, dafür stärken wir den Fuß- und Radverkehr. Wenn wir, und das ist ja eine Einigung, egal, ob Beidrichtungs- oder Einbahnstraßenverkehr, zukünftig nur noch zwei Spuren für den Autoverkehr haben und wir sicherlich nicht den Fuß- und Radverkehr aus der Martinstraße verbannen wollen – wir wollen den Fußverkehr ja eher stärken, die Verbindung zur Schlachte herstellen, aber auch die Geschäfte in der Martinstraße mit Flanieren stärken –, dann ändert sich trotzdem nicht die Breite der Martinstraße. Die ist durch die Häuser vorgegeben. Das heißt, man wird sich dann entscheiden

müssen: Haben wir Platz für eine Straßenbahn, oder wollen wir den Platz für die Pkws nutzen? Beides nebeneinander wird es aber technisch nicht geben können.

Als Letztes sei mir gegönnt zu sagen, und da bin ich bei Herrn Saxe: Wir wollen den ÖPNV stärken. Auch das war ja vorhin eine Forderung von Ihnen in der anderen Debatte, wenn man die Innenstädte stärken will und möglichst den Autoverkehr minimieren möchte, dass man den ÖPNV stärken muss. Ich glaube, dass Gelder für die Stärkung des ÖPNV gut angelegt sind.

Wenn man zum Beispiel in den Ausbau von neuen Linien in die Überseestadt oder in den Osten Bremens investiert, wenn man in neues Fahrzeugmaterial investiert, wenn man aber auch in die Barrierefreiheit investiert –. Das ist ein Punkt, meine Damen und Herren, der sogar gesetzlich vorgeschrieben ist, und das ist nicht nur ein Nice to have, es ist uns wichtig. Die Barrierefreiheit ist gesetzlich vorgeschrieben, und die können wir dort nicht irgendwie beiseitelegen, im Gegenteil, wir müssen sie stärken, und leider macht die Kurzexpertise des Aktionsbündnisses Innenstadt überhaupt keine Aussagen zum Thema Barrierefreiheit.

Das heißt im Fazit: Wenn wir eine Machbarkeitsstudie machen, dann brauchen wir trotzdem den Dialog mit der BSAG, aber ich finde auch, dass wir die Diskussion um eine Verlegung mit den Bremerinnen und Bremern führen müssen, ob sie mehrheitlich die Verlegung befürworten, denn es wird am Ende das bremische Geld in Millionenhöhe sein. Ich teile auch nicht die Auffassung, Herr Schäck, dass man die Straßenbahn sogar in die Westerstraße verlegen sollte. Damit zieht man ja noch mehr Kunden aus der Innenstadt ab, aber auch das kann man diskutieren. Ich würde mich freuen, wenn wir den Blick auf die BSAG, aber auch auf die Kundinnen und Kunden des ÖPNV legen und da dann auch alle in die Diskussion miteinbeziehen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, hier ist namentliche Abstimmung beantragt.

Wir treten deswegen jetzt in die namentliche Abstimmung ein.

Wer dem Antrag seine Zustimmung, seine Stimmenthaltung oder sein Nein signalisieren möchte, möge sich dann deutlich mit Ja, Nein oder Enthaltung zu Wort melden.

Ich rufe jetzt die Namen einzeln auf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Ich unterbreche die Sitzung der Stadtbürgerschaft für die Auszählung der Stimmen.

(Unterbrechung der Sitzung 18:07 Uhr)



Vizepräsidentin Antje Grotheer eröffnet die Sitzung wieder um 18:08 Uhr.

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Die unterbrochene Sitzung der Stadtbürgerschaft ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis bekannt: Abgestimmt haben 60 Abgeordnete, neun sind entschuldigt. Mit Ja haben 25 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 35 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen gab es keine.

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Wann werden die Sporthallen der Universität Bremen endlich saniert?  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 5. August 2021  
(Drucksache [20/483 S](#))**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2021  
(Drucksache [20/519 S](#))**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski.

Ich gehe davon aus, dass der Senat die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen möchte, sodass wir direkt in die Aussprache eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Marco Lübke.

**Abgeordneter Marco Lübke (CDU):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Große Anfrage genau zu diesen beiden Sporthallen ist ja nicht zufällig entstanden. Die Antworten des Senats haben ganz deutlich vor Augen geführt, dass diese beiden Sporthallen eine herausragende Funktion in der Bremer Sportlandschaft haben. Im Übrigen spiegelt es auch den Zustand sämtlicher Sporthallen in der Stadtgemeinde Bremen wider, wo die Hallen, ich will jetzt einmal sagen sinnbildlich für viele Hallen, in einem katastrophalen Zustand sind.

Die Sporthallen an der Universität werden nämlich nicht nur von der Universität genutzt, sondern haben die Besonderheit, dass sie auch von diversen Schulen – insbesondere der Schule Ronzelenstraße –, von vielen Vereinen, aber auch von vielen anderen Akteuren und Institutionen genutzt werden. Durch diese bedeutende Funktion sind die Hallen von morgens bis abends im Grunde voll ausgelastet. Meine zweite Anmerkung zu der Vorlage, die ich machen möchte: Ich fand die Antworten des Senats zu dieser Anfrage nicht nur erschreckend, sondern andererseits auch ausgesprochen ehrlich.

Meine Damen und Herren, im Ergebnis müssen wir feststellen, dass sowohl die Halle Badgasteiner Straße, als auch die Sporthalle an der Grazer Straße kernsanierungsbedürftig sind. Bei der Grazer Straße wird immer nur vom Hallenboden gesprochen, wobei das ehrlicherweise ein Punkt ist, der in der Anfrage nur unzureichend beantwortet wurde. Wenn ich es richtig verstanden habe, wird die Halle durch den Verein TV Eiche Horn für einen Euro gepachtet und dieser ist anschließend für den Betrieb und Unterhalt zuständig.

Meine Damen und Herren, für uns als CDU-Fraktion sage ich deswegen ganz deutlich: Auch wenn die drei entsprechenden Ressorts sich geeinigt haben, den Hauptgrund für die Nichtnutzung zu beseitigen, nämlich den völlig maroden Hallenboden auszutauschen, bleiben dennoch viele Fragen offen. Denn es ist ja nicht der einzige Mangel an dieser Halle, und das muss uns doch allen klar sein, dass da in Zukunft noch deutlich mehr investiert werden muss.

(Beifall CDU)

Zu der Badgasteiner Straße liegt uns eine aktuelle Machbarkeitsstudie vor, in der bei einer Sanierung

von circa 14 Millionen Euro und als Alternative bei einem Neubau von 27 Millionen Euro ausgegangen wird. Lassen Sie mich noch ein paar Worte zu den Kosten und zu der finanziellen Seite sagen: Ich glaube, wenn man sich die beiden Zahlen anschaut, spricht hier erst einmal sehr viel für einen Neubau. Aber das ist nicht das, worauf ich hinausmöchte. Meine Damen und Herren, aus Sicht der CDU-Fraktion muss, egal wofür man sich entscheidet, schnellstens mit der Planung und allem, was daran hängt, angefangen werden, denn es ist nicht fünf vor zwölf, sondern fünf nach zwölf.

Eines hat die Vorlage nicht deutlich hervorgehoben: Wir haben im Moment noch die ich will gar nicht sagen „entspannte“ Coronasituation, aber es ist immer noch so, dass es kaum Einschränkungen im Hinblick auf die Anzahl der Hallennutzer aufgrund der defekten Lüftungsanlage gibt. Ich glaube, wenn die Zahlen so weitergehen, wie ich es befürchte, besteht natürlich die konkrete Gefahr, dass es in Zukunft aufgrund der pandemischen Lage wieder zu Nutzungseinschränkungen kommen kann. Wir als CDU-Fraktion sagen ganz deutlich: Dazu darf es nicht kommen!

Erstaunt war ich dann auch, als ich feststellen musste, dass für den kommenden Haushalt nicht ein Cent für die Sanierung eingeplant wird. Zumindest die Planungskosten müssen zur Verfügung gestellt werden, so habe ich gedacht, weil am besten ja morgen mit dem Projekt angefangen werden muss. Dass die Planungsmittel jetzt aus dem Coronafonds genommen werden sollen, ich will es einmal so formulieren, ist schon ein wenig abenteuerlich. Ich finde, das kann man auch nicht ernsthaft begründen.

Diese Sanierungs- und Baumaßnahmen hatten wirklich nichts, aber auch gar nichts mit der Coronapandemie zu tun, sondern das ist das Ergebnis jahrelanger Mangelinvestitionen an der Sportinfrastruktur, meine Damen und Herren. Das Problem, wie bei vielen Sporthallen insgesamt, ist eben nicht vom Himmel gefallen, sondern hat sich jahrelang angebahnt. Aber ich möchte den Blick jetzt einmal in die Zukunft lenken! Was ist zu tun? Ich glaube erstens, aus den eben genannten Gründen ist es unabdingbar, dass schnell mit den Planungen begonnen werden muss. Zweitens, und das ist für uns als CDU-Fraktion mindestens genauso wichtig: Es muss eine vernünftige Koordination mit allen Beteiligten geben, mit den Vereinen, mit den Schulen, mit der Universität und allen anderen, die diese Sporthallen nutzen.

Es wäre, da sind wir uns glaube ich alle einig, eine Katastrophe für den Sport insgesamt, wenn durch den Bau oder die Sanierung, was auch immer passieren wird, noch weniger Hallenkapazitäten zur Verfügung stehen, weil zum Beispiel die Sporthalle an der Ronzelenstraße gleichzeitig mit der Badgast-einer Straße gebaut wird, oder weil es aus irgendwelchen anderen Gründen zu Verzögerungen kommt –

(Glocke)

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss! – und durch diesen Missstand noch weniger Hallenzeiten zur Verfügung stehen. Leidtragend durch solch eine Fehlplanung werden dann wie immer die Sportler:innen aus den Vereinen, aus der Universität und von den Schulen sein. Ich finde, dazu darf es nicht kommen. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Professor Dr. Eva Quante-Brandt.

**Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal herzlichen Dank für die ausführliche Antwort des Senats, und das sehe ich genauso wie Herr Lübke, es ist eine Antwort, die sehr schonungslos ist und die sich selbst einen großen Auftrag gibt. Das, muss ich ganz ehrlich sagen, freut mich sehr. Vor allen Dingen freut mich an der Stelle außerordentlich, dass den beiden Hallen eine für die gesamte Sportinfrastruktur der Stadtgemeinde Bremen außerordentlich hohe Bedeutung zugemessen wird. Das ist für den Sport eine ganz wichtige und zentrale Aussage.

Auch das, was die Fragen zur Antwort hervorgebracht haben, zeigt, dass eine hohe Nutzung durch den Hochschulsport, eine hohe Nutzung durch die bremischen Schulen, eine hohe Nutzung durch die sportbetonten Schulen, durch Privatpersonen als auch durch den Vereinssport sehr deutlich geworden ist. Das ist das, was man weiß, was die Sportstätten der Universität alles bieten. Das heißt, für die gesamte Bevölkerung ist es von großer und von zentraler Bedeutung, dass wir diese Sportstätten jetzt sanieren oder neu bauen, und für den Start des neuen Studiengangs Sport 2023/2024 sind intakte Hallen von zentraler Bedeutung.

(Beifall SPD)

Ich bin dem Senat sehr verbunden und sehr dankbar, dass Sie für den TV Eiche Horn, für die Grazer Straße, eine Lösung gefunden haben, dass Sie jetzt eine Lösung haben, dass der Hallenboden saniert wird, dass die Kosten dafür übernommen werden, dass auch die Pacht kostenfrei gestellt ist für die Halle. Gleichzeitig gilt mein ganz großer Dank Eiche Horn, dass sie diese Verantwortung übernehmen. Da muss man schon sagen, da springt ein Verein für etwas ein, was im staatlichen Handeln nicht immer seinen guten und glücklichen Vollzug gehabt hat. Das finde ich toll. Insofern gehe ich auch davon aus, dass den drei Ressorts völlig klar ist, dass man den Verein auch bei weiteren Dingen unterstützt und es zweitens vor allen Dingen nicht dazu kommen lässt, dass man als Verein im Bermudadreieck auf einmal auf der Strecke bleibt.

Davon gehe ich aber aus, dass den Kolleginnen und Kollegen im Senat völlig klar ist, dass sie diese Verantwortung haben und dass sie auch sehr froh sind, dass der TV Eiche Horn diese Verantwortung übernommen hat.

(Beifall SPD)

Auch ist es, glaube ich, völlig klar, dass die Übergangszeiten, also die Zeit, in der der Hallenboden und auch die Herrichtung der Grazer Straße vorgenommen werden, auch nicht unkompliziert ist. Da gilt unsere Hochachtung den Kolleginnen und Kollegen in der Schule an der Ronzelenstraße, weil das sind die Hauptnutzerinnen und -nutzer dieser Halle, dass sie nämlich dann ihren Sportunterricht – das gibt die Antwort auch wieder – in ganz vielen Hallen verteilt über die Stadt durchführen müssen.

Da ist es von den Lehrkräften als auch von den Schülerinnen und Schülern gut, wenn sie alle diese Aufgaben auf sich nehmen, diese Fahrzeiten auf sich nehmen, um sich an der sportbetonten Schule Ronzelenstraße weiterhin ausbilden zu lassen. Die Übergangszeit wird herausfordernd für die Schule, und auch da müssen wir schauen, dass wir diese Schule unterstützen.

(Beifall SPD)

Nun noch einen Satz zur Machbarkeitsstudie, das ist ja anscheinend unser Lieblingsthema heute Nachmittag. Die liegt nämlich jetzt vor. Das finde ich total gut, dass es gelungen ist, diese Machbarkeitsstudie vorzulegen und die unterschiedlichen Varianten deutlich zu machen, in denen man für den Sportstudiengang als auch für alle anderen Nutzerinnen und Nutzer sinnvoll etwas auf die

Beine stellt. Ich glaube auch, nachdem, was ich in der Machbarkeitsstudie gelesen habe, dass die Variante Neubau hilfreich ist. Wenn man die Variante Neubau umsetzt, muss man aber absichern, dass die Rhythmische Sportgymnastik die Zugänge zu den Hallen halten kann. Das braucht sie. Was positiv ist: Die Rhythmische Sportgymnastik ist in allen Antworten immer mitgedacht und mitberücksichtigt.

Darüber bin ich sehr froh, dass klar ist: Der Bundesstützpunkt muss gestärkt werden, das Land Bremen hat dafür ein Stück weit Verantwortung. Das ist in jedem Papier deutlich zu lesen. Das ist positiv, Verbindungen müssen geschaffen werden, und was der Vorteil des Neubaus sein kann ist, dass man eine Interimslösung hat –

(Glocke)

ich bin sofort fertig, ich bin ganz schnell –, weil wir den Start des Studiengangs Sport beginnen können. 2023/2024 ist dann möglich, weil man ja auch noch die nicht so tollen Hallen hat. Man baut an anderer Stelle die anderen Hallen. Der Schulsport kann weiter durchgeführt werden, auch das wäre damit abgesichert, als auch für die RSG wären weiterhin Hallen da. Deswegen: Ein Neubau ist gut, so oder so, weil man auf kleineren Flächen das Ganze kompakter betreiben kann. Im Betrieb wird es dann auch viel günstiger. Insofern glaube ich, ist das ein guter Weg.

(Glocke)

Dass die Mittel jetzt über den Bremen-Fonds bereitgestellt sind, ist doch gut, Herr Lübke. Besser, wir haben sie, und es wird geplant, als hätten wir sie nicht. Also, so what? – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Antje Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

**Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war vor einigen Monaten bei der Jugenddehnung von Spitzensportlern. Das ist immer ein ganz wunderbares, tolles Ereignis. Normalerweise findet es im Rathaus statt. Coronabedingt war das nicht möglich, deswegen fand es in der Rollsporthalle statt, also Outdoor. Es war ziemlich kalt, also mir war jedenfalls sehr kalt, ich habe gefroren. Das fand ich nicht so toll, dann hat es auch

noch angefangen zu regnen. Dann habe ich gedacht: Das ist jetzt irgendwie nicht so schön. Dann habe ich gesehen, wie sich langsam auf dem Boden eine Pfütze bildete, weil nämlich das Dach nicht dicht war und die Pfütze sich immer weiter ausweitete, und ich habe gedacht: Vielleicht ist es gar nicht so schlecht, dass die Sportwelt einmal hier versammelt ist zu so einer Ehrung und sieht, unter welchen strukturellen Rahmenbedingungen in Bremen teilweise Sport, auch Spitzensport, stattfindet.

Dieses Dauerthema mit den sanierungsbedürftigen Hallen rund um die Universität ist heute Thema. Über Monate war dieses Wort „Machbarkeitsstudie“ im Raum, und man konnte es schon fast nicht mehr hören. Wie gesagt, 40 Jahre lang sind diese Hallen im Grunde auf Verschleiß gefahren worden. Das ist ja nichts, was über Nacht gekommen ist. Sowohl die Halle in der Grazer Straße als auch die Halle, die nahe an der Universität ist. Es ist doch klar: Keine Halle, kein Sport; keine Halle, kein Vereinssport; keine Halle, kein Schulsport; keine Halle, kein Kadersport; keine Halle, auch keine Schule in der sportbetonten Ronzellenstraße, die ja nun sportbetonte Oberschule, Eliteschule werden soll.

Jetzt haben wir im Gymnasium Horn und in der Ronzellenstraße die Zusage, dass es neue Hallen geben wird. Aber wo soll das Training dazwischen stattfinden? Eine Interimslösung – wie soll sie funktionieren? Diese Hallen und Sportstätten, von denen wir sprechen, die sind kernsanierungsbedürftig. In der Grazer Straße ist der Fußboden kaputt, richtig kaputt. Im Unibad droht der Totalschaden. Über Jahre hat man da nichts gemacht. In der dritten Halle haben wir das Problem mit der Lüftungsanlage und mit Corona obendrauf noch die Situation, dass nur 20 Leute in die Halle hinein dürfen.

Das bedeutet, dass die Schüler der Ronzellenstraße kreuz und quer durch die Stadt reisen müssen, um Sport zu machen, dass teilweise Sportstudios anscheinend angemietet werden. Da frage ich mich als Opposition auch: Wie hoch sind eigentlich die Kosten? Der Universitätssport kann nicht stattfinden, wie er stattfinden soll. Und auch solche Dinge, wie Judo Open 2019 mussten in der Messehalle stattfinden, damit man das auch mit Zuschauern durchführen konnte. Alles nicht toll und noch viele andere Folgen gibt es. Jetzt gibt es eine Lösung für die Grazer Straße, wir haben das gehört, durch Eiche Horn.

(Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt [SPD]:  
Und den Senat!)

Und den Senat, genau, in Kooperation sozusagen,  
und es gibt jetzt auch diese Machbarkeitsstudie  
und sogar eingestelltes Geld.

(Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt [SPD]:  
Was will man mehr?)

Ja. Im Grunde sollte dieser Baustein ein von langer  
Hand geplanter Baustein einer Sportentwicklungs-  
struktur sein, die einfach den Einsatz von Sportan-  
lagen und Sporthallen übergreifend in den Blick  
nimmt und auch Interimslösungen mitdenkt, dass  
wir in solche dummen Situationen gar nicht erst  
hineinkommen. So ein strukturiertes, geplantes  
und nachhaltiges Vorgehen in der Sanierung, Nut-  
zung und auch Entwicklung einer Sportinfrastruk-  
tur, das ist weiterhin ein Wunschgedanke, den wir  
als FDP-Fraktion tatsächlich haben, aber der ange-  
sichts der Dinge, die wir sehen, möglicherweise  
weiterhin Wunschgedanke bleibt.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den  
Vorsitz.)

Das bedauern wir natürlich als FDP-Fraktion sehr,  
denn insgesamt muss man – auch, wenn sich da  
jetzt in einem Punkt etwas bewegt – sagen, die Ent-  
wicklungsstruktur des Sports, da ist sozusagen der  
Zustand der Universitätshallen ein Stück weit sym-  
bolisch. Das ist tragisch. Da können wir nur besser  
werden, und das würden wir uns dann auch wün-  
schen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächster Redner hat  
das Wort der Abgeordnete Cindi Tuncel.

**Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE):** Herr  
Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir dis-  
kutieren hier heute über eine Antwort des Senats  
zu der Großen Anfrage der CDU über die Unisport-  
hallen, die nicht mehr ganz aktuell ist. Seit der Ver-  
öffentlichung der Antwort des Senats Anfang Ok-  
tober ist inzwischen die Machbarkeitsstudie zur  
Zukunft der Sporthalle an der Universität vorgelegt  
worden, die in der Antwort des Senats noch als An-  
kündigung im Raum stand. Der Wissenschaftsaus-  
schuss hatte die Studie bereits in der letzten Woche  
vorliegen. Auch ich werde daher über beides zu-  
sammen sprechen, über die Antwort des Senats  
und die Machbarkeitsstudie, und ich erwarte, dass

wir die Studie auch in der Sportdeputation noch  
einmal ausführlich besprechen werden.

Die Sportanlagen an der Universität haben eine  
wesentliche Funktion für die Grundversorgung mit  
Hallenkapazitäten. Dies gilt zum einen für die Uni-  
versität selbst, an der sie derzeit vor allem für den  
Hochschulsport genutzt wird, zum anderen aber  
gilt das auch für die Vereine und Schulen im Stadt-  
teil. Die Bedeutung wird in den kommenden Jah-  
ren nochmals zunehmen, wenn wir den dringend  
benötigten Studiengang Sportpädagogik wieder  
einführen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Außerdem dürfen wir nicht vergessen, dass in der  
Sporthalle der Universität – das hat meine Kollegin  
Professorin Eva Quante-Brandt auch erwähnt – der  
Bundesstützpunkt für Rhythmische Sportgymnas-  
tik untergebracht ist. Die Halle hat also auch eine  
Funktion über die Stadt Bremen hinaus für die  
ganze Republik. Vor diesem Hintergrund ist es nur  
zu bedauern, dass der Senat sich in den vergange-  
nen Jahren nicht in der Lage gesehen hat, die not-  
wendigen Mittel zur Erhaltung und zur Sanierung  
der Sportanlagen zur Verfügung zu stellen. Des-  
halb, Herr Kollege Lübke, danke noch einmal für  
die Große Anfrage,

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Sehr gern!)

es ist tatsächlich so, dass in den letzten Jahren ei-  
niges versäumt worden ist!

Zum Glück können wir jetzt als rot-grün-roter Se-  
nat hier nun umsteuern und die dringend erforder-  
lichen Baumaßnahmen angehen. Für die kommen-  
den zwei Jahre werden wir die entsprechenden  
Planungsmittel zur Verfügung stellen, damit dann  
im Anschluss ab 2024 zügig gebaut werden kann.  
Dabei stehen jetzt zwei Varianten zur Auswahl, wie  
die Machbarkeitsstudie gezeigt hat: Entweder ent-  
scheiden wir uns für die Sanierung der bestehen-  
den Anlage, oder wir bauen neu, und die beste-  
hende Sportanlage wird im Anschluss abgerissen.

Laut Studie ist der Neubau über zehn Millionen  
Euro günstiger als die Sanierung der alten Anlage.  
Das ist auf jeden Fall schon einmal ein gewichtiges  
Argument für einen Neubau. Allerdings sind bei  
der Studie und den Vorlagen des Senats noch ei-  
nige Fragen offen, die erst geklärt werden müssen,  
bevor es zu einer endgültigen Entscheidung kom-  
men kann. Zu diesen offenen Fragen gehört für  
mich insbesondere auch die Frage, wie es mit dem

Bundesstützpunkt für Rhythmische Sportgymnastik weitergeht. Diese Fragen wurden im Rahmen der Machbarkeitsstudie nicht ausreichend berücksichtigt, und dieser Aspekt ist dringend bei der weiteren Planung miteinzubeziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE)

Insgesamt werden wir bei dem Flächenbedarf also noch einmal schauen müssen, ob wir in der Studie wirklich alle Bedarfe abgebildet haben. Sanierung oder Neubau der Hallen im Zentralbereich der Universität sind dabei nur ein Baustein der Weiterentwicklung der Sportanlagen in Horn-Lehe. Insgesamt gibt es ein ganzes Paket an Maßnahmen, um wieder ein angemessenes Angebot für den Sport an der Universität und im Stadtteil herzustellen. Dazu gehören als weitere Teile des Pakets die Verpachtung der Halle an der Grazer Straße an den TV Eiche Horn, die wir im letzten Monat beschlossen haben, auch das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner schon erwähnt. Im Rahmen dieser Verpachtung wird der Boden der Halle komplett saniert, liebe Frau Bergmann, außerdem haben wir für die Schule an der Ronzelenstraße den Neubau einer doppelstöckigen Sporthalle auf den Weg gebracht.

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Habe ich etwas anderes gesagt? Ich kann mich nicht erinnern!)

Der Bau des neuen Horner Bades ist weit fortgeschritten und wird im kommenden Jahr die Versorgung von Schulen und Vereinen im Stadtteil, aber auch der Universität wahrnehmen. Mit allen diesen Beschlüssen haben wir als Koalition die Versorgung mit den Sportflächen im Stadtteil abgesichert und bieten dem neu entstehenden Studiengang Sportpädagogik eine klare Perspektive, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wer im Stadtteil Sport treibt, an der Universität studiert oder arbeitet, kann sich auf eine sukzessiv neu entstehende Struktur freuen und verlassen. Ich bin froh, dass wir so den Stillstand der vergangenen Jahre überwinden können. Die Botschaft ist klar: Wir stehen als Koalition für den Sport in unserer Stadt ein, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Auf die Debatte über die letztendlich konkrete Ausgestaltung der Sporthalle der Universität mit den Beteiligten vor Ort freue ich mich jetzt schon,

und ich bin mir sicher, dass wir dann zu einem guten Entschluss in der Frage, ob Sanierung oder Neubau, kommen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Christopher Hupe.

**Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf die Rede heute in Vertretung für Herrn Öztürk halten, und ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen, Herr Öztürk, von hier aus alles Gute und eine schnelle Genesung zu wünschen!

(Beifall)

Wir wünschen dir, dass du schnell wieder in unserem Kreis hier in der Bremischen Bürgerschaft sein kannst!

Es wurde jetzt schon viel zu dem Kernsanierungsbedarf der Sportanlagen an der Universität gesagt. Das möchte ich nicht alles wiederholen, aber ich möchte mich dem Dank zur umfangreichen und ehrlichen Antwort zu den Fragen der Großen Anfrage anschließen. Ich glaube, es ist ein gutes Zeichen, dass es jetzt – ich würde sogar von Jahrzehnten Sanierungsstau sprechen, nicht nur den letzten Jahren – endlich vorangehen wird. Wir werden die Planung vorantreiben und die Sportanlagen an der Universität auf einen guten Stand bringen, sei es mit einem Neubau, sei es mit einer Sanierung, das ist noch zu klären.

Es wurde die Bedeutung der Sportanlagen für den Schulsport und für die Vereine angesprochen. Ich möchte auch noch einmal als Bildungspolitiker herausstellen, wie wichtig es ist, dass wir einen Sportstudiengang bekommen. Wir wissen, wir haben an den Schulen zu wenig Sportpädagogen, insbesondere an den Grundschulen,

(Beifall SPD)

und nicht nur jetzt in den Folgen der Pandemie zeigt es sich, wie wichtig Sport in der Schule ist, um der Bewegungsarmut von Kindern und Jugendlichen zu begegnen. Dafür brauchen wir Sportpädagogen, und deswegen ist es ein ganz wichtiges Zeichen, dass mit der Einrichtung eines Sportstudiengangs auch die Anlagen saniert werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch noch einen Punkt anzusprechen, der nicht angesprochen wurde oder den ich so noch nicht herausgehört habe, nämlich den Hochschulsport. Ich glaube nämlich, dass der Hochschulsport auch ein kleiner Standortfaktor für die Universität und für Bremen ist; nicht in dem Sinne, dass Studierende explizit für den Hochschulsport nach Bremen kommen, das nicht, aber ich glaube, es hilft, um in dieser Stadt anzukommen. Es gibt viele, die über den Hochschulsport erste Kontakte zu Menschen aus Bremen knüpfen, welche gleiche Interessen, gleiche Hobbys teilen.

Ich bin als Basketballer aktiv und kenne sehr viele, die über den Hochschulsport in den verschiedenen Vereinen angekommen sind und jetzt als Spieler und als Trainer dort aktiv sind, und das gibt es sicherlich auch in vielen anderen Sportarten. Das ist ein ganz wichtiger Faktor, der dann auch einbezogen werden muss, wenn es darum geht, wie viele Hallenkapazitäten wir eigentlich an diesem Standort brauchen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich möchte mich auch dem Lob gegenüber dem Senat im Hinblick auf die Lösung zur Grazer Straße anschließen. Es ist gut, dass sich dort jetzt drei Ressorts geeinigt haben, sich das Budget teilen, um den Hallenboden zu sanieren. Auch von mir, Frau Professor Quante-Brandt hat es angesprochen, ein großer Dank an den TV Eiche Horn, der hier Verantwortung übernimmt und dass wir so hoffentlich diese Halle auch für die nächsten mindestens zehn Jahre erhalten können! Das ist ganz wichtig, nicht nur für den Schulsport, sondern auch, um diese Übergangslösung zu haben, bis die Halle – –.

Auch da gibt es ein Lob, dass es die Halle oder den doppelten Dreifach-Hallenbau an der Ronzelenstraße geben wird. Aber auch das wird noch ein bisschen dauern. Dann die Sanierung an der Universität, das muss alles irgendwie zusammenpassen, und auch da wünsche ich mir – und das ist auch eine Aufforderung an den Senat und die Vertreterinnen und Vertreter, die hier sind –, dass es dort eine genauso gute Zusammenarbeit gibt, um das gut abzustimmen und voranzubringen.

Zur Machbarkeitsstudie! Die Varianten wurden schon angesprochen, darauf möchte ich jetzt gar nicht eingehen, aber ich glaube, dass es dort auch zur Abstimmung dazugehört, dass die Bedarfe von

Sporthallen in den Stadtteilen mit bedacht werden: Was bedeutet es eigentlich, jetzt eine Sechsfachhalle an der Ronzelenstraße zu bauen? Wie verändern sich da vielleicht die Bedarfe? Beim Rennbahngelände ist eine Sporthalle im Gespräch, was hat sie für Auswirkungen auf die Region? Die Vereine brauchen unbedingt eine Halle mit Tribünenkapazitäten für 500 bis 1 000 Menschen, aber muss sie an der Universität sein? Kann sie vielleicht auch am Rennbahngelände oder woanders sein? Das gilt es zu klären und dann die Entscheidung zu treffen, wie es dann genau an der Universität weitergeht.

Natürlich – auch das wurde angesprochen – ist es ganz entscheidend, dass da die RSG-Halle für den Bundesstützpunkt für Rhythmische Sportgymnastik mitgedacht wird und in das Konzept einbezogen wird. So viel von mir zu meiner ersten Sportdebatte heute in Vertretung! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Als wenn er nie etwas anderes gemacht hat!)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Marco Lübke.

**Abgeordneter Marco Lübke (CDU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Von mir doch noch einmal drei Anmerkungen! Zum einen: Natürlich ist der Bundesstützpunkt für Rhythmische Sportgymnastik, ich glaube, das ist auch unstrittig, im Prinzip einer der Leuchttürme im Spitzenleistungssport in Bremen. Natürlich – das stand für uns ehrlicherweise auch nie zur Debatte – muss das mitgedacht werden, und das wurde von uns immer unterstützt und wird auch in der Zukunft unterstützt werden. Dahinter können wir, glaube ich, einen Haken machen.

Noch einmal eine Anmerkung zu den Planungsmitteln! Ich habe immer gesagt, und das sage ich auch weiterhin, dass jeder Cent, der in den Sport investiert wird, ein gut investierter Cent ist. Ich habe jetzt zwar keine Begründung dafür gehört, warum das aus den Coronamitteln finanziert wurde, ich lasse das jetzt einfach einmal so stehen.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Es wird bestimmt gut begründet werden! – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, das können Sie!)

Vielleicht abschließend noch einmal – ich will es noch einmal ein bisschen spitzer formulieren, wir sind uns im Prinzip alle einig –: Der Zustand, wie er

jetzt ist, ist unhaltbar. Wir haben jetzt eine Machbarkeitsstudie, die begrüßen wir ausdrücklich, sie liegt jetzt vor, sie liegt auf dem Tisch, aber jetzt müssen wir den nächsten Schritt machen, und zwar dringend. Ich habe es eben schon gesagt, es ist nicht fünf vor zwölf, sondern fünf nach zwölf, und deswegen brauchen wir – das ist für uns als CDU-Fraktion ganz wichtig – jetzt einen konkreten Fahrplan, wie es weitergeht.

Das wäre jetzt auch die Aufforderung, die ich an den Staatsrat hätte, dass er dazu gleich ein paar Ausführungen macht, wie es jetzt weitergeht, denn ich will es jetzt auch noch einmal ein bisschen überspitzt formulieren: Die Sportvereine, die Universität und alle anderen Akteure haben irgendwelche Ankündigungskommandos satt, so würde ich es einmal ganz deutlich formulieren. Deswegen müssen wir jetzt den nächsten Schritt machen, es muss jetzt weitergehen. Da werden wir auch nicht lockerlassen, Frau Kollegin Quante-Brandt, ich werde Ihnen sonst permanent in der Sportdeputation auf die Nerven gehen,

(Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt [SPD]: Das können Sie gar nicht, Herr Lübke!)

um mich dafür stark zu machen. Deswegen sage ich es noch einmal ganz deutlich: Die Machbarkeitsstudie liegt vor, das finden wir richtig, das ist vernünftig, aber es muss jetzt der nächste Schritt gemacht werden. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

**Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche jetzt im Konjunktiv, aber vielleicht kann man über bedarfsstillend auch hinausdenken, wenn man schon über einen Neubau nachdenkt, und etwas großzügiger denken. Wenn Sie sich erinnern, wir hatten hier über einen Antrag für ein Sportleistungs- und Wettkampfbereich debattiert. Wenn wir jetzt sowieso neues Geld in die Hand nehmen und da neue Dinge überlegen, vielleicht könnten Sie ganz heimlich noch einmal unseren Antrag in die Hand nehmen und durchlesen und überlegen, ob es nicht Sinn machen würde, einen Sportleuchtturm für den norddeutschen Raum zu haben.

Wir haben da die sehr gute Anbindung, was S-Bahn, was Flughafen und so weiter angeht, an die

Universität. Das ist so ein Gedanke, den ich an diesem Punkt der Debatte einmal einwerfen will, bevor alle Gedanken schon gedacht sind, diesen bitte noch einmal einzubeziehen, falls die Entscheidung dann tatsächlich in Richtung Neubau gehen sollte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Professor Dr. Eva Quante-Brandt.

**Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Mal werde ich auch nicht die fünf Minuten Redezeit brauchen, sondern ich will nur noch einmal ganz kurz auf Herrn Lübke reagieren!

In der Antwort des Senats ist formuliert, dass die AG Sportstätten in die Umsetzung und Planung der Sanierungsvorhaben eingebunden wird, und es ist auch die Lenkungsgruppe Bau adressiert. Die Lenkungsgruppe Bau ist universitätsintern, aber die AG Sportstätten hat einen etwas breiteren Blick. Ich glaube, es zeigt sich in der Antwort, dass man in das Konzept auch die Planung der Vorhaben aufgenommen hat, das die Akteure möglichst breit mitnehmen soll, die auf die Sportstätten hin orientiert sind. Ich fände es auch sehr gut, wenn uns regelmäßig berichtet werden würde, wann, was, wie geplant wird, wann, was, wie finanziert werden soll. An dieser Umsetzungsstrategie habe ich ein großes Interesse.

Ich denke schon – und so habe ich eigentlich die Antwort des Senats auch verstanden –, dass es im Dreiklang gemacht werden soll: Sport, Wissenschaft und Bildung. Insofern sind wir, glaube ich, als Sportdeputation auch immer mit eingebunden und adressiert, und es wird ja sicher auch so kommen, dass wir dazu einen Bericht in der Sportdeputation erhalten können. Wenn uns das jetzt im Dreiklang gelingt, dann bin ich guter Dinge, dass wir wirklich jetzt auch einen nächsten guten Schritt machen, um aus diesem Sanierungsstau – und alle wissen, dass wir ihn haben, und alle wissen auch, warum wir ihn haben! – herauskommen zu können. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: So viel Lob und Dank an den Senat!)

**Präsident Frank Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski.

**Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In dieser Debatte heute ist noch einmal deutlich geworden, welche Bedeutung die Sportstätten an der Universität haben. Diese Bedeutung geht auch deutlich über die Universität und ihre aktuellen und perspektivischen Bedarfe hinaus. Aus Sicht meines Ressorts stehen natürlich die universitären Sporthallen ganz besonders im Fokus, weil wir sie für die für das Wintersemester 2023/2024 geplante Einführung des Studiengangs Sportpädagogik dringend benötigen.

Die Gebäudesubstanz, auch das ist zur Sprache gekommen, des universitären Sportbereichs ist deutlich in die Jahre gekommen. Nach 40-jähriger Nutzung ist diese in erheblichem Maße sanierungsbedürftig und entspricht nicht mehr den heutigen baulichen und energetischen Standards. Genau deswegen haben wir gemeinsam mit der für den Schulsport verantwortlichen Senatorin für Kinder und Bildung sowie mit der Sportsenatorin eine bauliche Machbarkeitsuntersuchung abgestimmt und in Auftrag gegeben, die wir in der vergangenen Woche dem Wissenschaftsausschuss vorlegen konnten.

Diese vertiefende Untersuchung ist der notwendige erste Schritt, die Planungsgrundlage, die wir für den anstehenden Sanierungsprozess der Sportanlagen an der Universität brauchen. Ganz eindeutig weisen deren Ergebnisse darauf hin, dass eine Sanierung des Bestands die weitaus kostenintensivere Variante wäre. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit also, aber auch mit Blick auf die praktische Umsetzung wird deswegen die Neubauvariante ganz klar von uns bevorzugt, denn ein Neubau, so prognostiziert es die Machbarkeitsstudie, ist circa zwölf Millionen Euro günstiger als eine Sanierung.

Außerdem, auch das ist eben schon einmal angesprochen worden, bietet die Neubauvariante zudem natürlich die Möglichkeit, die Bestandsflächen eben auch während der Bauausführung weiter zu nutzen. Damit – das sind für uns ganz entscheidende Argumente – kann der Sportbetrieb aufrechterhalten und die geplante Einführung des Studiengangs Sport sichergestellt werden. Zudem werden bei der Neubauvariante eben auch nur diejenigen Flächen realisiert, für die tatsächlich auch ein Bedarf besteht.

Es ist mehrfach angesprochen worden – ich möchte es Ihnen aber hier heute auch noch einmal versichern, weil das auch in der öffentlichen Debatte im-

mer wieder eine Rolle spielt –, wir wollen der Aufrechterhaltung des Betriebs im Bundesstützpunkt für Rhythmische Sportgymnastik eine hohe Priorität einräumen und eine uneingeschränkte Nutzung auch während der Bauphase sicherstellen. Der in der Neubauvariante erforderliche Rückbau der bestehenden Sportanlagen macht einen neuen Zugang zum Bundesstützpunkt notwendig, den wir aber selbstverständlich in der Kostenprognose für die Neubauvariante berücksichtigt haben.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns in einem umfassenden Planungs- und Umsetzungsprozess und beabsichtigen eine zügige Befassung des Senats mit einer Vorlage, mit der wir dann die weiteren Planungsschritte auch einleiten. Insofern ist uns sehr daran gelegen, den Zeitplan jetzt wirklich eng zu gestalten. Wir wollen spätestens in den ersten Wochen des neuen Jahres diese Befassung im Senat tatsächlich sicherstellen und arbeiten dazu mit den anderen beteiligten Ressorts aktuell intensiv an einer weiteren Konkretisierung.

Ich glaube, hier sagen zu können, wir sind auf einem guten Weg, zügig eine moderne und bedarfsgerechte universitäre Sportinfrastruktur bereitzustellen. In diesem Sinne danke ich auch sehr für die Gelegenheit, durch die Beratung dieser Großen Anfrage hier über den Fortschritt bei diesem zentralen Thema berichten zu können. – Ich bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Präsident Frank Imhoff:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache [20/519 S](#), auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

### **Polizeiverordnung über das Verbot des Führens und Abbrennens von pyrotechnischen Gegenständen**

**Mitteilung des Senats vom 9. November 2021 (Drucksache [20/530 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß § 111 Absatz 1 des Bremischen Polizeigesetzes lasse ich darüber abstimmen, ob hier Änderungs- oder Aufhebungsbedarf besteht.

Wer an der Polizeiverordnung über das Verbot des Führens und Abbrennens von pyrotechnischen Gegenständen keinen Änderungs- oder Aufhebungsbedarf sieht, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(FDP, Abgeordneter Uwe Felgenträger [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft sieht keinen Änderungs- oder Aufhebungsbedarf an der Polizeiverordnung.

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 22  
vom 12. November 2021  
(Drucksache [20/533 S](#))**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und schließe die Sitzung der Stadtbürgerschaft.

(Schluss der Sitzung 18:52 Uhr)

## Anhang zum Plenarprotokoll

### **Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 16. November 2021**

#### **Anfrage 7: Was wird aus der alten Zulassungsstelle in Aumund?**

**Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 2. November 2021**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Planungen für das Gebäude der ehemaligen Zulassungsstelle in der Johann-Lange-Straße 25 verfolgt der Senat?
2. In welchem baulichen Zustand befindet sich das Gebäude?
3. Welche Kosten durch Wartung und Instandhaltung fallen derzeit jährlich für das leerstehende Gebäude an?

#### **Antwort des Senats:**

Zu Frage 1: Auf dem circa 4 000 Quadratmeter großen Grundstück stehen das 1 200 Quadratmeter große Verwaltungsgebäude der ehemaligen Zulassungsstelle und das 1 500 Quadratmeter große Wohnheim, welches zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt wurde und, als letzter Freizug auf der Liegenschaft, seit 2017 leer steht.

Sofern keine Bedarfe seitens der Senatsressorts bestehen, wird für leerstehende Grundstücke und Gebäude in Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange ein Verwertungskonzept für die Immobilie zum Verkauf oder zur Vergabe eines Erbbaurechts erarbeitet.

Aktuell bestehen seitens der Senatorin für Kinder und Bildung Überlegungen, das Gebäude zur Unterbringung von Kinderbetreuungsbedarfen über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren herzurichten. Die Senatorin für Kinder und Bildung hat Immobilien Bremen mit einer ersten Kostenermittlung für die Herrichtung des Gebäudes beauftragt.

Zu Frage 2: Im Rahmen der Bestandsaufnahme zur Kostenermittlung wurde festgestellt, dass die Gebäude sanierungsbedürftig sind. Für die an-

gestrebte Umnutzung als Kindertagesstätte werden an den Gebäuden umfangreiche Arbeiten erforderlich sein. Hierbei sind insbesondere die Sanierung der Fassade und ein Austausch der Fenster hervorzuheben. Darüber hinaus ist ein vollständiger Umbau des Gebäudes zur Anpassung der Raumgrößen an die Kitabedarfe erforderlich. Für eine Kita müssten im Zuge einer Sanierung die Sanitäranlagen, die elektrischen Installationen, die Heizungsanlage erneuert sowie Maler- und Bodenbelagsarbeiten vorgenommen werden. Hinzu kommen eine neue Verteilerküche, eine hierfür erforderliche Lüftungsanlage sowie die Umsetzung der Anforderungen an den aktuellen Brandschutz. Hierzu zählen beispielsweise eine außen liegende Fluchttreppe, eine außen liegende Aufzugsanlage und die Erweiterung der Brandmeldeanlage.

Vor dem Hintergrund des hohen Kostenaufwands wird derzeit geprüft, ob wirtschaftlichere Alternativen zur Deckung der Kitabedarfe in diesem Gebiet umsetzbar sind.

Zu Frage 3: Die Gebäude dienen zum Teil nach der beendeten Nutzung noch der Einlagerung von Materialien und Gerüstteilen der IB. Die Heizungsanlage ist defekt, nicht mehr reparabel und wurde im September 2021 fachmännisch außer Betrieb genommen.

Die Kosten des Leerstands setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Energieverbräuchen, Grünschnitt, Gehwegreinigung und Winterdienst sowie Reparaturen. Sie betragen 2019 circa 15 000 Euro pro Jahr und 2020 circa 12 000 Euro per anno. Diese Kosten werden sich in 2021 weiter reduzieren.

#### **Anfrage 8: Polizeieinsatz nach bewaffnetem Raubüberfall auf Discounter in Bremen-Kattenturm**

**Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 2. November 2021**

Wir fragen den Senat:

1. Wie lange hat es im konkreten Fall des Überfalls auf den Pennymarkt am 21. Oktober 2021 in der Alfred-Faust-Straße in Kattenturm gedauert, bis die Polizei vor Ort war, und welche Zeitvorgaben gibt es grundsätzlich für einen solchen Notruf für die Bremer Polizei?

2. Wie oft wurde diese Zeitvorgabe in den letzten zwei Jahren im Stadtteil Obervieland eingehalten beziehungsweise nicht eingehalten, und wie lange hat die Polizei bei allen Delikten mit Schusswaffengebrauch jeweils gebraucht, um vor Ort zu sein?

3. Wie will der Senat künftig sicherstellen, dass die Polizei in Obervieland den Zeitvorgaben entsprechend an den Einsatzorten eintreffen kann, wenn das Polizeirevier in Kattenturm abgerissen wird, und inwiefern beeinträchtigen die Bauarbeiten am Ringschluss der A 281 die Einsatzfähigkeit der Polizei?

**Antwort des Senats:**

Zu Frage 1: Der erste Notruf ging um 19:49 Uhr bei der Polizei Bremen ein. Die ersten drei polizeilichen Einsatzmittel erreichten die Einsatzstelle um 19:52 Uhr, 19:56 Uhr und 19:58 Uhr. Die Leitstelle der Polizei bewertet die aus dem Notrufaufkommen resultierenden Einsätze und ordnet sie vier Dringlichkeitsstufen zu. Der oben genannte Einsatz fällt unter die Kategorie 1, das heißt, das Ziel ist, dass das erste Einsatzmittel grundsätzlich spätestens nach acht Minuten an der Einsatzstelle eintrifft. In dem angesprochenen Fall war dies bereits nach drei Minuten der Fall. Vor dem Hintergrund erheblicher Einsatzschwankungen, abhängig von der jeweiligen Tages- und Wochenzeit, wird stadtweit ein Zielerreichungsgrad aller Einsätze der Kategorie 1 von 80 Prozent pro Kalenderjahr angestrebt.

Zu Frage 2: In 2019 lag der Zielerreichungsgrad in Obervieland bei 71,56 Prozent, 2020 bei 74,18 Prozent und 2021 derzeit bei 74,32 Prozent. Seit dem 1. Januar 2019 sind acht Delikte mit Schusswaffe in der Polizeilichen Kriminalstatistik aktenkundig. Das erste polizeiliche Einsatzmittel war in zwei Fällen nach jeweils drei Minuten und in den anderen sechs Fällen nach zwei, vier, sechs, sieben und neun Minuten vor Ort.

Zu Frage 3: Für die Zeit des Neubaus wird gemeinsam mit Ortsamt und Beirat sowie Immobilien Bremen und Polizei Bremen eine temporäre Standortlösung im Ortsteil gesucht. Der Abriss und Neubau des Reviers hat jedoch keinen Einfluss auf den Notruf- und Soforteinsatz im Rahmen des 110-Prozesses. Damit die oben genannten Zielerreichungsgrade erreicht werden können und wichtige Einsätze priorisiert behandelt

werden, erfolgt die Steuerung von Funkstreifenwagen oder anderer Einsatzkräfte zentral über die Leitstelle der Polizei.

Der Einfluss der Baustelle an der Neuenlander Straße beziehungsweise des Anschlusses des Autobahnzubringers Arsten an die Bundesautobahn 281 auf den Zielerreichungsgrad ist nicht seriös abschätzbar. Die Polizei Bremen hat bereits Kontakt zum Planungsbüro der verantwortlichen Baugesellschaft des Bundes und zum Amt für Straßen und Verkehr hergestellt. Die Notwendigkeit der Querung der Baustelle für Fahrzeuge von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben wurde bereits in ersten Gesprächen auf regionaler Ebene betont und war auch in der Vergangenheit bei vergleichbaren Fällen in der Regel problemlos möglich. Sollte mit Baustellenbeginn und möglicherweise damit einhergehenden Verkehrsproblemen dennoch das Erreichen der Zielerreichungsgrade gefährdet sein, wird die Polizei Bremen geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen.

**Anfrage 9: Wie bewältigt das Jugendamt Bremen gemeldete Coronafolgen bei Kindern, Jugendlichen und in Familien?**

**Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 9. November 2021**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Verdachtsfälle von akut körperlich und seelisch verletzten Kindern und Jugendlichen wurden dem Jugendamt der Stadt Bremen in den Jahren 2019, Vergleichsjahr, 2020 und 2021 bis dato gemeldet? Bitte alle Angaben nach Jahr aufschlüsseln!

2. Wie viele dieser Verdachtsfälle wurden 2019, 2020 und 2021 überprüft und stellten sich als begründet heraus?

3. Wie viele Kinder und Jugendliche wurden auf Anordnung des Jugendamtes in den Jahren 2019, 2020 und 2021 bis dato aus ihren Familien herausgeholt und anderweitig untergebracht beziehungsweise welche anderen Anordnungen und Hilfeleistungen wurden in welcher Anzahl angeordnet oder mit den Familien vereinbart?

**Antwort des Senats:**

Zu Frage 1: Beratungs-, Unterstützungs- und Schutzbedarfe entstehen in der Regel multikausal. Daher kann weder bei Kindeswohlgefährdungsmeldungen noch bei Beratungsanfragen eine direkte Zuordnung zu Coronafolgen vorgenommen werden.

Darüber hinaus hält das Jugendamt der Stadtgemeinde Bremen im Rahmen seiner Datenerhebung auch keine gesonderte Statistik vor, die Kinderschutzfälle nach Gefährdungsmerkmalen wie körperlicher oder seelischer Gewalt differenziert darstellt.

Zu Frage 2: Der Sozialdienst Junge Menschen prüft grundsätzlich alle Kindeswohlgefährdungsmeldungen. Es erfolgt jedoch keine statistische Zuordnung zu einzelnen Gefährdungsmerkmalen, zumal häufig auch mehrere Gefährdungsmerkmale zutreffen.

Allerdings gab es angesichts der Pandemie bundesweit in Fachkreisen die Sorge, dass die Zahl der Kindeswohlgefährdungen zunehmen würde. Das Jugendamt Bremen hat sich daher an einer vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiierten Beobachtung beteiligt. In der Gesamtbewertung konnten keine coronabedingten Auffälligkeiten oder eine Zunahme von Fällen festgestellt werden.

Zu Frage 3: Macht eine akute Kindeswohlgefährdung die Inobhutnahme eines jungen Menschen erforderlich, bemüht sich das Jugendamt um das Einverständnis der Personensorge- oder Erziehungsberechtigten. Ist dieses nicht zu erlangen, erfolgt die Anrufung des Familiengerichts. Nur ein richterlicher Beschluss kann die Zustimmung der Sorgeberechtigten zur Herausnahme von Kindern und Jugendlichen aus der Familie ersetzen.

Im Jahr 2019 wurden 533 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen. Im Jahr 2020 waren es 489 und 2021 bis zum Stichtag 30. September 266 Minderjährige, die in Obhut genommen wurden. Es ist also während der Pandemie eher ein Rückgang der Inobhutnahmen festzustellen. Die Anzahl an Fällen von ambulanten oder stationären Maßnahmen der Hilfen zur Erziehung, die im Zusammenhang mit einer Inobhutnahme oder danach eingeleitet wurden, wird statistisch nicht erfasst.

Bei den insgesamt eingeleiteten Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung lässt sich während der Coronapandemie keine Zunahme der Fallzahlen feststellen. Ob sich die mittelfristigen Folgen der Pandemie hier in höheren Bedarfen niederschlagen, lässt sich zum momentanen Zeitpunkt noch nicht feststellen.

**Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Drucksache 20/527 S.**

Für den Antrag gestimmt haben die Abgeordneten	Bücking, Robert (Bündnis 90/Die Grünen)
Ahrens, Sandra (CDU)	Dr. Eschen, Solveig (Bündnis 90/Die Grünen)
Bensch, Rainer (CDU)	Fecker, Björn (Bündnis 90/Die Grünen)
Bergmann, Birgit (FDP)	Görgü-Philipp, Sahhanim (Bündnis 90/Die Grünen)
Bodeit, Hartmut (CDU)	Gottschalk, Arno (SPD)
Dr. vom Bruch, Thomas (CDU)	Grotheer, Antje, (SPD)
Dr. Buhlert, Magnus (FDP)	Güngör, Mustafa, SPD)
Eckhoff, Jens (CDU)	Heritani, Jasmina (SPD)
Felgenträger, Uwe (AfD)	Hupe, Christopher Bündnis 90/Die Grünen)
Grobien, Susanne (CDU)	Lenkeit, Kevin (SPD)
Grönert, Sigrid (CDU)	Leonidakis, Sophia (DIE LINKE)
Hornhues, Bettina (CDU)	Dr. Müller, Hendrike (Bündnis 90/Die Grünen)
Imhoff, Frank (CDU)	Osterkamp-Weber, Ilona, Bündnis 90/Die Grünen)
Keller, Michael (CDU)	Pfeiffer, Birgitt (SPD)
Löhmman, Heinrich (AfD)	Pörschke, Thomas, (Bündnis 90/Die Grünen)
Lübke, Marco (CDU)	Quante-Brandt, Eva (SPD)
Meyer-Heder, Carsten (CDU)	Reimers-Bruns, Ute (SPD)
Michalik, Martin (CDU)	Rupp, Klaus Rainer (DIE LINKE)
Morawietz, Melanie (CDU)	Saffe, Jan (Bündnis 90/Die Grünen)
Neumeyer, Silvia (CDU)	Saxe, Ralph (Bündnis 90/Die Grünen)
Rohmeyer, Claas (CDU)	Schiemann, Anja (SPD)
Schäck, Thore (FDP)	Schuhmann, Ralf (DIE LINKE)
Strohmann, Heiko (CDU)	Senkal, Sükrü (SPD)
Weiss, Christoph (CDU)	Seyrek, Mehmet-Ali (SPD)
Wischhusen, Lencke (FDP)	Sieling, Carsten (SPD)
Dr. Yazici, Oguzhan (CDU)	Stahmann, Volker (SPD)
Gegen den Antrag haben gestimmt die Abgeordneten	Tebje, Ingo (DIE LINKE)
Bolayela, Elombo (SPD)	Tokmak, Muhammet (SPD)
Bredehorst, Gönül (SPD)	Tuchel, Valentina (SPD)
Bruck, Philipp (Bündnis 90/Die Grünen)	Tuncel, Cindi (DIE LINKE)
	Wagner, Falk-Constantin (SPD)
	Zimmer, Olaf (DIE LINKE)

### Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 30. Sitzung nach interfraktioneller Absprache  
beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
7.	<p>Wie geht es weiter mit dem „Eros 69“ und der geplanten Prostitutionsstätte in der Bürgermeister-Smidt-Straße? Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 17. August 2021 (Drucksache <a href="#">20/489 S</a>) Dazu Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 2021 (Drucksache <a href="#">20/513 S</a>)</p>	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.
11.	<p>Ortsgesetz über den Eigenbetrieb Immobilien Bremen – Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen (IBStadtOG) Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 2021 (Drucksache <a href="#">20/511 S</a>)</p>	Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.
13.	<p>Ortsgesetz zur Aufhebung der förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebietes „Gröpelingen“ vom 17. September 1991 Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2021 (Drucksache <a href="#">20/518 S</a>)</p>	Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.
15.	<p>Bebauungsplan 2533 für ein Gebiet in Bremen-Woltmershausen zwischen Senator-Apelt-Straße, Am Tabakquartier und der Straße Am Gaswerksgraben auf dem ehemaligen Brinkmann-Areal (Bearbeitungsstand: 16. August 2021) Mitteilung des Senats vom 19. Oktober 2021 (Drucksache <a href="#">20/523 S</a>)</p>	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2533.
16.	<p>Bebauungsplan 2527 für ein Gebiet in Bremen-Mahndorf zwischen Ortswisch, Hermann-Osterloh-Straße, Oberurseler Straße, Hügelstraße und Am Grundberg (Bearbeitungsstand: 8. Oktober 2020) Mitteilung des Senats vom 19. Oktober 2021 (Drucksache <a href="#">20/524 S</a>)</p>	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2527.
17.	<p>Neufassung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2021 (Drucksache <a href="#">20/525 S</a>)</p>	Die Stadtbürgerschaft beschließt die Neufassung der Kostenordnung.
18.	<p>Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Jugendhilfeausschusses</p>	Die Stadtbürgerschaft wählt anstelle des Abgeordneten Michael Keller die Abgeordnete Melanie Morawietz zum Mitglied und anstelle der Abgeordneten Sigrid Grönert Frau Telly van der Smissen zum stellvertretenden Mitglied.
21.	<p>Vorkaufsortsgesetz „Steingut“ Mitteilung des Senats vom 9. November 2021 (Drucksache <a href="#">20/529 S</a>)</p>	Die Stadtbürgerschaft beschließt das Vorkaufsortsgesetz.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
23.	<b>Bebauungsplan 2426 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Delfter Straße und Auf den Kahlken (Bearbei- tungsstand: 25. März 2021) Mitteilung des Senats vom 9. November 2021 (Drucksache <a href="#">20/531 S</a>)</b>	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2426.

Frank Imhoff  
Präsident der Bremischen Bürgerschaft